

Nr. 1/98

Januar '98

CUBA LIBRE

DM 6,-

V. Parteitag PCC

100 Jahre Befreiung von Spanien

Der Papst in Havanna

statt eines editorial:

(kurz vor Drucklegung erreichte uns die folgende Erklärung aus Cuba zum Graham-Gesetz)

Kürzlich wurde das Gesetz über die Genehmigungen für die Verteidigung für das Jahr 1998 vom US-Kongreß bewilligt. Dieses Gesetz enthält eine Abänderung, die vom demokratischen Senator aus Florida, Robert Graham, veranlaßt wurde, in der er Kuba als "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten" bezeichnet. Des weiteren setzt diese Änderung fest, daß das Department of Defense in regelmäßigen Zeitabständen dem US-Kongreß seine Auswertungen über unser Land vorlegen soll.

Die Bewilligung dieser Abänderung stellt einen sehr gefährlichen Vorgang dar, denn es ist offensichtlich, daß sie als Instrument angewendet werden kann, um eine neue Provokation gegen Kuba zu organisieren, die eine viel größere Dimension als bisher haben kann. Dem wirtschaftlichen und ideologischen Krieg, den die Vereinigten Staaten seit mehr als drei Dekaden gegen unser Land führen, wird jetzt eine militärische Einschüchterung hinzugefügt, die die Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch viel komplexer machen wird.

Kuba als "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten" zu bezeichnen, ist eine absurde Lächerlichkeit, denn niemand, der einen gesunden Menschenverstand besitzt, kann sich vorstellen, daß ein kleines und blockiertes Land wie Kuba, inmitten einer wirtschaftlich schwierigen Konjunktur wie der gegenwärtigen, tatsächlich eine "Bedrohung" für das größte Imperium aller Zeiten sein kann, das allerdings ein Jahrhundert lang nicht nur die nationale Sicherheit Kubas bedroht, sondern auch mehrmals Kuba okkupiert und überfallen hat.

Und darüber hinaus, indem der US-Kongreß die Abänderung Grahams bewilligt, fördert er in der Tat die aus Kuba stammenden terroristischen Fraktionen in Miami, die in mehr als einem Fall eine militärische Auseinandersetzung zwischen Washington und Havanna zu provozieren suchten.

Im Grunde genommen setzt die Abänderung Grahams fest, daß der Verteidigungsminister vor dem 30. März 1998 folgende Schritte einleiten soll:

- Eine Revision durchführen und eine Evaluierung des kubanischen militärischen Potentials und der "Bedrohungen für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten, die Fidel Castro und die kubanische Regierung verkörpern".
- Dem Senatsausschuß für die Streitkräfte und dem Ausschuß für die nationale Sicherheit des Repräsentantenhauses einen Bericht über o.g. Revision vorlegen.
- Dem US-Kongreß bestätigen, daß die Eventualitätspläne ausgearbeitet und die Mittel für die Verteidigung des Territoriums der Vereinigten Staaten gegen mögliche feindliche Aktionen seitens Kubas festgelegt wurden.

Indem Ihnen diese neue gefährliche und feindliche Aktion der Vereinigten Staaten bekanntgegeben wird, bekräftigt die Kommunistische Partei Kubas, daß Kuba, seinen Handlungsprinzipien treu, den Krieg nicht wünscht, ihn nicht provoziert noch provozieren wird. Jedoch angesichts einer Aggression besitzen wir in jedem Bereich das Notwendige, um einen unbegrenzten Widerstand zur Verteidigung unserer Souveränität und unserer Unabhängigkeit zu leisten.

Es ist angebracht, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß diese vom US-Kongreß bewilligte Abänderung gegen Kuba als ein Präzedenzfall für eine zukünftige Verletzung der Souveränität auch anderer Länder zu einem für die USA passenden Zeitpunkt, bestehen bleiben könnte.

Havanna, Dezember 1997
Abteilung für Internationale Beziehungen
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas

Wichtig - Wichtig - Wichtig

Bei Umzug: Neue Adresse ggfs. Bankverbindung in der Geschäftsstelle mitteilen!

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum:

Herausgeber: Vorstand der Freundschaftsgesellschaft BRD-KUBA e. V., Zülpicher Straße 7, 50674 Köln
Tel./FAX: 0221 / 24 05 120, E-MAIL: FGKUBA@LINK-K.gun.de
Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.: 120 299 990 0
Spendenkonto: Postgiro Köln, BLZ 370 100 0, Kto.-Nr.: 30 79 84 - 507
Redaktion: Henning Mächerle, Peter Nowak, Bernhard Ostermeier, Marianne Schweinesbein, Manfred Sill, Gabi Ströhlein.
ViSdP: Marianne Schweinesbein Titelfoto: Antonio Maceo, Kinder; EL CUBANO SE OFRECE
Druck: CITY-DRUCK, Eberhardshofstr. 17, 90429 Nürnberg. MacPublishing: Plärrer Technik, Singerstr. 26, 90443 Nürnberg. EBV: preprint studio keiser, Wiesentalstr. 32, 90419 Nürnberg
CUBA LIBRE erscheint vier Mal im Jahr. Jahresabo: DM 20,-. Einzelheft: DM 6,- + Porto
Kündigung des Abonnements bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
ISBN: 0178-2460

**CUBA
LIBRE**

inhalt

aktuell: 100 jahre befreiung von spanien
 „Rough Riders“ und ein Held4
 Militärische Eskalation via neues US-Gesetz7

aktuell: parteitag + kommunalwahlen
 V. Parteitag der PCC8
 Lebendige, gelebte Demokratie9

aktuell: papstbesuch
 Papa ante portas10
 Ein Contra in Kuba14

lateinamerika
 Lateinamerika verspielt die Zukunft14

ökonomie
 Betriebliche Effizienz im Sozialismus17

aus der fg
 Hommage an Mirta Ibarra in Augsburg20
 Das revolutionäre Cuba hat neue FreundInnen, FG Mü 21
 Elektrifizierung eines Ärztehauses, Gruppe Wuppertal ..21
 Verstärkung der Solidarität, Esslingen22
 Ausstellung cubanischer Fotografie in Regensburg22
 Spendenbarometer.....23
 BDK 97: Fortsetzung folgt23

o-ton
 Interview mit Armando Hart.....24 ★

solidarität
 Großes Interesse an Ché, Kongreß in Berlin25
 Euro-Koordinierung: Pastors for Peace Unterstützung ..26
 Rechtshilfefonds Guatemala-El Salvador-Nicaragua30
 Mumias Chancen haben sich verringert, Interview31

kultur
 Silvio Sí! Celia No!32
 Musica Cubana - Musik aus der Zigarrenkiste.....33
 Buena Vista Social Club34
 Neues von Rius: A-B-Ché34

lesermeinung
 Beobachtungen in Kuba35
 Kommentar35

informationen
 Auf der Suche nach dem kubanischen Walesa39
 3. iberoamerikanischer und karibischer Kongreß.....39
 Peace-Train zur Weltfrauenkonferenz, Dokumentation ..40
 Welttreffen der Frauensolidarität, Havanna '9841
 Cuba kurz42
 Materialien aus der Geschäftsstelle43

CUBA LIBRE im Abo

- Ich will
- die Cuba Libre im Abo
(4 Ausgaben pro Jahr für DM 20.-)
 - weitere Informationen über die
Freundschaftsgesellschaft BRD - KUBA e.V.
 - Mitglied der Freundschaftsgesellschaft werden

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 10 Tagen (Poststempel)
 widerrufen. Die Kenntnisnahme dieses Hinweises bestätige ich
 durch meine Unterschrift.

2. Unterschrift zur Kenntnisnahme des Widerrufsrechts

Bitte
freimachen

An die
 Freundschaftsgesellschaft
 BRD-KUBA e.V.
 Zülpicher Straße 7

50674 Köln

aktuell: 100 Jahre Befreiung von Spanien

VOR 100 JAHREN:

»ROUGH RIDERS« UND EIN HELD

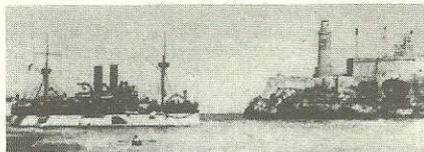
Das Bataillon - meist Cowboys und Hochschulsportler - drang mutig den Berg hinauf, eroberte die Stellungen und öffnete damit den Weg für die Befreiung der Stadt Santiago und bald ganz Kubas von der spanischen Kolonialmacht. An der Spitze ritt Theodore Roosevelt - man nannte ihn Teddy - ein großer Held. Als Beweis für seinen Ruhm blickt sein Kopf vom Mount Rushmore auf den Black Hills herab, eingemeißelt in den Felsen neben Washington, Jefferson und Lincoln. Sogar sein Spitzname lebt weiter in unzähligen Teddybären in aller Welt. So ungefähr lernten es Millionen von US-amerikanischen Schulkindern.

Teddybären gibt es wirklich, und die "Rough Riders", wie das Bataillon genannt wurde, kämpften tatsächlich am San Juan Hügel in Kuba. Alles andere war jedoch komplizierter.

Die meisten Menschen in Kuba - mit Puerto Rico der letzte Rest des spanischen Kolonialreiches in Amerika - erstrebten schon lange die Unabhängigkeit. Von 1868 bis 1878 hatten sie zehn Jahre lang mit Waffen dafür gekämpft, ihre Republik scheiterte aber, als es den Spaniern gelang, die Pflanzeraristokraten im Westen der Insel, häufig noch Sklavenbesitzer, vom Hauptteil der Kämpfer im Osten zu trennen. Die Unabhängigkeit wurde nicht gewonnen, doch manches Zugeständnis; bald wurde die nicht mehr so profitable Sklaverei endlich abgeschafft. Einige Helden dieses Zehnjährigen Krieges - Antonio Maceo, Máximo Gómez und Calixto García, vor allem aber der große Dichter José Martí - gaben ihre Hoffnungen auf die Freiheit nicht auf. Von seinem Exil in den USA aus sammelte Martí Geld und Unterstützung für die 1892 gegründete Kubanische Revolutionäre Partei.

Sie riefen auch in New York schon die Republik aus und am 24. Februar 1895 begann der erneute Aufstand in der Provinz Oriente. Spanien schickte 200 000 Soldaten übers Meer, die fürchterliche Verwüstungen anrichteten, Menschen in Konzentrationslager sperrten oder gleich töteten; doch die kubanischen Einheiten, oft einfache Guerilleros, Mambises genannt, gewannen nach und nach die Oberhand und standen kurz vor dem Sieg und ihrer Freiheit. Tragischerweise verloren sie recht früh den dunkelhäutigen Maceo ("Titan aus Bronze") und den brennenden Kämpfer und weitsichtigen Dichter und Denker Martí.

Das war ein schicksalhafter Verlust. Denn in diesem Jahrhundert der kubanischen Kämpfe gab es ständige Versuche des nördlichen Nachbarn, sich Kuba einzuverleiben. 1823 schon sagte der Außenmi-



Der US-Kreuzer »Maine« lief am 25. Januar 1898 in die Bucht von Havanna ein - zehn Tage später explodierte er mit 266 Mann an Bord und sank auf den Grund des Hafens



nister in Washington, Kuba müsse zu den USA gehören. Drei Jahre später opponierten die USA (der vormalige Außenminister war Präsident geworden) gegen Pläne des südamerikanischen Befreiers Simon Bolívar, auch Kuba freizukämpfen, und in den folgenden Jahren gab es zahllose Forderungen, Kuba zu erobern sowie fünf direkte Angebote, die Insel von Spanien zu kaufen - 1848 für 100 Millionen Dollar, 1854 für 130 Millionen. Niemals erlosch das Interesse an der reichen Insel

Der Präsident im Jahre 1895 war kein Expansionist. Sein Nachfolger ab März 1897, William McKinley, war trotz seines früheren, etwas sozialen Rufes bei seiner Wahlkampagne massiv von den neuen Riesenkonzernbossen unterstützt worden, wie etwa von Erdölkönig John D. Rockefeller und Finanzier J.P. Morgan, die Millionen gespendet hatten, um den ihnen verdächtigen Demokraten Bryan vom Weißen Haus fernzuhalten. McKinley war nun ihr Mann.

Je mehr die Mambises in Kuba voranka-

men, die ja für Gleichheit und echte Unabhängigkeit eintraten, desto nervöser wurden die Mächtigen nördlich der Florida-Straße, die immer fleißiger Gründe für eine Intervention suchten. McKinley zögerte zunächst; der von ihm ernannte Stellvertretende Marineminister, der aktionsgeile junge Politiker Theodore Roosevelt spottete, sein Chef hätte "nicht mehr Rückgrat als ein Eclair"!

Die Presse spielte auch eine große Rolle bei diesen Entscheidungen, vor allem die "New York World" und das "New York Journal", Hauptorgane der erbitterten Rivalen Joseph Pulitzer und William Randolph Hearst, die sich gegenseitig übertrumpfen wollten in ihren Boulevardzeitungen mit riesigen Schlagzeilen, Grusel- und Skandalgeschichten, Neuheiten wie Comic Strips, vielen Bildern und Sensationsberichten - vor allem über Kuba. Sie mißbrauchten die solidarischen Gefühle vieler Amerikaner für die kubanischen Revolution, indem sie Vorwände für eine Intervention konstruierten, und machten die Spanier schlimmer als sie schon waren. Doch fehlte ihnen zunächst der richtigen Zündfunke.

Ende Januar 1898, vor hundert Jahren, wurde eine entsprechende Aktion vorbereitet. Provokatorisch schickte das US-Marineministerium (in dem Theodore Roosevelt an zweiter Stelle saß) das Kriegsschiff "Maine" nach Havanna, zu einem ungeladenen "Freundschaftsbesuch", um "auch amerikanische Bürger und ihr Eigentum zu schützen".

Zwei Wochen später veröffentlichte das "New York Journal" einen privaten Brief des spanischen Gesandten in Washington, der McKinley als "schwach, habgierig, doppelspielerisch und unbegabt" schilderte. Alles traf gewiß zu, doch Spanien mußte sich entschuldigen und den unglücklichen Briefschreiber nach Madrid zurückholen.

Dann geschah es. Am 15. Februar - die "Maine" saß immer noch im Hafen - riß

eine gewaltige Explosion sie entzwei und tötete 266 Seemänner und Offiziere. Ein Tag später schrien schon riesige Schlagzeilen im "Journal": "Die Maine durch eine feindliche Höllenmaschine in 2 Stücke gerissen".

Die USA lehnten eine unparteiische Untersuchung ab und stellte Spanien ein Ultimatum nach dem anderen. (Selbst der Kapitän hatte später Zweifel an dieser Ursache geäußert. Obwohl der Rumpf 1911 wohlweislich tief versenkt wurde, bekam man viele Jahre später heraus, daß die Explosion nicht von außerhalb des Schiffes verursacht worden war, sondern von innen). Doch Spanien entschuldigte sich, erklärte sich bereit, die Explosion gemeinsam zu untersuchen, die Konzentrationslager aufzulösen und vieles mehr. Es lehnte aber ab, Kuba binnen drei Tagen mit allen seinen Truppen zu verlassen. Diplomatische Beziehungen wurden abgebrochen, Kuba durch eine US-Flottenblockade eingekreist und 125 000 Freiwillige zu den Waffen aufgerufen. Spanien sah sich daraufhin gezwungen, am 25. April den Krieg zu erklären.

Vermutlich war es Theodore Roosevelt, der mehr als frühzeitig den Admiral der US-Pazifikflotte anwies, von Hongkong nach Manila zu ziehen, wo die Philippinen noch die größte Kolonie Spaniens waren. Am 1. Mai, weniger als eine Woche nach Kriegsbeginn, überraschte sie dort die schwache Pazifikflotte Spaniens und zerstörte sie binnen sieben Stunden - man hatte sogar eine Frühstückspause eingeschoben.

Roosevelt gab seine Stelle in Washington auf und sammelte hastig das "Rough Riders" Bataillon ("Zähe Reiter"). Nachdem US-Soldaten in Daiquiri landeten und am 1. Juli Santiago angriffen, war er mit den "Rough Riders" bald dabei, allerdings ohne die zurückgebliebenen Kavalleriepferde. Obwohl eine Einheit afro-amerikanischer Soldaten rettend eingreifen mußte, hatte Roosevelt seine Presseleute mit im Troß, und bekam so den Haupttriumph zugesprochen.

Amerikanische Kriegsschiffe hielten die Atlantikflotte Spaniens fest im Hafen von Santiago eingesperrt, die Garnison fand nur wenig Sinn darin, weiterzukämpfen, und Santiago ergab sich am 17. Juli; die Kämpfe waren in Kuba im großen und ganzen vorbei. Die Generäle und Politiker aus den USA hatten die kubanischen Offiziere nicht einmal über ihre Pläne informiert; obwohl viele meinten, daß jene es waren, die im Grunde auch diesen letzten Kampf gewonnen hätten, verbot ihnen der US-General den Einzug in Santiago, eine Teilnahme an der Zeremonie der Übergabe und die Beteiligung an der Sicherung der Ordnung in der Stadt.

So ging es auch weiter: Schritt für Schritt wurden die Kubaner von allen Positionen

zurückgedrängt. Wie ein Regierungsbeamter der US-Verteidigungsministerium an einen der Generäle geschrieben haben soll: "Unsere Politik muß es sein, immer die Schwächsten gegen die Stärksten zu unterstützen, bis wir beide zerstört haben und uns die Perle der Antillen einverleiben können."

Kurz vor der Landung auf Kuba hatte der "Hannoversche Courier" über McKinley geschrieben (5.6.1898): "Der Mann, der an der Spitze der Vereinigten Staaten steht, ist weniger Präsident einer Republik als Generalbevollmächtigter der Leute, die das Geld zu seiner Wahl gegeben haben, und Beauftragter des Zuckerrings, der den Krieg um Kuba beschlossen und in die Welt gesetzt hat."

Als im April der Krieg vom Kongreß gebilligt wurde hatte man dem Beschluß den "Teller-Zusatzartikel" angehängt



José Martí 1892 mit Mitgliedern des »Cuerpo de Consejo«, der Leitung der revolutionären kubanischen Organisation auf Jamaica

(nach dem Senator von Colorado): die USA hätten nicht die Absicht, die Souveränität oder Kontrolle über Kuba zu erlangen. Viele Amerikaner wurden dadurch beschwichtigt. Auch im Vertrag von Paris von 10. Dezember 1898 übernahmen die USA einfach Puerto Rico und Guam von Spanien und "kauften" die Philippinen für klägliche 20 Millionen Dollar - doch sie versprachen Kuba offiziell die Unabhängigkeit (obwohl die Vertreter all dieser Länder in Paris gar nicht eingeladen wurden). Die hungrigen, kriegsmüden Kubaner waren auch hochofrenetisch als sie endlich die Spanier verschwinden sahen. Nun fehlte am dringlichsten José Martí, der aus eigener Erfahrung vor den Plänen der USA gewarnt hatte: "Ich habe in dem Ungeheuer gelebt," schrieb er, "und ich kenne seine Eingeweide - und meine Schleuder ist die Schleuder Davids."

Die am Leben gebliebenen Führer waren nicht so weitsichtig. Als die letzten spanischen Soldaten das Land verließen, wurde am 1. Januar 1899 die US-Fahne in Havanna gehißt, 50 000 Soldaten aus dem

Norden kamen als Besatzungstruppen und die kubanischen Kämpfer wurden entwaffnet und beiseite geschoben.

Auch als sie ihre Truppen und ihren Gouverneur nach drei Jahren zurückzogen - Kuba wurde am 20. Mai 1902 offiziell unabhängig - hatten die US-Amerikaner schon einen Generalstreik für den Achtstundentag niedergeschlagen, riesige Ländereien und viele Betriebe aufgekauft, ein Wahlrecht durchgesetzt, das Analphabeten und all jene mit weniger als 150 Pesos von den Urnen fernhielt und einen Mann als Präsidenten eingesetzt, der den USA hörig war. An die neue Verfassung, die mehr in Washington als in Havanna ausgeheckt wurde, hängte man nun den Platt-Zusatz an (nach einem Senator von Connecticut), der Kuba verbot, Verträge oder Konzessionen mit anderen Ländern ohne Erlaubnis der USA zu vereinbaren, nur begrenzt Schulden zu machen, Marinestützpunkte abzugeben (seitdem "gehört" die Bucht von Guantánamo den USA) und der auch dem großen Nachbar erlaubt wurde, immer dann zu intervenieren wenn er es für richtig hielt. Und 1906-09, 1912, und 1917-22 hielt er es dann auch für richtig. Bis 1934 blieb die Insel, größtenteils auf Zuckermonokultur reduziert, eine Art Protektorat der USA - und auch nach 1934, als der Platt-Zusatz abgeschafft wurde, änderte sich die Lage nur wenig. Bis 1959.

Der "herrliche kleine Krieg" (wie ihn Außenminister Hay nannte) war nach wenigen Monaten vorbei, die USA wurden nun eine Weltmacht mit Kolonien. Es gab zwar für einige Jahre Probleme in den Philippinen, wo der Kampf um Freiheit, wie bei den Kubanern, schon fast gewonnen war, als die USA intervenierten.

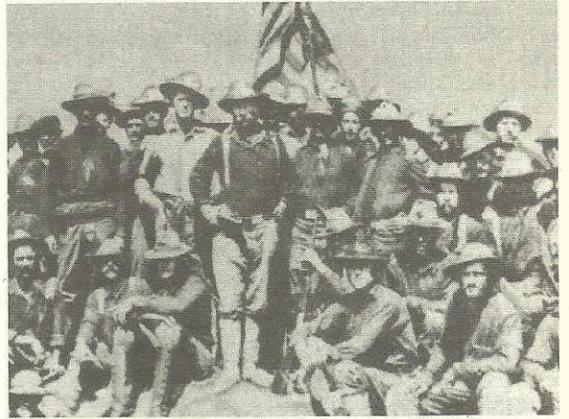
McKinley war wieder hin und her im Weißen Hause geschritten, hatte auf den Knien zu seinem Gott um eine Antwort gebetet - und sie dann erhalten: Wir müssen "unseren kleinen braunen Brüdern" helfen, beschloß er, der Sieg verpflichtete das amerikanische Volk dazu, "die Filipinos zu erziehen, sie aufzurichten, zu zivilisieren, zu christianisieren, und ihnen mit Gottes Gnade nur das Beste angedeihen zu lassen, denn auch für sie, unsere Brüder, ist Christus gestorben." Er wußte wohl nicht, daß die meisten Filipinos schon Jahrhunderte zuvor von spanischen Priestern bekehrt worden waren. Doch, Christen oder nicht, sie mußten für drei Jahre militärisch (und äußerst brutal) bekämpft werden, bis ihre Führung gefangen genommen werden konnte.

1900 erntete McKinley den Lohn für seine Erweiterung des US-Landbesitzes

und wurde wiedergewählt. Als Vizepräsident in dieser zweiten Amtsperiode stand ihm kein anderer zur Seite als Theodore Roosevelt, der "Held von San Juan Hill." Der "verrückte Cowboy" wurde in dieses Amt gehoben, das kaum Bedeutung hat, solange der Präsident am Leben bleibt, damit er in seinem Bundesstaat New York nicht allzu viele Schäden anrichten konnte. Doch noch ehe McKinley ein Jahr dieser zweiten Amtszeit hinter sich gebracht hatte, wurde er in der Stadt Buffalo zum dritten amerikanischen Präsidenten, der von der Kugel eines Attentäters gefällt wurde, angeblich der eines Anarchisten, obwohl viele zumindest eine Mittäterschaft von William Randolph Hearst behaupteten,

der McKinley wegen seiner "Laschheit" haßte und ständig im "Journal" angriff.

Theodore Roosevelt hatte kurz zuvor dem Senat gesagt: "Wir gehören zu einer jungen Nation, die bereits über gigantische Kraft verfügt, deren politische Kraft jedoch nur eine Vorschau auf die Macht bedeutet, die noch kommen wird. Wir sind Führungsmacht auf einem Kontinent, in einer Hemisphäre. Nach Osten und Westen sehen wir über zwei Ozeane das Leben der großen Welt, an dem wir, ob wir wollen oder nicht, einen immer größeren Anteil werden nehmen müssen."



»Teddy« Roosevelt (Mitte) umringt von seinen Roughreitern: »Ich tat alles, was mir möglich war, uns kriegsbereit zu machen.«



reuterstrasse 44
53113 bonn
tel&fax 0228 / 24 15 05
e-mail: cubared@link-k.gun.de
bankverbindung:
sparkasse bonn
(blz 380 500 00) Kto.-Nr. 46 953

**informieren
vernetzen
koordinieren
gemeinsam Handeln!**

Das **NETZWERK CUBA** ist die Koordinationsstelle der Cuba-Solidarität in Deutschland. Unterstützen Sie uns durch Ihre Fördermitgliedschaft, abonnieren Sie die 4x jährlich erscheinenden **NETZWERK CUBA - nachrichten** oder fordern Sie unverbindlich Informationen an.

Teddy wollte jedoch; obwohl seine Amtszeit widersprüchlich und umstritten war, blieben seine außenpolitische Ziele nur allzu klar. Er baute die US-Kriegsmarine vorrangig auf und benutzte sie in Lateinamerika unter der Losung: "Sprich leise doch trage einen großen Knüppel". Als Kolumbien den USA ihr Gebiet an der Panama-Landenge für einen Atlantik-Pazifik-Kanal nicht verkaufen wollte, inszenierte Roosevelt dort einen Aufstand, verhinderte alle Versuche Kolumbiens, ihre Landesgrenzen zu behalten, durch Bedrohung mit der US-Flotte, und erkannte nach drei Tagen die "Republik von Panama" an, die sofort bereit war, die Kanalzone an die USA abzutreten. Er intervenierte außer in Panama und Kuba auch in Honduras und der Dominikanischen Republik und baute den Einfluß der USA in China und dem Fernen Osten aus. Trotz dem Widerstand der Anti-Imperialistischen Liga, mit prominenten Mitgliedern wie Mark Twain und Carl Schurz, bekam er viel Beifall für seine Politik und viele Stimmen bei seiner Wiederwahl 1904. Er kandidierte nicht mehr 1908 und 1912 mißlang ein Versuch, mit einer neuen Partei nochmals Präsident zu werden.

Roosevelt hatte gesagt: "Kein Triumph des Friedens ist ganz so großartig wie der höchste Triumph des Krieges." Doch als das Angebot des 59jährigen für den Kriegsdienst, vom Militär im Ersten Weltkrieg abgewiesen wurde, wandte er seine schießfreudigen Talente gegen das Großwild Afrikas.

Ein Verwandter sagte über ihn: "Wenn Theodore zu einer Hochzeit geht, will er die Braut sein und wenn er zu einem Begräbnis geht, will er die Leiche sein." 1919 erhielt er die letztere Möglichkeit. Zusammen mit seinem schwächeren Vorgänger McKinley hat er schon recht viel dazu beigetragen, die USA in die Position der Weltmacht Nr. 1 zu hieven - die sie, 100 Jahre später, immer noch vehement behaupten wollen.

VG

Militärische Eskalation via neues US-Gesetz ?

Ein Gerichtsstreit zwischen den USA und Kuba und schon wieder eine Blockade-Verschärfung durch den US-Kongreß zeigen den Willen der US-Regierung zur knallharten Aggression gegen die Revolution.



Havanna, 25. November 1997, poonal).- Der Streit zwischen Havanna und Washington hat eine neue Arena gefunden: den Gerichtssaal. Kuba prozessiert gegen zwei Ausländer, die im Auftrag antikubanischer Gruppen in den USA Attentate auf der Karibikinsel verübt haben sollen, in Miami wird die sozialistische Regierung von Fidel Castro wegen des Abschusses zweier Flugzeuge angeklagt. Hinzu kommt, daß der US-Kongreß kürzlich die Blockade-Politik gegen den ungeliebten Nachbarn erneut verschärfte: Kuba wird in der, nach dem demokratischen Senator Robert Graham benannten, Entschließung als "Gefahr für die nationale Sicherheit" bezeichnet.

Im August vergangenen Jahres verhaftete die kubanische Polizei den US-Bürger Walter Van der Veer. Ihm werden "bewaffnete Aktionen gegen Kuba" vorgeworfen, sowie Mitgliedschaft bei zwei in Miami ansässigen antikubanischen Gruppen. Nach kubanischem Recht werden diese Delikte mit dem Tod bestraft. Die beiden Gruppen, so die kubanische Sichtweise, seien "Instrumente der Mafia, die die Souveränität Kubas nicht anerkennen", und arbeiteten eng mit der "Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung" (FNCA) zusammen.

Deren langjähriger Führer, Jorge Mas Canosa, war am Sonntag (23.11.97) in Miami im Alter von 58 Jahren gestorben. Die 50.000 Mitglieder starke Organisation verlor mit Canosa ihren wichtigsten Repräsentanten, seine guten Kontakte zu Politikern aller US-Parteien nutzte er mehrfach, um die Blockade-Politik gegen Havanna zu verschärfen.

Im Prozeß gegen Van der Veer gelang es der kubanischen Pflichtverteidigerin, die Anklage auf "feindliche Propaganda" zu beschränken. Damit droht dem Angeklagten noch eine 20jährige Haftstrafe, über die jetzt der Oberste Gerichtshof befinden muß. Der Prozeß konnte erst im November beginnen, damit der US-Anwalt Dominick Salfi als Beobachter teilnehmen konnte. Die unübliche Teilnahme ausländischer Juristen an Gerichtsverhandlungen



Die zeitgenössische Karikatur zeigt, wie US-Präsident »Teddy« Roosevelt mit Hilfe des großen Knüttels« die Schulden der karibischen Staaten eintreibt.

in Kuba wurde auch einem Vertreter der US-Interessensvertretung in Havanna angeboten.

Obwohl sich Salfi zufrieden über die Prozeßführung der Verteidigung äußerte, wiederholte Washington seine Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Verfahrens. "Seit langem sind wir über das Vorgehen der kubanischen Justiz äußerst besorgt," erklärte der Sprecher des US-Außenamtes, James Foley.

Ein weiterer Hochverratsprozeß steht dem salvadorianischen Staatsbürger Raul Ernesto Cruz Leon bevor. Er ging den kubanischen Behörden im September ins Netz und gestand, Bomben in sechs Hotels der kubanischen Hauptstadt gelegt zu haben. Die Anschläge kosteten im Sommer dieses Jahres einen Italiener das Leben, mehrere Menschen wurden verletzt. Cruz Leon sagte aus, er sei von einer zur FNCA gehörende Gruppe für die Attentate bezahlt worden. Diese von Washington bezweifelte Version bestätigte jüngst der konservative "Miami Herald". Das US-Blatt schrieb am 16. November, eine Gruppe Salvadorianer sei für die insgesamt 11 Anschläge verantwortlich. Sie habe im Auftrag eines 30jährigen Exilkubaners gehandelt, der bereits an mehreren gegen Kuba gerichteten "Operationen" in anderen Ländern Lateinamerikas beteiligt gewesen sein soll.

Die Exilkubaner ziehen nun ihrerseits vor Gericht. Sie klagen gegen die kubani-

sche Regierung wegen des Abschusses zweier Kleinflugzeuge im Februar 1996, bei dem die vier Insassen ums Leben kamen. Während Havanna behauptet, die Maschinen hätten kubanischen Luftraum verletzt, gehen die Kläger von einem vorsätzlichen Abschub über internationalen Gewässern aus. Die Angehörigen der Opfer fordern umgerechnet knapp 140 Millionen Mark Entschädigung.

Der am 13. November begonnene Prozeß ist der erste gegen eine ausländische Regierung, nachdem ein Gesetz in vergangenen Jahr US-

Bürgern das Recht einräumt, im eigenen Land gegen Staaten zu klagen, die von Washington als "Förderer des Terrorismus" eingestuft werden. Kuba spricht dem Gericht in Miami die Zuständigkeit ab, befürchtet aber, das symbolische Verfahren werde die gespannten Beziehungen weiter belasten. Es wird erwartet, daß das Gericht der Clinton-Regierung empfehlen wird, die Entschädigung aus den seit bald 40 Jahren eingefrorenen kubanischen Guthaben in den USA zu zahlen. Schon im vergangenen Jahr hatte Clinton genehmigt, aus diesen Guthaben die Angehörigen mit rund 500.000 Mark zu entschädigen.

Der juristische Schlagabtausch zeigt, daß auf absehbare Zeit keine Annäherung zwischen den beiden Ländern zu erwarten ist, die geographisch keine 100 Kilometer karibisches Meer voneinander trennen.

Im Gegenteil: Sollte Clinton demnächst den Graham-Beschluß unterzeichnen, wäre er verpflichtet, regelmäßig Berichte über die Gefährlichkeit der isolierten Insel verfassen zu lassen. Sollte darin stehen, die "unkontrollierte Flucht von Kubanern bedrohe die US-Sicherheit", wäre dies, wie bei der Intervention auf Haiti 1994, ein Anlaß zur militärischen Eskalation. Nichts käme Clinton ungelegener als ein solcher Zugzwang, den die Exilkubaner mit ihren immer neuen Gesetzesinitiativen erzwingen wollen.

aktuell: parteitag & kommunalwahlen

5. Parteitag der Kommunistischen Partei Cubas:

»Ché wäre stolz auf den Mut des cubanischen Volkes und die Verdienste seiner Revolution.«



Er begann am 8. Oktober, dem Tag, an dem vor 30 Jahren der in Bolivien kämpfende Ché Guevara ermordet wurde, und endete am 10. Oktober 97 damit, daß alle Delegierten auf dem Platz der Revolution in Havanna den sterblichen Überresten dieses großen Revolutionärs die Ehre erwiesen.



FIDEL CASTRO RUZ
1. Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Cubas

an, von denen das Leben im Land in den letzten sechs Jahren geprägt war.

- Die negativen Auswirkungen der Auflösung der UdSSR, einst wichtigste Verbündete und Handelspartnerin.
- Die wachsende Dominanz des historischen Gegners USA als Supermacht in einer unipolaren Welt.
- Die Verschärfung der kriminellen Blockade durch Anwendung des Helms-Burton-Gesetzes.
- Die Intensivierung der von US-amerikanischem Territorium ausgehenden biologischen, politischen, ideologischen und bewaffneten Aggressionen.
- Den mutigen Widerstand des cubanischen Volkes und seine unlösbare Verbundenheit mit der Führung des Landes.
- Die Überzeugung, daß die Cubanische Revolution mit ihren Ideen und Prinzipien unzerstörbar ist.

Bei der Wahl des neuen Zentralkomitees durch die annähernd 1.500 Delegierten gab es erhebliche Veränderungen: Es wurde von 225 auf 150 Mitglieder verkleinert und eine Reihe junger cubanischer RevolutionärInnen wurde neu in das Gremium gewählt. Fidel selbst betonte die Notwendigkeit, neue verantwortungsbewußte Führungskräfte innerhalb der Partei heranzuziehen. Auch das Leitungskollektiv des Zentralkomitees, das Politbüro wurde verkleinert (statt 26 jetzt 24 Mitglieder). Raúl Castro wurde als Zweiter Sekretär des ZK ebenfalls wiedergewählt.

Wie von den CubanerInnen nicht anders erwartet, wurde Fidel Castro als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei bestätigt. Ohne die geringsten Anzeichen von Abgespanntheit hielt er (in freier Rede) den 6 Stunden und 40 Minuten dauernden Rechenschaftsbericht und sprach darin die wichtigsten Ereignisse

Die kritischen und hart geführten Diskussionen auf dem Parteitag, geleitet von José Ramón Machado Ventura, beschäftigten sich vorrangig mit den zur Überwindung der Período especial erforderlichen Maßnahmen. Der - bescheidene - wirtschaftliche Aufschwung seit 1995 bestätigte die Richtigkeit des bisher, unter Mitwirkung der Bevölkerung, eingeschlagenen Weges. Aufgrund der niedrigen Zuckerproduktion enttäuschte allerdings das 1997 erreichte Wachstum von 2-3% die vorher gehegten Erwartungen.

Gründlich diskutiert wurde auch über die Viehwirtschaft, die Zitrusplantagen und andere Anbauflächen. Die Möglichkeit, 50 Millionen Zentner Salat, Bohnen und anderes Gemüse zu produzieren wurde angesprochen; diese Zielstellung würde eine Steigerung von 12 Millionen gegenüber dem Vorjahr bedeuten.

Die UBPC (Basiseinheiten genossenschaftlicher Produktion) sollen durch Kosteneinsparung, Anwendung von Wissenschaft und Technik, Beseitigung von Disziplinlosigkeit, bessere Arbeitsorganisation und höhere Anforderungen an die Leitungen wirtschaftlicher arbeiten. Sie werden künftig eine vorrangige Rolle bei den Plänen zur Nahrungsmittelversorgung spielen. Dementsprechend wurden nicht weniger als 19 Maßnahmen zur Stärkung der UBPC beschlossen.

Im Rahmen der Debatten über einen Leitantrag zur wirtschaftlichen Situation wurde auch über Fragen der Einkommen, der Einzelhandelspreise und der entstehenden Ungleichheiten innerhalb der Bevölkerung gesprochen. Die bestehenden Bauern- und Industriemärkte standen ebenso zur Diskussion wie Pläne zu einer weiteren Reduzierung des überschüssig zirkulierenden Geldes.

Es wurde betont, daß eine höhere Effizienz der cubanischen Wirtschaft die einzige Form zu einer grundlegenden Verbesserung der derzeitigen Situation sei und dabei gebe es noch Defizite. Von den besonders effektiv arbeitenden sozialistischen Betrieben wurden auch diejenigen vorgestellt, die unter Leitung der Cubanischen Streitkräfte stehen, sie alle arbeiten rentabel.

Neben dem Antrag zur wirtschaftlichen Situation, der Richtlinien für die kommenden Jahre beinhaltet, verabschiedeten die Delegierten des Parteitags das von historisch-politischem Charakter geprägte, in ganz Cuba bereits diskutierte Dokument "Die Partei der Einheit, die Demokratie und die Menschenrechte, die Cuba verteidigt". Es wird in seiner endgültigen Fassung (es waren zahlreiche Änderungsanträge eingegangen) als wesentlicher Teil der politischen und ideologischen Plattform der Partei gesehen und als ständiges Orientierungsmaterial neu herausgegeben.

In seiner Abschlußrede betonte Fidel u.a. die hohe Bedeutung, die der moralischen Integrität der Partei zukommt, gerade angesichts eines Imperialismus, dessen Ideen an Ansehen verloren haben, der nur noch darauf aus ist, zu kaufen und zu erkaufen, wohl wissend, daß er nicht in der Lage ist, die Herzen und den Geist zu erobern.

"Zukunft", so Fidel, "wird es nur für die Ideen und Prinzipien geben, die wir verteidigen." Die unsterblichen Ideale des Ché müsse man übernehmen und seinem unsterblichen Beispiel folgen.

MS (Quelle: Granma internacional, deutsche Ausgabe, November 1997)

In der genannten Ausgabe der Granma internacional befindet sich eine sehr umfangreiche Berichterstattung über den 5. Parteitag der PCC mit den Kerngedanken der Reden von Fidel Castro und Carlos Lage, den Namen aller Mitglieder des neugewählten Zentralkomitees u.v.m. Die deutschsprachige Granma kann abonniert werden über: Verlag 8.Mai, Granma, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin. Einzelausgaben sind auch über die Geschäftsstelle der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba erhältlich.



RAÚL CASTRO RUZ
2. Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Cubas



19. Oktober 97 - Kommunalwahlen in Cuba

Lebendige, gelebte Demokratie

Mit einer Wahlbeteiligung von 97,59% - ohne irgendeine gesetzliche Verpflichtung, das Wahlrecht wahrnehmen zu müssen - kann Cuba nur als beispielgebend für unsere westlichen Demokratien gelten, in denen wir uns schon an Prozentraten zwischen 50% und 70% gewöhnt haben. Während unsere Mehrheiten oftmals mit den Stimmen von 25% der Wahlberechtigten zustandekommen, ist das cubanische Volk von der KandidatInnenaufstellung über die Wahl selbst bis zur regelmäßigen Rechenschaftslegung während der Ausübung des politischen Mandats in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen. Welches hohe Maß an Identifikation jedes und jeder einzelnen mit den staatlichen Organen dadurch wächst, darüber gibt die Zahl der Wahlbeteiligung beredt Auskunft.

Von den Stimmzetteln wurden im Landesdurchschnitt 7,21% entweder unausgefüllt oder ungültig abgegeben. Fast erwartungsgemäß lag Havanna mit 11,06% (Provinz) und 9,82% (Stadt) deutlich darüber. Die Wahlbeteiligung lag in Havanna-Stadt auch bei "nur" 95,85%. Außer in Guantánamo mit 96,81% übertraf sie in allen Provinzen die 97%-Marke. Die in Havanna im Vergleich zum Rest des Landes auftretenden sozialen Probleme spiegeln sich also durchaus erkennbar auch im Wahlverhalten wieder.

Provinzen mit der höchsten Wahlbeteiligung: Cienfuegos mit 99,24% (7,94% u/u) und Las Tunas mit 99,15% (4,40% u/u!).

Da für 14.533 zu wählende Delegierte insgesamt 31.276 KandidatInnen aufgestellt worden waren, erreichten 1.098 nicht die erforderlichen 50% und es wurde ein zweiter Wahlgang am 26. Oktober durchgeführt. Bereits am 2. November fanden dann die konstituierenden Versammlungen der neu gewählten Gemeindeparlamente statt, in denen 49,54% wiedergewählten über die Hälfte neugewählte Abgeordnete gegenüber saßen.

Im siebten Jahr der Período especial, die nicht nur Entbehrungen und unbefriedigte Bedürfnisse bedeutet, sondern mit neuen wirtschaftlichen Maßnahmen, die zur Überwindung der Krise eingeführt werden mußten, auch eine wachsende soziale Ungleichheit einhergeht, zeigen die Ergebnisse dieser Kommunalwahlen, daß das cubanische Volk zu differenzieren weiß. Die realen



Ursachen der Mangelerscheinungen werden erkannt und es weiß den Wert zu



schätzen, den seine Machtorgane besitzen. Die CubanerInnen identifizieren sich mit diesem demokratischen System des Volkes, durch und für das Volk.

86,6% aller Wahlberechtigten hatten bereits an den Versammlungen zur Nominierung der KandidatInnen teilgenommen, denn das Volk allein ist es, daß seine Vertreter und VertreterInnen bestimmt und es liegt in seinem eigenen Interesse, wirklich die Besten dafür zu haben - dies ist die Garantie für eine bewußte Nominierung. Daß die Mehrheit der Gewählten den in sie gesetzten Erwartungen auch nachkommen,

belegt eine Studie vom August dieses Jahres, in der 3.371 CubanerInnen zur Tätigkeit der Poder Popular und der Delegierten befragt wurden. In der Bewertung der Arbeit der Delegierten gab es folgendes Ergebnis:

| | |
|--------------------------|-----|
| Ausgezeichnet | 6% |
| Sehr gut | 11% |
| Gut | 40% |
| Durchschnittlich | 31% |
| Schlecht | 6% |
| Sehr schlecht | 1% |
| Besonders schlecht | 1% |

Diese Ergebnisse belegen, daß die erneute Aufstellung von insgesamt 61,9% der früheren Delegierten auf der Basis von Vertrauen und Anerkennung für deren Verdienste erfolgte.

Auch die nunmehr neu gewählten Delegierten der Kommunalparlamente werden in der Ausübung ihres Mandates begleitet von einer WählerInnenschaft, die ein starkes Bewußtsein von der Bedeutung ihrer eigenen politischen Partizipation besitzt und Vertrauen in die eigenen Kräfte.

Bereits für den 11. Januar sind die Wahlen zu den Provinzparlamenten und zur Nationalversammlung angesetzt, auch sie dürften zu einer eindrucksvollen Demonstration der politischen Reife des Cubanischen Volkes werden. *M.Schweinesbein (Quellen: Granma, 21./22./23./24./25. und 28.10.97, Fotos aus den Abstimmungslokalen, Granma)*



»PAPA ANTE PORTAS«

Zu den Beziehungen zwischen Staat und Kirche

Auf Grund des im Januar bevorstehenden Papstbesuches in Cuba versuchen wir mit einem Artikel über die Geschichte und den Stand der Beziehungen zwischen Staat und Kirche aufzuzeigen, wie diese sich in Cuba entwickelte und wie es heute um sie steht.

Von der Christianisierung mit dem Schwert bis zur Unterstützung Batistas - Historisches vor der Revolution

Die Entdeckung, Eroberung und Kolonisierung Lateinamerikas und Cubas durch spanische Truppen folgte zwei primären Zielen. Zunächst einmal sollte die Eroberung die marode Wirtschaftslage Spaniens kompensieren, denn der Kampf um die endgültige Vertreibung der Mauren aus Spanien im 14./15. Jahrhundert hatte König Fernando II. und Königin Isabel I. leere Staatskassen hinterlassen. Und zudem hatte die gleichzeitige Erstarkeung die Handelsmöglichkeiten mit dem Orient eingeschränkt. Von einem Vorstoß in den Westen erhoffte man sich eine Auffüllung der leeren Staatskasse und die Eröffnung völlig neuer Handels- sprich Ausbeutungsmöglichkeiten. So versprach die Conquista Lateinamerikas zu einer Verlängerung der Reconquista Spaniens zu werden, angetrieben durch die Aussicht auf unvorstellbare Reichtümer. Die tatsächliche Heranschaffung riesiger Goldmengen brachte diese Politik auch bald zur vollen Blüte. Ein weiterer, in seiner Bedeutung oft unterschätzter Faktor, war das Evangelisierungsinteresse, vor allem von Königin Isabel. Viele Spanier waren geradezu von einem inbrünstigen Evangelisierungsseifer besessen, der seine Ursache hauptsächlich darin hatte, daß die iberische Halbinsel ein halbes Jahrtausend von den islamischen Mauren besetzt war, was die Auflehnung gegen alles Nicht-Christliche zum patriotischen Fanatismus werden ließ. Das Christentum wurde mit dem Schwert nach Lateinamerika gebracht.

Nachdem im Zuge von Kolumbus auch Diego Velazquez in die Karibik kam, zog dieser erst im Jahr 1511 los. Cuba zu erobern. Velazquez wollte sich die Indios "lediglich" als Arbeitskräfte zur Ausbeutung der Bodenschätze gefügig machen. Diese Absicht war den Eroberern zwar schon durch geflohene Indios vorausgesehen, jedoch leisteten die zwar stammesgemeinschaftsbewußten, aber wenig kriegserfahrenen Indios am Anfang nur wenig Widerstand. Doch weder durch die Flucht ganzer Dorfgemeinschaften, die große Hungersnöte zur Folge hatte, noch durch Auflehnung konnten sich die Indios den

Spaniern entziehen. Als schließlich der legendäre Kazike (Häuptling) Hatuey gefangen wurde, war jeglicher Widerstand gebrochen.

Einer der mit Velazquez auszog, die gesamte Insel zu unterwerfen war der Dominikanerpater Bartolomé de las Casas. Dieser kritisierte allerdings schon sehr bald die "unbrauchbare und barbarische Grausamkeit" mit der die spanischen Truppen vorgehen und wurde so zum "Anwalt der Indios".

Die Verschleppung und Ausbeutung von Sklaven aus Afrika in die Karibik.

Während in den zweieinhalb Jahrhunderten von 1521 bis 1763 letztendlich "nur" ca. 60.000 Sklaven importiert wurden, waren es von 1763 bis 1790 bereits 33.000 und der dann folgende Zuckerboom zog in den Jahren 1790 bis 1820 die "Einführung" von ca. 280.000 Sklaven nach sich. Selbst nach dem (halb)offiziellen Verbot des Sklavenhandels kamen zwischen 1820 und 1853 nochmal 272.000 Sklaven in Cuba an. Bei dieser Zahl muß noch zusätzlich in Rechnung gestellt werden, daß bis zu einem Drittel den Transport von Afrika nach Amerika nicht überlebten. Die anschließende Todesrate der lebend in Cuba angekommenen Sklaven erreichte bis zu 18 % pro Jahr. Die Arbeitstage dauerten in der Erntezeit 18 Stunden, und das bei einer 7-Tage-Woche. Diese Zahlen sind in Bezug auf die cubanische Kirchengeschichte auch deshalb wichtig, damit deutlich wird, wie despotisch zuweilen die Masse der Priester war und durchwegs durch ihre zynische religiöse Praxis und Unterdrückung im Dienst des herrschenden Patron die Sklaven auch noch seelisch marterten. So empfingen die Sklaven unter Androhung von Strafe alle katholischen Sakramente und mußten ihre Kinder auch sofort nach der Geburt taufen lassen.

Bezeichnend ist auch die Überlieferung, daß noch zu Zeiten der Indios der berühmte Kaziken-Häuptling Hatuey im Angesicht des brennenden Scheiterhaufens gegenüber seinen katholischen Peinigern äußerte, er würde lieber die Hölle vorziehen, wenn die Spanier gedächten in den Himmel kommen zu wollen. Bald darauf waren die cubanischen Indios, deren Zahl



Die Landung des Kolumbus auf Hispaniola.

auf 60.000 - 300.000 geschätzt wurde, ausgerettet. (*)

Mit dem hohen Farbigenanteil von 56 % (1825) stieg auch der Einfluß von afrikanischer Kultur und Religion. Die Bewahrung kultureller und religiöser Identität war für die Sklaven nicht selten einziger Quell für Überlebenswillen und Lebensfreude.

Diese religiöse Identität der Afrikaner mußte allerdings auf Grund der katholischen Glaubensdominanz der spanischen Plantagenbesitzer und ihrer Hierarchie eher verdeckt praktiziert werden und ihre Götter mußten in katholische Heilige als synkretisches Äquivalent umbenannt werden. Um nur einige wenige zu nennen, seien hier Chango (Donner- und Feuergott = Santa Barbara), Oshun (Göttin der Liebe und des Goldes = Unsere liebe Frau der Caridad del Cobre) oder Babalu (Gott der Krankheiten = Sankt Lazarus) genannt.

Der Klerus zog zwar einerseits mit der weltlichen Macht an einem Strang bei der wechselseitigen Hilfe von Eroberung und Evangelisierung, andererseits gab es aber auch gerade deswegen massive Rivalitäten zwischen beiden Seiten, denn die Kirche wollte sich als Machtfaktor in den Kolonien unentbehrlich machen. Riesige Landbesitze zeugten lang davon. Persönliche Machtkämpfe zwischen Bischof und spanischem Gouverneur führten sogar bis zu Exkommunizierung, einem damals wirksamen und weitreichenden Mittel.

Wenige Jahre später, man vermutet um 1670, hat in Cuba eine erste Synode stattgefunden. Den bisher nicht öffentlich zugänglichen Unterlagen ist angeblich zu entnehmen, daß der Verfall der Sitten in der Gesellschaft angeprangert wurde. Im einzelnen wurde den Priestern verboten, Waffen zu tragen oder öffentliche Tanzfeste in den Kirchen zuzulassen. In allen Siedlungsgebieten Cubas, und das waren Ende des 17. Jahrhunderts noch nicht sehr viele, gab es Kirchen und eine sehr weit verbreitete, aber wohl auch oberflächliche Religiosität. Kirche war ein Machtfaktor, es war selbstverständlich, katholisch zu sein. So läßt sich im Vergleich alter und neuer Landkarten feststellen, daß viele Siedlungen die sich vor allem um Zucker-

mühlen herum bildeten, die Namen von Heiligen tragen (San Antonio, San Francisco etc.) Darüber hinaus hatte jede Zuckerernte ihren heiligen Patron. Nicht selten waren auch Kirchenmänner selbst Besitzer größerer Sklavenkontingente. So kam es daß Kirche, Zuckerbarone und Sklavenhändler Hand in Hand arbeiteten, jeder für sich mit dem Ziel der Existenzsicherung und Profitmaximierung. Diese Front wurde im 19. Jahrhundert selten von Priestern durchbrochen, die Ernst machen wollten mit der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung.

Erste Unabhängigkeitsbestrebungen

Auf Grund der im Laufe der Zeit erkämpften Unabhängigkeit der Länder des lateinamerikanischen Kontinents, insbesondere der mexikanischen, sowie unter dem Einfluß der französischen Revolution und schließlich der eigenen bitteren Geschichte begann im 19. Jahrhundert auf Cuba die Entwicklung des Unabhängigkeitsgedankens.

Einer der Vorkämpfer der kubanischen Unabhängigkeit war der Universitätsprofessor Felix Varela. Er prägte während der ersten Jahrzehnte die Unabhängigkeitsbestrebungen mit. Seine für damalige Verhältnisse revolutionären Ansichten sind umso bemerkenswerter, als Varela nicht nur Universitätsprofessor, sondern auch katholischer Priester war. Mit seinen Vorstellungen gab er erstmals einer cubanischen Identität und Nationalität ein verbales Profil. Er wurde deshalb auch als Vater des Unabhängigkeitsgedankens in Kuba genannt. Seine wesentlichsten Ziele: Erreichen absoluter Unabhängigkeit und damit die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Freiheit, dies kann nur durch einen revolutionären Akt erreicht werden. Dieser Prozess muß aus eigener Anstrengung heraus in Gang gesetzt werden. Bis sich seine Thesen annähernd bewahrheiteten, sollte allerdings noch über ein Jahrhundert vergehen. Varela wird heute von Kirche und Staat gleichermaßen als Vorbild angesehen und sein 200. Geburtstag führte 1988 zu einer gemeinsamen Vorlesungsreihe von staatlicher Universität und katholischem Priesterseminar.

Die Kirche als Institution lehnte solches Gedankengut im 19. Jahrhundert jedoch massiv ab, denn Bischöfe und Priester in Cuba waren fast ausschließlich spanischer Herkunft. Die wenigen national gesinnten Priester, es sollen bis zu hundert gewesen sein, wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts teilweise sogar kichenintern verfolgt. Mit der massiven Ablehnung des cubanischen Unabhängigkeitsgedankens und auf Grund ihres bisherigen traditionellen Rollenverhaltens entfremdete sich die Kirche vom Volk und trug zu ihrem eigenen Verfall bei. Mit dem Beginn des ersten Unabhängigkeitskrieges 1868 kam die kirchliche Arbeit in allen Kriegsgebieten, d.h. besonders auf dem Lande fast völlig zum Erliegen. Das cubanische

Volk war zwar ein religiöses, wurde aber zugleich zu einem, antiklerikal eingestellten. Auch der geistige "Vater der Unabhängigkeit" José Martí hat in seinem insgesamt 28-bändigem Werk immer ganz bewußt auf den Unterschied zwischen Kirche und Religion hingewiesen.

Freimaurer und Protestanten

Mit den Unabhängigkeitsbestrebungen traten hinsichtlich der Kirche noch zwei weitere Entwicklungen auf: Neben der Ausdehnung der Freimaurerei kam es nun auch zur Gründung protestantischer Kirchen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelten sich die Freimaurer zu einem Ausgangspunkt der Unabhängigkeitsbewegung. Die Logen galten als die wenigen Freiräume, in denen sich einflußreiche Männer im größeren Rahmen außerhalb des kirchlichen Machtbereichs austauschen konnten. Die protestantischen Kirchen konnten erst mit dem direkten US-Einfluß ab 1898 auf Cuba Fuß fassen, zuvor waren sie nur wenig vorzufinden (**). Methodisten, Baptisten, Anglikaner und Presbyterianer kamen zum Teil bereits während der Unabhängigkeitskriege.

Die Unabhängigkeit Cubas stürzte die Kirche auf Grund ihrer Parteilichkeit in eine Identitätskrise. Der Exodus vieler spanischer Priester mit dem Ende der spanischen Kolonialisierung 1898 hinterließ eine völlig unterversorgte Kirche. In der verfassunggebenden Versammlung 1902 manifestierte man konsequenterweise die Trennung von Staat und Kirche. Das beinhaltete einerseits völlige Religionsfreiheit, andererseits beinhaltete das aber auch den Abbau bisheriger Privilegien der katholischen Kirche: Abschaffung von Religionsunterricht an öffentlichen Schulen, Zulassung von Zivilehen und zivilen Friedhöfen etc. - Das war auch ein Zugeständnis an die verschiedenen protestantischen Kirchen, die mit dem Einfluß der USA in großer Zahl nach Cuba kamen. Die katholische Kirche konnte sich von ihrer erkonservativen Rolle nicht lösen, zumal sie sich auch weiterhin für die Reichen engagierte, prachtvolle Kirchen in den reichen Bezirken Havannas bauen ließen, während sich z.B. kaum jemand von der katholischen Kirche um die armen Stadtviertel kümmerte. Stattdessen wurden Tresore und Militäreinrichtungen eingeweiht und von der Mehrheit des Klerus der Batista-Diktatur bis zum Ende die Stange gehalten.

Ausnahmen bestätigten die Regel, dazu zählten Guerilla-Pater Sardinias (der sogar den Rang eines Commandante erhielt) und noch einige wenige weitere Priester, die sich bereits 1957/58 der Revolution anschlossen. Ebenso der Bischof Perez von Santiago, der Fidel nach seinem gescheiterten Sturm auf die Moncada-Kaserne 1953 durch persönliche Fürsprache das Leben gerettet haben soll. Nach dem Sieg der Revolution 1959 war denn auch ein erster Konflikt fast zwangsläufig, da die katholi-

sche Oberschicht ja im Rahmen der revolutionären Reformen ihre Macht und ihr Geld einbüßte.

Kirche und Staat nach 1959

Unmittelbar nach dem Sturz der Batista-Diktatur stand die Mehrheit der Kirche - wie hätte es auch anders sein können - ihrem bis dato traditionellen Klientel nahe. So gab es z.B. eine innerkirchliche Zensur, um Gegner der offiziellen Kirchenlinie zum Schweigen zu bringen. Pater Biaín, Chefredakteur der kirchlichen Zeitschrift "La Quincena" zum Beispiel, wurde Ende 1959 abgelöst, nachdem er in mehreren Editoriales bestimmte soziale Regierungsmaßnahmen zugunsten der Bevölkerung positiv kommentiert hatte. Andere revolutionsfreundliche Priester wurden sogar vom Priesteramt suspendiert. Im Jahr 1960 setzte regelrecht ein Prozeß "antirevolutionärer Pastoral" ein. Zunächst sieß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion 1960 auf massiven öffentlichen Protest bei Santiagos Bischof Perez. In seinem Hirtenwort "Rom oder Moskau" verurteilte er alle Katholiken, die in irgendeiner Weise mit dem "System" zusammenarbeiteten. Den Studenten des Priesterseminars von Havanna wurde es nach einem CIA-Anschlag in benachbarten Hafen gar verboten, den Opfern Blut zu spenden, da so etwas ja nur besagtes System unterstütze.

Aus diesen Gründen wandten sich viele Cubaner, die sowieso keine positiven Erfahrungen mit der Kirche besaßen, einmal mehr von ihr ab und machen es ihr bis heute zum Vorwurf, daß sie Batista und Castro mit zweierlei Maß gemessen habe: Batista sei kein einziges Mal in sieben Jahren Diktatur von der Kirche kritisiert worden, während alle Hirtenbriefe der cubanischen Bischöfe nach dem 1.1.59 nicht mit Kritik und Polemik sparten. Fidel, selbst ehemaliger Jesuitenschüler, hat von Anfang an ganz klar zwischen Priestern im wirklichen Dienst an den Armen und der Kirche mit ihrer konservativen Hierarchie unterschieden. Und selbst deren Vertreter schloß er bei offiziellen Empfängen nicht aus.

In der sich immer deutlicher abzeichnenden Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat war die Volksmeinung deutlich auf der Seite der Regierung. Die Institution Kirche hatte sich in ihrer gesamten Geschichte zu deutlich auf die Seite der Reichen gestellt und zugleich waren die sozialen Wohltaten der Revolution für jeden durchschnittlichen Bürger deutlich positiv spürbar. Die Weichen auf kirchlicher Seite hingegen waren eindeutig auf Konfrontationskurs mit dem Staat gestellt. Die Kirche entwickelte sich in kurzer Zeit zum Hort der gesamten - auch militanten - Opposition. Kirchliche Laienorganisationen wurden zu politischen Sprachrohren der Besitzenden, die durch das Attribut "kirchlich" mehr Wirkung erhofften. Diese Entwicklung wurde auch dadurch begünstigt, daß es keine bedeutende konservative

politische Kraft gab, die einen Widerstand hätte organisieren können. Viele Klöster, Kirchen und kirchliche Schulen wurden zu geheimen Oppositionszentren, knüpften Informationsnetze und waren Orte konspirativer Versammlungen oder geheimer Waffenlager. Die wachsenden Probleme zwischen Staat und Kirche wurden nach der gescheiterten Schweinebuchtinvasion vom 17.-19.4.1961 überdeutlich. Bei vielen Mitgliedern des katholischen Klerus wurde damals die Hoffnung offenbar, daß von einer solchen Invasion durch Exilcubaner mit CIA-Hilfe eine "Befreiung" Cubas ausgehe. Über die indirekte Unterstützung hinaus beteiligten sich drei Priester direkt an der Invasion von über 1500 Bewaffneten. Chef der gesamten Schweinebuchtinvasion war übrigens der ehemalige Leiter einer katholischen Laienorganisation.

Hatte die Kirche auch schon vor 1961 durch ihre Haltung viel Kritik auf sich gezogen, so vollzog sich nach den sehr offenen Aussagen und Taten der Kirche rund um die Schweinebuchtinvasion in der Öffentlichkeit und beim Staat ein noch deutlicherer Schwenk gegen die Kirche. Es gab keinerlei gezielte religiöse Verfolgung, aber die katholischen Christen wurden logischerweise immer stärker mit der katholischen Kirche identifiziert und bekamen damit auch ein konterrevolutionäres Image. Die Verstaatlichung des cubanischen Bildungswesens im Juni 1961 beschwor noch weitergehende Konflikte zwischen Staat und Kirche herauf. Da klareres bildungspolitisches Ziel der neuen Regierung die Bekämpfung des Analphabetismus und die Herstellung gleicher Bildungschancen für alle hieß und das kostenlos für alle, bedeutete dies gleichzeitig die Abschaffung des Schuldgeldes. Hiervon waren vor allem die kirchlichen Schulen betroffen und damit auch die finanzielle Haupteinnahmequelle der katholischen Kirche. Der Finanzhaushalt der Kirche brach damit zusammen. Die religiöse Erziehung, die von jeher schon auf die kirchlichen Schulen beschränkt war, kam zum Erliegen. Religion als Unterrichtsfach an staatlichen Schulen war schon zu Beginn der Unabhängigkeit abgeschafft worden, und außerhalb der kirchlichen Schulen gab es kaum Strukturen für eine Katechese.

Mit der Verstaatlichung der Schulen verlor die Kirche nicht nur ihre Finanzquelle. Hunderte von Nonnen und Ordensgeistlichen verloren auch ihren Arbeitsplatz und gingen lieber ins Exil als zu bleiben und sich der geistlichen oder sozialen Arbeit im Land zu widmen. Eine weitere Eskalation erwuchs im September 1961 am Rande einer traditionellen Prozession, die sich zu einer politischen Demonstration gegen die Regierung auswuchs und letztlich einen Toten forderte. Die Regierung nahm diesen Vorfall zum Anlaß, bei der mittlerweile sehr ungeliebten Kirche gründlich "auf-



Einsegnung eines Banktresors: Lieblingsritual der Kirche vor der Revolution.

zuräumen". Im Gefolge dessen wurden 132 Priester ausgewiesen. Die Ausgewiesenen waren nach Darstellung der Regierung ausnahmslos bekannte aktive Konterrevolutionäre. Die Cubaner konnten aber kurze Zeit später wieder in ihr Land zurückkehren. Außenpolitisch zog man sich damit zwar internationale Kritik zu, im Inland wurde diese Maßnahme allerdings weitgehend begrüßt. Mit diesem Signal konnte die cubanische Regierung den Erfolg verbuchen, daß damit der Kirche als Sammelbecken konterrevolutionärer Aktivitäten die Spitze genommen wurde.

Das Verhalten der Regierung wurde sehr unterschiedlich bewertet, aber eines zeigte sich anschließend deutlich: die Lage zwischen der Regierung und der Kirche konnte beginnen, sich zu entspannen und die Kirche konnte wieder versuchen, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu besinnen. In den Jahren zwischen 1963 und 1967 folgten Jahre der inneren Emigration, des Rückzugs hinter ihre Klostermauern. Zu einer langsamen Öffnung kam es erst wieder ab 1968-1978, nachdem man sich erstmals ernsthaft mit dem Gedanken befaßte, auch über längere Zeit in einem sozialistischen Land leben zu müssen. Nach Jahren des indirekten Kontaktes zwischen Staat und Kirche über die päpstliche Nuntiatur, gab es erstmals wieder indirekte Gespräche zwischen Vertretern beider Seiten. Diese beginnende Öffnung wurde schließlich u.a. auch durch den 3. Weltkongreß des Laienapostolats in Gang gesetzt, da dabei die cubanischen Delegierten erstmals von Vertretern anderer lateinamerikanischer Kirchen etwas von Befreiungstheologie zu hören bekamen und inspiriert wieder nach Cuba zurückkamen. Dennoch vollzog sich der Transformationsprozeß der katholischen Kirche in Cuba von der zuvor strikt antirevolutionären Haltung hin zu einer etwas loyaleren, moderneren Religionsgemeinschaft nur sehr zögerlich. Die 70'er Jahre dienten vorwiegend dazu, antirevolutionäre Positionen aufzuweichen und die Kontaktaufnahme über den eigenen Tellerrand hinaus zu fördern.

Religionsfreiheit garantiert

Die staatliche Haltung wurde im Abschlußdokument des ersten Parteitäges der PCC 1975 deutlich. Die Religionsfreiheit wird garantiert, solange die Religion

nicht mißbraucht werde, um die Revolution oder den Sozialismus zu bekämpfen; eine eindeutige Warnung an die "Hardliner" in der cubanischen Kirche, sich nicht wie zu Beginn der Revolution zu verhalten. Zwar wurde Religion von der PCC einerseits als Wirklichkeitsverdrehend und jenseitsorientiert beschrieben, aber:

"Auf internationaler Ebene und speziell in Lateinamerika schätzt die Partei die Aktivitäten zahlreicher fortgeschrittener und erneuernder christlicher Sektoren, die an den nationalen Befreiungskämpfen teilnehmen, sich dem Imperialismus und den einheimischen Oligarchien entgegenstellen und die Erfolge des neuen Lebens in Cuba und seiner Revolution als nachahmenswertes Beispiel hervorheben". (aus Plataforma Programmatica, Primero Congreso del PCC)

Hier ist also eine relativ deutliche Differenzierung zwischen den verschiedenen Strömungen innerhalb der Kirche zu erkennen, wobei die cubanische Kirche eindeutig zum konservativen Teil der lateinamerikanischen Kirche gehört(e). Ein erster größerer internationaler Auftritt der cubanischen Kirche fand 1978 statt. Während der 11. Weltfestspiele der Jugend bot die katholische Kirche den Christen unter den 20.000 Gästen aus aller Welt Gottesdienste in verschiedenen Sprachen an. Außerdem wurde am Rande ein Treffen aller beteiligten christlichen Jugendorganisationen mit Vertretern der cubanischen Kirche organisiert. Die Rede des damaligen Erzbischofs von Havanna und Vorsitzenden der cubanischen Bischofskonferenz, Francisco Oves, wurde zu einer der fortschrittlichsten Äußerungen, die je ein cubanischer Bischof gemacht hat. Er beschrieb die cubanische Wirklichkeit damals folgendermaßen:

"Erstens haben wir eine öffentliche kostenlose Gesundheitsversorgung ohne Diskriminierung, die dem Streben des christlichen Glaubens mit seinen Forderungen der brüderlichen Nächstenliebe gegenüber allen Menschen entspricht.

Zweitens: die ausgebauten Bildungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene entsprechen ebenfalls dem Streben christlichen Glaubens nach Gleichbehandlung und menschlicher Förderung.

Drittens: eine Wirtschaft, die nicht in erster Linie von der Geldgier motiviert sein will, sondern von den Bedürfnissen des Volkes, steht im Einklang mit dem Evangelium, wonach man nicht Gott und gleichzeitig dem Geld dienen kann.

Und viertens schließlich: eine Gesellschaft, die den Gegensatz der sozialen Klassen überwinden will befindet sich umsomehr im Einklang mit der radikalen christlichen Forderung."

Eine derart positive Auffassung war nie zuvor von einem cubanischen Bischof geäußert worden. Die Meinung von Oves gibt allerdings kein repräsentatives Bild der cubanischen katholischen Kirche wieder, zeigt aber die grundsätzliche Tendenz

der Annäherung an die cubanische Bevölkerung und Revolution.

Auf dem im Dezember 1980 durchgeführten 2. Parteitag der PCC fand eine weitere Annäherung statt. Die katholische Kirche Cubas verdankte ihre Aufwertung in den folgenden Jahren jedoch nicht nur den eigenen Anstrengungen, denn auch die aktivere Kirchenpolitik des Staates und speziell die Aktivitäten Fidel's haben einen erheblichen Anteil an dieser Entwicklung. So stellte der z.B. das soziale Engagement der Nonnen in Cuba vor dem gesamten Parlament 1984 als "beispielhaft für jeden Kommunisten" heraus. Kurz darauf wiederholte Fidel eine bereits 1979 erfolgte Einladung an den Papst zu einem Cuba-besuch. Nun wurde aus 79 ein 98, ganze 19 Jahre später also. 1984 begann mit Hilfe des bundesdeutschen bischöflichen Hilfswerkes Misereor eine über die cubanische Kirche organisierte Zusammenarbeit mit der Regierung in der Behindertenarbeit. Misereor engagiert sich seitdem vor allem im Auf- und Ausbau von Medien und Kommunikationsmitteln für Blinde und Taubstumme. Im Januar 1985 wurde vom ZK der PCC die Einrichtung eines "Büros für religiöse Angelegenheiten" beschlossen. Das Ziel war eine weitere Entspannung und eine weitere Intensivierung des Dialogs der konstruktiven Diskussion zwischen Staat und Kirche. Die Aufgaben des Büros gehen von der Organisation von Auslandsreisen, der Delegationsbetreuung im Inland bis hin zur Beschwerdeführung und Aufarbeitung über Fälle von Diskriminierung von Christen. Denn die antikirchliche Stimmung in den sechziger und siebziger Jahren führt bis heute immer noch zu Einzelfällen religiöser Diskriminierung. Nach Eingaben im neugeschaffenen "Büro" wurden fast alle Fälle zur Zufriedenheit der Betroffenen gelöst.

Fidel und die Religion

Im Sommer 1985 nahm erstmals eine offizielle cubanische Kirchendelegation an einem staatlichen Kongreß teil, der auf den ersten Blick zunächst gar nichts mit der Kirche zu tun hatte. Die cubanische Regierung hatte zu mehreren internationalen Kongressen in Havanna eingeladen, um über die immer schwerwiegenden Schuldenprobleme für die lateinamerikanischen Länder zu diskutieren. Dabei äußerte sich die Kirche fortschrittlich und sparte dabei auch nicht an Kritik an dem weltweit vorherrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystem. Auch kam es 1985 zum allerersten offiziellen Treffen zwischen Staat und Kirche, einem Meinungsaustausch von katholischen Bischöfen und Fidel Castro, der eine weitere atmosphärische Verbesserung des Verhältnisses zur Folge hatte. Die wohl bedeutendsten Auswirkungen für die öffentliche Diskussion über Religion, Kirche und Staat hatte allerdings sicherlich das im Oktober 1985 erschienene Buch "Fidel y la Religion". Es beinhaltet ein nächtliches Interview, das von dem brasilianischen

Befreiungstheologen und Dominikanerpater Frei Betto an insgesamt 4 Abenden mit Fidel geführt wurde.

Gegenstand des Gesprächs: Der persönliche Lebensweg Fidels, sein politischer Werdegang, die Geschichte Cubas sowie das Verhältnis von Kirche und Staat und von Christen und Marxisten in Cuba. Das Buch hat mit über einer Million Exemplaren alle Auflagenrekorde in Cuba gebrochen und wurde auch außerhalb Cubas in viele Sprachen übersetzt.



"Meiner Meinung nach ist die Religion in sich selbst aus politischer Sicht weder Opium noch Wunderheilmittel. Sie kann Opium sein oder ein Heilmittel in dem Maße, wie sie dazu dient, entweder die Unterdrückten und die Ausbeuter oder die Unterdrückten und die Ausbeuteten zu verteidigen." Fidel Castro (aus: Nachtgespräche mit Fidel).

1986 kam es zum ersten nationalen cubanischen Kirchentreffen (ENEC), daß zur Standortbestimmung und zur Perspektiventwicklung dienen sollte.

Ein bemerkenswerter Aspekt aus dem Abschlußdokument dieses ENEC-Treffens war sicher der selbstkritische Blick in die cubanische Kirchengeschichte. Die Kirche gibt zu, daß sie zeitweise eine sehr unrühmliche Rolle spielte und dabei das Volk verraten und damit gesündigt hat. In dieser Form ist die cubanische katholische Kirche damit weltweit die erste, die eine solche Erklärung, offiziell und einheitlich abgegeben hat.

Insgesamt kann man allerdings dennoch feststellen, daß sich unter den in letzter Zeit steigenden Kirchgängern (das Gallupinstitut stellte 1994 bei einer Umfrage fest, das etwa jede fünfte Cubanerin im letzten Monat in der Messe war) weder nennenswert ausgeprägt konservative Kräfte, vergleichbar dem Opus Dei, noch sehr viele fortschrittlich denkende Christen im Sinne der Theologie der Befreiung innerhalb der cubanischen Kirche befinden.

Aktuell ist zu beobachten, daß auch der Vatikan bezüglich Cuba aktiver wird, so hat der Papst etwa die Blockade verurteilt und damit natürlich auch gerade die cubanische Kirche gestärkt auf ihrem Weg des Dialogs mit der Regierung. Selbst die nordamerikanische Bischofskonferenz begrüßt den Dialog mit Fidel. Ein Beispiel

für einen aktiven kirchlichen Beitrag ist das Papier des CEC von 1992, das versucht, einen Beitrag aus der aktuellen Krise zu leisten. Auch dieser forderte unter anderem Gläubige im Ausland auf mitzuhelfen die Blockade zu beenden. Intern forderte das Papier: "Jeder Gläubige muß an seinem Ort in dem Bewußtsein arbeiten, daß er Teil der Gesellschaft ist und muß für das Wohlergehen dieser Gesellschaft kämpfen". Carlos Aldana, damaliger Sekretär des ZK der PCC hob in einer öffentlichen Live-TV-Diskussion hervor, daß es der Partei nicht auf den Atheismus ankomme, sondern darauf, auch die letzten Diskriminierungen von Christen zu beenden. Die gemeinsamen Wurzeln der ethischen Übereinstimmungen des Sozialismus und des Christentums müßten neu entdeckt werden.

Der Papst in Cuba

Der Papst wird also vom 21.-25. Januar Kuba besuchen. Das Besuchsprogramm wird aus Sicherheitsgründen erst kurzfristig vorher bekannt gegeben, so daß nur wenig im Vorfeld darüber bekannt wurde welche Gespräche er führen und wo er sich aufhalten wird. Klar ist, daß er einen Gottesdienst auf der Plaza de la Revolution in Havanna zelebrieren und daß es selbstverständlich Gespräche mit Fidel geben wird. Klar ist auch, daß jede der beiden Seiten versucht, den Besuch des Oberhauptes der Katholiken für politische bzw. missionarische (auf Seiten der Kirche) Zwecke zu nutzen. Die kubanische Regierung geht sicherlich ein kleines Wagnis ein mit der Einladung des Papstes, überwiegen sollten allerdings insbesondere die außenpolitischen Signale des Besuches. Sie zeigt damit, daß sie keine Angst hat vor einem Papst, der noch vor wenigen Jahren mithilfe die osteuropäischen Länder zu dekomunizieren.

Was auch nach dem 25. Januar bleibt und die Beziehungen zwischen Staat und Kirche weiter bestimmen wird, wurde in einer Aussage Fidels im wesentlichen bereits gut ausgesagt: "Das Problem ist nicht, ob jemand gläubig ist oder nicht, sondern ob er revolutionär ist oder nicht". (Magazines de las Religiones en Cuba 5/90 S.8).

BO
(*) Ein sehr empfehlenswerter und das (Miß-)Verhältnis von Kirche, Zuckerbaronen und Sklaventum bezeichnender Film ist "La última cena" - Das letzte Abendmahl von Tomas Gutierrez Alea.

(**) Selbst 100 Jahre später haben die ca. 60 protestantischen Kirchen insg. nur ca. 150.000 Mitglieder, zum Vergleich dazu: Katholische Kirche (1 Mio. Mitglieder) Jüdische Gemeinde (ca. 10.000 Mitglieder).

Quellen: Winfried Muder: Zur Herausbildung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche in Cuba, Verlag Peter Lang, 1992 / Frei Betto: Nachtgespräche mit Fidel, 1985 / Kuban.Botschaft

Ein Contra in Kuba

★ **M**it Papst Johannes Paul II betritt ein fanatischer Antikommunist kubanischen Boden. Vor kurzem ist im Bertelsmann-Verlag ein Buch erschienen, das vorher in den USA schon für Aufsehen gesorgt hat. Dies liegt nicht nur daran, daß mit Carl Bernstein einer derjenigen Co-Autor ist, der die Watergate-Affäre ins Rollen gebracht hat und damit den Sturz Nixons auslöste. Auch das Thema hat es in sich.

Es geht um "Seine Heiligkeit Johannes Paul II und die Geheimdiplomatie des Vatikans", so der Titel des Buches. Neben Bernstein gehört mit Marco Politi der Vatikan-Korrespondent der italienischen Zeitungen 'Il Messaggero' und 'La Repubblica' zum Autorenduo, das schon vor einiger Zeit in der 'New York Times' eine Recherche über die gemeinsame, geheime Unterstützung der polnischen Gewerkschaft 'Solidarnosc' durch CIA und Vatikan veröffentlichte.

Die 'Solidarnosc' sei "vom Papst inspiriert und von der CIA versorgt" worden. Aber nicht nur in Polen gab es diese Zusammenarbeit. Schon seit Ende der 60er Jahre war die Theologie der Befreiung für die CIA ein genauso großer Feind wie die Guerillagruppen, haben ihre VertreterInnen doch nach der Devise des als Guerillo gefallenen ehemaligen kolumbianischen Bischofs Camillo Torres gehandelt: "Wie kann ich dem Volk von Gott predigen, wenn es nach Brot schreit".

Tausende AnhängerInnen der Theologie der Befreiung wurden von Todesschwadronen oder dem Militär verschleppt, inhaftiert, gefoltert und oft ermordet - mit dem Segen des Vatikans. Auch hier gab es eine rege Zusammenarbeit mit der CIA, die den Vatikan über Bischöfe und Priester informierte, die der Theologie der Befreiung nahestanden.

Gerade der jetzige Papst hat alles getan, um dieser Strömung den Garaus zu machen. So wurden führende ihrer Vertreter in entlegene Gegenden versetzt und an ihrer Stelle regimetreue Nachfolger eingesetzt. Vorausgesetzt es handelte es sich um Militärdiktaturen.

Ganz anders ging der Papst gegen Bischöfe vor, die sich auf die Seite der sandinistischen Revolution in Nicaragua gestellt hatten. Sie wurden exkommuniziert. Prominentes Opfer dieser modernen Inquisition wurde der damalige Kultusminister Ernesto Cardenal. Bei der mehrheitlich katholischen Bevölkerung Nicaraguas

sorgte diese Maßnahme für Verbitterung und Empörung, nicht zuletzt weil sie sich genau erinnern konnte, wie die offizielle Kirchenhierarchie die Somoza-Diktatur bis zum Schluß unterstützt hatte.

Zu den Morden an Armenpriestern hat sie ebenso geschwiegen, wie zur Bombardierung der Elendsvierteln in der Endphase der sandinistischen Revolution. Als der Papst 1983 im Rahmen einer Lateinamerika-Tour Nicaragua bereiste, erwarteten ihm Zehntausende vor der durch ein Erdbeben zerstörte Kathedrale von Managua. Doch für Paul II völlig überraschend wurde seine Predigt durch Sprechchöre zeitweise übertönt. Der perplex Papst mußte mehrmals die Predigt unterbrechen und hat sie schließlich vorzeitig abgebrochen. Im Ausland wurde diese Manifestation zur Hetzpropaganda gegen die angeblich "gottlosen Sandinisten" genutzt. Daß es sich bei den Protestierenden überwiegend um von der Kirchenhierarchie enttäuschte, gläubige KatholikInnen handelte, wurde natürlich nicht erwähnt.

In Kuba wird dem Papst ein solches Erlebnis erspart bleiben. Die Insel erhofft sich mit diesem Besuch auch die dringend benötigte Hilfe gegen das US-Embargo. Dagegen hat sich Paul II verbal mehrmals ausgesprochen. Die nicht erst durch das erwähnte Buch bekannt gewordene Vatikan-CIA-Connection läßt aber keinen Zweifel daran, daß hier ein erklärter Feind der kubanischen Revolution zu Besuch kommt.

Peter Nowak

lateinamerika

■ Ohne Bildung, ohne Hoffnung

Lateinamerika verspielt die Zukunft ?

Bildung ist zweifellos eines der höheren Güter unseres Lebens. Derzeit wird dieses Gut auch in der BRD mehr und mehr verspielt. Jede Menge Bildungseinrichtungen, ob Unis oder (Hoch-)Schulen sind aufgrund von zukunftsfeindlichem, unionspolitischem Sparzwang hochgradig unterfinanziert. Es fehlen Milliardenbeträge. So kommt es, daß sich an unseren Universitäten seit langem wieder einmal die Studierenden in Scharen auf die Straßen trauen und für bessere Studienbedingungen kämpfen. Zunehmend waren diese schließlich in vielen Bereichen schlichtweg untragbar geworden; überfüllte Lehrsäle, fehlendes Studienmaterial, unerreichbare oder überforderte Professoren und gestreßte StudentInnen offenbaren eine traurige Tatsache in diesem Land: gute Bildung ist rar. Diverse Streiks überall im Land zeugten davon, daß sich die Studenten nicht mehr alles gefallen lassen wollen. Was allerdings als Reaktion der Politik angekündigt wurde, sieht bestenfalls nach einem faulen Kompromiß aus.

Abwiegelpolitik allerorten. Auch in vielen Ländern Lateinamerikas. Wie hier in der BRD werden auch in Lateinamerika die Investitionen für den Bildungsetat u.a. von Universitäten mehr und mehr gekürzt. Besonders StudentInnen aus unterprivilegierten Schichten haben darunter zu leiden, wie folgender Bericht über die Situation in Mexiko zeigt und der sich anschließende Ausblick auf die Situation verschiedener anderer lateinamerikanischer Länder.

Mexico

Einer der schrecklichsten Momente der jüngeren mexikanischen Geschichte steht in Zusammenhang mit dem Recht auf höhere Bildung. Am 2. Oktober 1968 eröffneten Truppen der Polizei und Armee auf Befehl des Präsidenten, Gustavo Díaz Ordaz, das Feuer auf tausende streikende StudentInnen während einer Demonstration auf dem Wohngelände von Tlatelolco. Mehr als 300 Personen wurden dabei ermordet. Die StudentInnen protestierten unter anderem gegen die, der Autonomen Nationaluniversität Mexikos (UNAM) auferlegten, Zulassungsgebühren.

Drei Jahrzehnte später hat Präsident Ernesto Zedillo, ehemals Bildungsminister, eine andere Technik für die widerborstige UNAM entdeckt: das akademische Niveau und die Studiengebühren erhöhen;



SchülerInnen

die SchulabgängerInnen an Privatuniversitäten oder vorbereitende Schulen weiterleiten, die sich viele Familien nicht leisten können. Der revolutionäre Philosoph und Bildungsideologe José Vasconcelos gestaltete das System der UNAM im Sinne der Verpflichtung der mexikanischen Revolution, Bildung für die Masse der Bevölkerung zu gewährleisten. Zudem wurde 1929 die universitäre Autonomie garantiert, die jedoch während studentischer Auseinandersetzungen immer wieder verletzt wurde.

Der erste Versuch im Jahr 1967, die Zulassung zur Universität zu beschränken, war einer der Faktoren für die bis dahin beispiellose studentische Rebellion und das Massaker im darauffolgenden Jahr. 1987 wollte der Rektor Jorge Carpizo auf Anweisung von Präsident Miguel de la Madrid erneut die Aufnahme erschweren, was zu enormen studentischen Mobilisierungen führte. Zu diesem Zeitpunkt gab es etwa 250.000 eingeschriebene StudentInnen. Heute, zehn Jahre später, werden die Türen der UNAM unter der harten Hand des neuen Rektors Francisco Barnes de Castro endgültig zugeschlagen. Eine der umstrittensten Entscheidungen von Barnes ist die Auflösung des Systems der vorbereitenden Schulen, das 1972 etabliert wurde, um armen StudentInnen den Zugang zur höheren Bildung zu ermöglichen.

Die jährlichen Zulassungsanträge an der Nationaluniversität erreichen dramatische Ausmaße. Während des Studienturnus 1996/97 haben 228.000 StudentInnen ihre Aufnahme beantragt, wobei sich die Gesamtzahl der StudentInnen auf rund 300.000 belief. Die Hälfte der AntragstellerInnen wurde zur Aufnahmeprüfung oder automatisch aufgrund ihrer Qualifikationen zugelassen. Diese Anzahl reduzierte sich letztendlich auf 34.000, von denen nur ein Drittel nicht aus dem von der UNAM ausgearbeiteten Netz von vorbereitenden Schulen stammt. Die 80.000, denen der UNI-Eintritt nicht gelang - sie sind als die "Zurückgewiesenen" bekannt, können die Aufnahmeprüfung nächstes Jahr wiederholen und sich währenddessen an einer der 132 Privatakademien ein-

schreiben, um besser auf die Beantwortung der 120 Fragen vorbereitet zu sein. Trotz der halben Stipendien, die von Universitäten und Stiftungen vergeben werden, können sich zahlreiche Familien der ArbeiterInnenklasse die hohen Studiengebühren an diesen Schulen nicht leisten.

Der fehlende Raum an der UNAM, "dem größten Studienhaus" Mexikos und einem der ältesten des Kontinents, ist ein Beispiel für die Probleme, denen die höhere Bildung Mexikos gegenübersteht. Obwohl in Mexiko jedes Jahr 2,6 Millionen Jugendliche eine weiterführende Schule abschließen, erlangen nur 1,2 Millionen jährlich einen akademischen Titel an den Universitäten, technischen Hochschulen oder Berufsschulen. Eine höhere Bildung ist in Mexiko-Stadt immerhin für 31 Prozent der Jugend erreichbar, aber nur 3,7 Prozent aus dem vera rmten südlichen Bundesstaat Chiapas haben Zugang zur universitären Bildung. Die staatlichen Bildungsinstitutionen - wie die Universität von Veracruz - schließen regelmäßig die Hälfte der BewerberInnen aus. Auf nationaler Ebene haben nur 14 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 24 Jahren Zugang zur höheren Bildung.

Zum Vergleich: Nach Angaben der Nationalen Vereinigung Mexikanischer Universitäten und Bildungsinstitutionen beläuft sich dieser Anteil in Argentinien auf 43 und in Bolivien auf 22 Prozent. In Mexiko gibt es 748 Schulen und Universitäten für höhere Bildung, von denen 358 privat sind. "Die BürokratInnen, die heute das öffentliche Bildungssystem in Mexiko gestalten, haben fast alle ihren Titel an Privatuniversitäten erhalten", kommentiert Salvador Martínez de la Roca, StudentInnenführer von 1968, ehemaliger Bundestagabgeordneter und langjähriger Professor an der UNAM.

Die kritische Situation wird von den fehlenden Anstellungsmöglichkeiten für die 1,6 Millionen Jugendlichen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen, begleitet. "Die Zurückgewiesenen sind eine soziale Zeitbombe", meint Martínez. 1996 wurde die "Bewegung der Zurückgewiesenen" ins Leben gerufen, als BewerberInnen, deren Bekannte und Familienangehörige die Büros der UNAM besetzten und wochenlang den Sicherheitskräften des Universitätsgeländes die Stirn boten. 1997 machen die Zurückgewiesenen jedoch einen entmutigten Eindruck, obwohl sie den jährlichen Bericht des Bildungsministers Miguel Limón vor dem Kongreß mit einer Protestaktion unterbrochen haben.

Enrique Soto, Führer der Zurückgewiesenen, ist in Sorge, daß die Jugendlichen resigniert vor der Tatsache, nie einen Berufstitel zu erhalten, aufgeben. "Barnes will die UNAM in eine Eliteuniversität verwandeln", meint Soto. Viele, die sich

weiterbilden wollen, werden an die technologischen Schulen verwiesen. Folgt man der Argumentation von Martínez, ist dies das Ziel der Restrukturierung des höheren Bildungswesens der Administration Zedillo. Solange die Türen verschlossen bleiben, wird die Situation immer explosiver werden. Die jüngsten Versuche, die Zulassung zur LehrerInnenbildungsstätte Emiliano Zapata im Bundesstaat Morelos zu beschränken, endeten im Chaos und die Zurückgewiesenen, in der Mehrheit Frauen vom Land, blockierten die Straßen. Der Gouverneur von Morelos rechtfertigte die einschränkende Maßnahme damit, zahlreiche BewerberInnen kämen aus Nachbarbundesstaaten, in denen die LehrerInnen-Bildungseinrichtungen gesättigt seien. Für Martínez ist die Regierungsstrategie klar: "Die Bildungspolitik von Zedillo scheint sich darauf zu richten, die StudentInnen von der höheren Bildung auszuschließen, wobei die politischen Kosten so gering wie möglich gehalten werden sollen."

Und anderswo?

Es gibt in Lateinamerika keine Wahlen ohne KandidatInnen, die versprechen, das Bildungssystem ihres Landes zu reformieren und die Lösungen anbieten, um die SchülerInnen besser auf die Zukunft vorzubereiten. Aber trotz jahrzehntelanger Versprechungen stimmen PolitologInnen und BildungsexpertInnen überein: die Lehre in der Region weist - abgesehen von Costa Rica und Cuba - gravierende Mängel auf.

In Argentinien, wo die Partido Justicialista (in etwa mit "Gerechtigkeitspartei" zu übersetzen; die Red.) von Präsident Menem bei den Wahlen am vergangenen 26. Oktober die Kontrolle über den Kongreß verloren hat, versprach der Präsident im Vorfeld der Wahlen noch schnell, den Haushalt für Bildung und Erziehung zu erhöhen - die Gehälter für die LehrerInnen eingeschlossen. Anfang des Jahres begannen die LehrerInnen mit einem Streik, der seit April von einem Hungerstreik abgelöst wurde. Sie meinen, das Versprechen von Menem sei ein Schritt auf dem richtigen Weg, fürchten aber, daß es sich nur um ein Wahlmanöver gehandelt haben könne. "Wir bezweifeln, daß es die Regierung wirklich ernst meint", sagte Marta Maffei, Führerin der "Vereinigung der im Erziehungswesen Beschäftigten Argentiniens".

Obwohl die Gehälter der LehrerInnen in den meisten lateinamerikanischen Ländern, verglichen mit 1980, real gesunken sind, ist Argentinien am deutlichsten betroffen. Laut UNESCO erhalten die argentinischen LehrerInnen nur 45 Prozent des Durchschnittsgehaltes von 1980. Sie fordern, daß der Haushalt für Bildung

und Erziehung von 3 auf 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes heraufgesetzt wird. Bei den Gehältern verlangen sie eine Erhöhung der Gehälter um 50 Prozent. Die Regierung hat dem Bildungssektor lediglich eine Steigerung um 20 Prozent im Laufe der nächsten drei Jahre angeboten. Die LehrerInnen erhalten in Argentinien 200 bis 300 US-Dollar monatlich, wobei die Preise denen in den sogenannten entwickelten Ländern gleichen.

In Peru verdienen die LehrerInnen 200 US-Dollar monatlich, sie müssen eine zweite Arbeit annehmen, um über die Runden zu kommen. "Es ist schwer für die LehrerInnen, an (Ausbildungs-)Programmen außerhalb der Stundenpläne teilzunehmen, da viele noch eine andere Arbeit haben. Die Mehrheit unserer LehrerInnen arbeitet nach den Unterrichtsstunden als TaxifahrerIn oder StraßenverkäuferIn", erläutert Never Tuesta, Ko-Direktor des Programms zur Ausbildung zweisprachiger Lehrkräfte im peruanischen Amazonasgebiet.

In Brasilien hat der Kongreß die Verfassung reformiert, damit Präsident Fernando Henrique Cardoso sich 1998 erneut zur Wahl stellen kann. Er kündigte die Investition von 500 Millionen US-Dollar in ein Projekt an, das allen brasilianischen Kindern den Schulbesuch ermöglichen soll. "Ich hatte erklärt, daß die Mittel aus der Privatisierung für die Begleichung der Auslandsschulden verwendet werden, habe aber entschieden, diese Ausnahme zu machen. Sie ist die einzige, die ich mir erlauben werde, um das Recht auf Bildung aller unserer Kinder zu garantieren", so Cardoso.

Dennoch meinen LeiterInnen von Volksorganisationen in verschiedenen Ländern der Region, das Bildungsproblem in Lateinamerika sei keine Frage der zur Verfügung stehenden Geldmenge, sondern es gehe vielmehr darum, wie diese verwendet wird. "Der Staat versteht nicht, daß Bildung eine Investition ist. Sie betrachten sie als eine Ausgabe", ist die Einschätzung von Adrián Meza, Direktor der Volksuniversität in Nicaragua.

Der Uruguayer Enrique Iglesias, Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID) sagt, daß in den vergangenen drei Jahrzehnten die Länder der Region ihre Mittel vor allem der universitären Bildung und weniger der Grundausbildung gewidmet haben. "In Lateinamerika haben wir seit den 60er Jahren den Fehler begangen, die Kräfte in den Universitäten zu konzentrieren. ... Wir haben die Spitze gestärkt, ohne uns um die Basis zu kümmern", erklärt er. Iglesias, der für eine dritte Periode als Präsident der BID gewählt werden möchte, hat die Bildungsfrage zur Priorität für die Bank gemacht. Erst kürzlich hat die BID Panama einen Kredit in Höhe von 58,1 Millionen US-

Dollar bewilligt, um die Grundschulausbildung zu verbessern und den Anteil der Kinder, die den Schulbesuch mit der sechsten Klasse abschließen, von 78 auf 90 Prozent zu erhöhen.

Der ehemalige kolumbianische Präsident César Gaviria (1990-94) und heutige Generalsekretär der Organisation der Amerikanischen Staaten (OA) weist darauf hin, daß die Grundschulbildung zentral für die Entwicklung der Region ist. "Alle Studien zeigen eine hohe Ertragsrate bei Investitionen in die Grundschulausbildung", bekundet er. "Man kann kein erhöhtes Wachstum erwarten oder die Leute auf ein Leben in einer globalisierten Welt vorbereiten, wenn sie nicht lesen und schreiben können. Es ist wichtig, in Universitäten zu investieren, aber die höhere Bildung darf nicht auf Kosten der Grundausbildung gehen." Die lateinamerikanischen Präsidenten scheinen diese Idee aufzunehmen, indem sie Reformen für die Grundschulen (diese umfassen in Lateinamerika in der Regel die ersten sechs Schuljahre; die Red.) vorschlagen, während die höhere öffentliche Bildung reduziert oder restrukturiert wird.

Der peruanische Parlamentsabgeordnete Jorge Trelles, ehemaliger Erziehungsminister seines Landes, sagt für das Jahr 2010 das Verschwinden von Fakultäten wie Anthropologie, Soziologie und andere "nicht-technische" Bereiche an den peruanischen Staatsuniversitäten voraus. Der Jesuit Felipe MacGregor, vormaliger Direktor der Päpstlichen Katholischen Universität in Peru, bezeichnet Erklärungen wie die von Trelles als "kurzsichtig". "Ich würde den Abgeordneten Trelles bitten, über die Grenzen Perus zu blicken. Dann wird er sehen, daß es Universitäten gibt, die die Fakultäten für Philosophie und Soziologie aufbauen bzw. stärken. Die StudentInnen müssen logisch denken lernen, bevor sie Zahlen analysieren können. Die LehrerInnen wissen das", meint MacGregor.

Eine der grundlegenden Tendenzen in der Region, den Jahren der Politisierung der Universitäten und der Neigung zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben geschuldet, geht in Richtung privater höherer Bildung. In den vergangenen Jahren wurden hunderte Privatuniversitäten in der Region eröffnet, was zu einer intensiven Debatte unter den Auszubildenden geführt hat.

Der peruanische Bildungsexperte Carlos Callegari sieht nichts Schlechtes in dieser Entwicklung. "Vor zehn Jahren hat niemand daran gedacht, eine Universität zu gründen, da es keine verfügbaren Mittel für diese Art von Projekten gab. Heute kann eine Privatuniversität in Peru ein lukratives Unternehmen sein", versichert er. Für Callegari ist ein Beispiel die neue Universität San Ignacio de Loyola, die sich im Besitz des ehemaligen Wirtschaftsministers Carlos Boloña und des Ex-Präsident-

schaftskandidaten Raúl Diez Canseco befindet. Der Experte meint, daß die UnternehmerInnen an Qualität zu geringen Kosten interessiert sind. Dies müsse die zentrale Idee des Erziehungswesens sein. "Wenn man den StudentInnen dadurch eine gute Ausbildung anbieten kann, dann sollte man es machen", so sein Kommentar.

Dennoch sind andere besorgt um die Qualität der Lehre an den von ihnen so bezeichneten "Durchgangsuniversitäten". Javier Soto, Rektor der staatlichen Nationaluniversität für Ingenieurwissenschaft und früherer Präsident der Nationalversammlung der Rektoren, sieht die Qualität der Bildung durch die Anzahl der Universitäten in Gefahr. "Es gibt auf nationaler Ebene nicht genügend HochschullehrerInnen, Bücher und Laboratorien, um ein Minimum an höherer Bildung anbieten zu können", betont er. Soto Natal spricht sich dafür aus, daß die Regierung die Gründung neuer Universitäten in den kommenden zehn Jahren verbieten sollte. Angesichts von mehr als zehn neuen Universitäten in Peru, die während der letzten zwei Jahre eröffnet wurden, hat dieser Ratsschlag wohl bisher kaum Gehör gefunden. In der in den lateinamerikanischen Ländern geführten Debatte über die höhere Bildung kommt eine einsame Stimme aus Kuba, wo der Staat nach wie vor die grundlegende Rolle in der Erziehung der Jugendlichen spielt. Trotz der ökonomischen Schwierigkeiten, die das Land durchmacht - das kubanische Bruttoinlandsprodukt fiel zwischen 1989 und 1993 drastisch und zeigt erst jetzt Zeichen einer leichten Erholung - legt die Regierung Nachdruck auf ihr Engagement für die Bildung, einen der Stützpfeiler der Revolution. Kuba hat die geringste Analphabetenrate in ganz Lateinamerika. Der Direktor der Universität von Havanna, Juan Vela Valdez, hält die Tendenz, die Bildung auf eine Elite zu beschränken, die sich die Privatschulen leisten kann, für keine gute Zukunftsaussicht in der Region. "Die Regierungen überlassen die höhere Bildung dem Privatsektor, der nur am Geldverdienen interessiert ist. Es sollte nicht davon ausgegangen werden, daß Gewinne und Bildung Hand in Hand gehen müssen".

Jorge Ferradas, Bildungsexperte unter Vertrag der peruanischen Regierung meint: "Der Erfolg oder das Scheitern einer Schule wird davon abhängen, ob die StudentInnen mit ihrer Ausbildung zufrieden sind oder nicht. Wenn die StudentInnen viel für eine mittelmäßige Ausbildung bezahlen wollen, muß man sie lassen. Sie werden ihren Fehler bemerken. (Quelle: POONAL)

Betriebliche Effizienz im Sozialismus

Auf dem letzten Parteitag der PCC im Oktober stellte der Sekretär des Exekutivkomitees des Ministerrates, Carlos Lage, die Bedeutung der Effizienz im Sozialismus mit in den Mittelpunkt seiner Rede: "...Effizienz, ein so oft wiederholtes Wort im Antrag zur wirtschaftlichen Situation, muß sich von einem wirtschaftlichen Konzept in eine Art des Handelns, der Kontrolle und der Anforderungen verwandeln, angefangen bei den Führungskräften bis hin zu jedem Arbeiter/jeder Arbeiterin. Sozialismus ist neben Gerechtigkeit auch Effizienz und Qualität. Was nicht effizient ist, ist nicht sozialistisch und was keine Qualität hat, darf nicht hergestellt werden."



Wir stellen hier einen Metallbetrieb vor, der bereits seit der Rectificación auf dem Weg zu einer effizienteren Produktion ist ...

Bei dem Betrieb handelt es sich um ein 100% cubanisches Unternehmen. Die Produktion wird sowohl auf dem cubanischen Markt, als auch auf dem Weltmarkt abgesetzt. Im Zuge einer Umstrukturierung im Jahre 1986 wurde dem Betrieb seine heutige Form gegeben, die noch immer die wesentliche Grundlage darstellt, obwohl das Unternehmen mittlerweile einen 15-jährigen Entwicklungsprozeß durchlaufen hat. Das Unternehmen ist in zwei Produktionsabteilungen (talleres productivas), eine Abteilung für die Produktionsvorbereitung und eine Planungsabteilung untergliedert, in denen z.Zt. 720 Beschäftigte arbeiten, wovon rd. 220 Frauen sind. Die Frauen sind auch bis zu einem relativ hohen Niveau im administrativen Bereich beschäftigt. Das Unternehmen verfügt über eigene Einkaufs- und Verkaufsabteilungen.

Dieses Unternehmen ist auch ein positives Beispiel für das Funktionieren des neuen und dezentralisierten Außenhandelsystems, welches von der cubanischen Regierung in den letzten Jahren initiiert wurde, was sich u.a. darin äußert, daß das Unternehmen wesentliche Teile der Basismaterialien (materiales primas) - bis zu 90% - ohne große bürokratische Hürden und Hindernisse direkt importieren kann.

Das Prinzip der Selbstfinanzierung und Selbstreproduktion

In den achtziger Jahren finanzierte oder subventionierte die cubanische Regierung den überwiegenden Teil der Betriebe. Auch dieser Betrieb wurde bis 1992 staatlich subventioniert. Aufgrund der akuten ökonomischen Krise der cubanischen Wirtschaft seit Anfang der 90er Jahre, verfügte die cubanische Regierung nicht mehr über ausreichende Mittel für die Aufrechterhaltung aller Subventionen. Deshalb beschloß sie, daß einige Betriebe Wege zur Selbstfinanzierung zu suchen hätten. Das Unternehmen war einer der Betriebe, die

diese große Herausforderung annahmen. Das zeichnete sich in einem Prozeß großer betrieblicher Modifikationen aus, die zu der heutigen bestehenden Selbstfinanzierung führte. Diese Aufgabe verlangte eine ernsthafte Neuordnung der Produktionsprozesse in dieser Firma. Außerdem wurden die kommerziellen Möglichkeiten des Betriebes vergrößert. Heute kann der Betrieb mit Exportdevisen operieren. Das heißt, daß Verträge in frei konvertiblen Zahlungsmitteln geschlossen werden, wie z.B. mit der Ladenkette TRD und dem Tourismussektor in Cuba.

Zudem ist der Betrieb seit 1988 mehrere Kooperationsabkommen mit verschiedenen Ländern eingegangen. Dazu kommt die verbindliche jährliche Lieferung an den cubanischen Staat. Diese Produkte werden real nicht an den Staat verkauft, sondern werden für die folgende Reinvestition in den produktiven Prozeß, im Tausch für die erwirtschafteten Gewinne geliefert.

Der Betrieb verfügt über die Fähigkeit der kontinuierlichen Aktualisierung der Preise für seine hergestellten und verkauften Produkte. Der cubanische Staat bestimmt nur die Gewinnspanne. In Übereinstimmung mit den Produktionskosten werden die Preise der Produkte für den Verkauf ständig neubestimmt. Die Herausforderung an die Produktqualität und die Produktionsbedingungen beweisen die Effizienz des Betriebes. Das Wichtigste heute ist, mit Qualität zu produzieren. Früher zählte die quantitative Produktion. Mit dem neuen System der Selbstfinanzierung ist es wichtig, dem Kunden Produktivität zu bieten, da nach vereinbarten Verträgen produziert wird. Das Hauptziel der Gewerkschaft ist es, in diesem neuen ökonomischen System des Betriebes den ArbeiterInnen die Wichtigkeit der qualitativen und zeitgemäßen Produktivität zu vermitteln. Da es ein selbstfinanzierter Betrieb ist, müssen alle benötigten Rohstoffe mit Dollar eingekauft werden. Nachdem die Einnahmen des Verkaufs der Produktion im Betrieb eingegangen sind, werden die Grundstoffe, die Produktionsmittel, das Kantinenessen und die laufen-

den Betriebskosten bezahlt.

Das sind die Möglichkeiten und die Bedingungen, die der cubanische Staat stellt. Deshalb ist es z.B. notwendig, daß die Verantwortlichen für Arbeitsschutz und Hygiene des Betriebes, eine Inspektion der undichten Stellen in den Wasserleitungen durchführt, damit Wasserkosten gespart werden können, (die in Devisen bezahlt werden). Bis 1992 wurde das Unternehmen mit einem Betrag von jährlich 3 bis 3,5 Millionen Pesos subventioniert. Ab 1992 begann das Unternehmen nach einem Schema der Selbstfinanzierung zu arbeiten. In der Aktualität ist die einzige Differenz zu einem kapitalistischen Unternehmen die, daß die Gewinne nicht für den Unternehmer bestimmt sind, sondern zur Selbstfinanzierung des Betriebes (und für den Bau von kostengünstigen Wohnungen) Verwendung finden. Der Direktor verfügt über alle Möglichkeiten der ökonomischen Gestion. Das Unternehmen importiert und exportiert ohne Mittelsmänner (oder -frauen).

Die Administration benötigt nur eine größere Freiheit bei der Determinierung der Verteilung des Lohnfonds für die Arbeitenden. In der Aktualität existieren sehr wichtige Arbeitsplätze mit einem sehr geringen Gehalt. (Die Gehälter der anderen Kollegen sind ebenfalls relativ niedrig).

Die Unternehmensleitung erwartet, daß sie in diesem Jahr die Möglichkeit der Bewältigung dieser Probleme erhalten. Der Staat soll nur ein Interesse an den Gewinnen haben; so kann das Unternehmen größere Freiheiten bei der Gestaltung einiger Löhne im Unternehmen bekommen. Zum damaligen Zeitpunkt wurde es durch den Staat subventioniert. In den Jahren 1993 bzw. 1994 ist die Selbstfinanzierung erreicht worden.

Der Planungsprozeß

Der Betrieb legt jedes Jahr einen Selbstfinanzierungsplan oder Haushalt vor, der von höheren Instanzen des cubanischen Staates genehmigt wird. Der Verlauf des Planes wird dreimonatig evaluiert und die laufenden Kosten analysiert. Diese

Kostenprognose wird vom Zentralrat des Staates geprüft und von der Devisenkommission genehmigt. Es wird auf zentraler Ebene mit den Organismen der Staatsadministration ohne bürokratische Zwischenhändler direkt verhandelt. Aufgrund des nationalen Charakters des Betriebes, der Art seiner

Produktion und seines Produktionsvolumens, wird direkt beim Ministerium Rechenschaft abgelegt.

Die Betriebsökonomie aller Bereiche wird von der hiesigen Geschäftsleitung geführt. Hier ist auch der größte Produktionsanteil aller Bereiche konzentriert und die modernste Technologie angesiedelt. Die anderen Fabriken verfügen jedoch über eine eigene Administration. Es gibt allerdings eine Administration der Unternehmens-Union dieser kleinen Betriebe, die im modernen Teil des Planta Herrajes ihren Platz hat. Die Produkte werden unter dem kommerziellen Namen "Union Herrajes-Caribo" vermarktet. Es gibt eine Jahresplanung und jeweilige Drei-Monats-Pläne.

Der Produktionsprozeß

Eine Transformation erfuhr auch die Form der Erstellung des jährlichen Produktionsplanes. Bis 1992 entsprach dieser Plan den vorgegebenen staatlichen Zahlen auf nationaler Ebene, die nicht unmittelbar mit den Absatzmöglichkeiten der Produktion übereinstimmten. Heute wird dieser Plan mit einer vorhergehenden Verkaufsgarantie der initiierten und schließlichen Endproduktion erstellt. Jede Produktion wird aufgrund vorheriger Verträge realisiert. Dieser Betrieb produziert und kommerzialisiert gleichzeitig seine Produkte. Der Zyklus Geld-Ware-Geld hat sich beschleunigt und bewirkt, daß die Produkte nur noch über einen geringen Zeitraum im Lager verbleiben. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaft, die Produktionsnorm für die ArbeiterInnen festzusetzen. Dafür ist die Organisation für Arbeit und Soziale Sicherheit (Organizacion del Trabajo y Seguridad Social OTS) zuständig. Qualifizierte Normierer (normadores) besuchen in gewissen Abständen die Fabrik und richten die Norm ein. Wenn die ArbeiterInnen aufgrund einer Veränderung der Anlage oder des Rohstoffes eine Überprüfung der Norm wünschen, wird die OTS benachrichtigt. Diese überprüft und bestimmt gegebenenfalls eine neue Norm.

Das Problem der Unproduktivität ist in Cuba gravierend. Seit vielen Jahren wurde ohne Rücksicht auf die Kosten produziert. Am wichtigsten war, daß produziert wurde. Jetzt stehen die Kosten der Produktion, also die Finanzsituation, an erster Stelle. Das Unternehmen hatte noch 1992 einen Verlust von 3.200.000 Pesos. 1993 wurden schon Gewinne erzielt. Diese Resultate ergaben sich aus den Konsequenzen des gesamten konzeptuellen und praktischen

Umbaus zur Selbstfinanzierung. Es wird nach Bedarf produziert. Geplantes Ziel ist es, mit dem jetzigen Personalstamm von 720 Beschäftigten ein Umsatzvolumen von 12 Mio. cubanischen Pesos zu erreichen. Hauptmotiv für die Produktion ist die Befriedigung des nationalen Bedarfs. Um dieses Ziel zu erreichen, ist aber der Einkauf der Basismaterialien auf den internationalen Märkten notwendig. Um die dafür

| Jahr | Produktionsvolumen (in Tsd. cub. Peso) | Beschäftigte | Produktionsvol. pro Beschäftigten |
|------|---|--------------|--------------------------------------|
| 1986 | 7.429,1 | 989 | 7,511 |
| 1987 | 7.476,1 | 910 | 8,215 |
| 1989 | 8.856,2 | 856 | 10,346 |
| 1990 | 7.356,3 | 804 | 9,149 |
| 1992 | 5.567,2 | 772 | 7,211 |
| 1994 | 8.501,0 | 712 | 11,939 |
| 1995 | 10.288,8 | 727 | 14,152 |
| 1996 | 11.143,7 | 676 | 16,484 |

erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen, wird ein Teil der Produktion auf dem Weltmarkt gegen konvertible Währung verkauft. Mit diesen Einnahmen werden dann die Basismaterialien gekauft.

Die obenstehende Tabelle ist nicht um Preiserhöhungen und eine Neubewertung der Preise, die auf der Basis der besseren Qualität möglich war, bereinigt. Preiserhöhungen finden mindestens in dem Umfang statt, wie sich die Preise für die Basismaterialien auf dem Weltmarkt erhöhen. Diese Preiserhöhungen werden direkt auf die Endverkaufspreise umgelegt. Bei der Belegschaft handelt es sich um eine relativ junge Belegschaft und es wird nach direkten Vorgaben (cifras directas) gearbeitet. In der Aktualität wird in diesem Betrieb die Rentabilität nicht gemessen. Viele externe Faktoren, die nicht von der Arbeitskraft abzuleiten sind, beeinflussen die Produktion.

Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften

Der ökonomische Wechsel in diesem Betrieb hat zu keinen Veränderungen in der Struktur der Gewerkschaft geführt. Die Gewerkschaften werden als soziale und nicht als ökonomische Einrichtungen gesehen. Trotzdem erfährt die Gewerkschaft in ihrer Praxis minimale Veränderungen, da sie jetzt das Hauptziel ihrer Tätigkeit darin sieht, den ArbeiterInnen zu erklären und klar zu machen, daß man "...um zu haben, arbeiten muß". Das heißt, wenn nicht produziert wird, keine Grundstoffe gekauft werden können um die Produktion weiterzuführen, gibt es letztendlich nichts zu beißen.

Einmal im Monat wird eine Mitglieder- oder Produktionsversammlung durchgeführt. Hier werden alle Probleme im Produktionsplan, die Abwesenheit von ArbeiterInnen, die Arbeitsunfälle, etc. analysiert; sozusagen alles, was positiv bzw. negativ für die Produktion sein kann.

Außerdem werden Effizienzversammlungen durchgeführt, in denen Probleme, die längerfristiger Lösungen bedürfen, diskutiert werden. Hier werden Vereinbarungen über den Erwerb von neuen Anlagen, die Veränderungen von Produktionsbereichen, etc. getroffen. In diesen zwei Versammlungen wird alles diskutiert. Die Betriebsleitung gibt den Produktionsplan bekannt und die Arbeitenden geben ihre Wertung über die Planerfüllung ab.

Der Betrieb verfügt fast nie über alle Stoffe, die benötigt werden, um einen Produktionsauftrag zu erfüllen. Man macht zu Beginn eine Planung; die fehlenden Stoffe werden nach und nach gesucht und beschafft. Manches Mal muß aufgrund fehlender Rohstoffe, der Produktionsprozeß zeitweise unterbrochen werden. Das verhindert die Einhaltung von vertraglichen Verbindlichkeiten und kann zum Verlust eines Käufers führen. Die Themen in diesen

Versammlungen werden von der Gewerkschaftsleitung bestimmt. Allerdings bleibt für die ArbeiterInnen unter "Verschiedenes" immer ausreichend Zeit, ihre Fragen, Meinungen, Kriterien und Wertungen zu äußern.

Eine andere wichtige Aufgabe der Gewerkschaft ist es, die Arbeitenden zur Blutspende zu bewegen. Die Zahl der Blutspenden im Betrieb ist für die Emulation auf Betriebsebene von großer Bedeutung. Dieser Betrieb hat ein großes Blutspendenaufkommen erreicht und hat deshalb schon dafür moralische Anreize bekommen. Auf dem gleichen Niveau befinden sich die Beitragszahlungen für die Truppen der Territorialmilizen (MTT). Die Zahlung von höheren Beiträgen in einem kürzeren Zeitraum ist ein wichtiger Aspekt für das Anreizsystem. In diesem Betrieb existiert ein Tarifvertrag, obwohl dieser noch nicht vollständig erarbeitet ist. Dieser Tarifvertrag wurde vom Generalsekretär der Gewerkschaft konzipiert, dann von Mitgliedern des gewerkschaftlichen Büros und Sektionen diskutiert. Der Tarifvertrag wurde vom Direktor des Betriebes gelesen und um einige Punkten ergänzt, nachdem diese Zusätze diskutiert wurden. Die Ergänzungen der Administration beinhalteten: die Kündigung bei Diebstahl oder bei gewalttätigen Streitigkeiten im Betrieb, die Kündigung bei 4 ungerechtfertigten Fehlschichten der ArbeiterInnen, sowie die Möglichkeit der Vertrauenswahl eines Beschäftigten, wie z.B. im Fall der Sekretärinnen. Diese Vorschläge wurden akzeptiert und in den Tarifvertrag aufgenommen. Letztendlich bestimmt der Tarifvertrag als Grund für eine Kündigung folgendes: *Diebstahl *Streitigkeiten mit Gewalt *ungerechtfertigte Abwesenheit (von 4 Schichten) *Respektlosigkeit *grobe Fahrlässigkeit bei Unfällen

Für den Widerspruch gegen eine Sanktion existiert in diesem Betrieb ein Arbeitsgerichtsorgan, entsprechend dem Dekret

132. Alle 720 Beschäftigten sind gewerkschaftlich organisiert. Die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft ist freiwillig, die Höhe der Mitgliedsbeiträge ist in den Statuten festgelegt und beträgt 1 % des Lohnes. Die Metallgewerkschaft hat in diesem Betrieb ein eigenes Büro. Des Weiteren ist der Betrieb in vier Gewerkschaftsabteilungen untergliedert. Jede der Sektionen hat 7 bis 9 gewählte Vertreter, die auch die Verhandlungen mit der Unternehmensleitung führen.

Eine Hauptaufgabe der Gewerkschaft besteht darin, die Erfüllung des Planes zu unterstützen. Es geht um die Steigerung der Produktivität und Effizienz. Effizienzsteigerung bedeutet, daß mit den gegebenen Mitteln effektiver gearbeitet wird. Wie lassen sich Schäden vermeiden, Wege verkürzen? Für diese Prozesse gibt es Rationalisierungsbrigaden: Brigadas Tecnicas Juvenil (technische Jugendbrigaden) und die Asociación nacional de Innovadores y Racionalisadores (ANIR - nation. Vereinigung der Innovateure und Rationalisateure). Diesen gehören 165 Beschäftigte dieses Unternehmens an. Es hat keine Entlassungen, sondern nur Versetzungen und/oder Umschulungen gegeben, um die von den Rationalisierungsmaßnahmen betroffenen Kolleginnen und Kollegen im Unternehmen weiter beschäftigen zu können.

Stimulierung

Eine Rationalisierung der Arbeitskraft wurde angestrebt. Daher bewirkte diese Modifikationen die Reduzierung der Belegschaft. Die Belegschaft wird von den Arbeitsplatzkapazitäten des Betriebes bestimmt, die für die Einhaltung des Planes notwendig sind. Eine Requalifizierung der ArbeiterInnen versetzte diese in die Lage, eine größere Anzahl von Operationen an einem Arbeitsplatz durchzuführen. Das bezeichnet man als "Multioficio" (Mehrfachberuf). Diese Maßnahme führte auch zu einer Erhöhung des Durchschnittslohnes, da die Arbeitenden die Fähigkeiten bekamen, mehrere Berufe auszuüben und außerdem über eine höhere Qualifikation zu verfügen.

Der Betrieb verfügt über 25 Millionen Pesos Basismittel, die jedoch nicht voll genutzt werden. Die Fabrik ist für drei Acht-Stunden-Schichten täglich ausgerüstet. Allerdings arbeiten in vielen Bereichen nur eine, bzw. zwei Arbeitsschichten. Es ist eine Strategie des cubanischen Staates, den Verbleib des Arbeiters/der Arbeiterin an seinem Arbeitsplatz zu garantieren. Der/die Arbeitende muß ganzzeitig beschäftigt sein, deshalb wird in einigen Bereichen nur in einer Schicht gearbeitet. Die Arbeitsnorm wird - je nach Aufgabenschiedlich für Brigaden oder auf den Arbeitsplatz bezogen, festgelegt. Eine Überschreitung der festgelegten Norm wird in Relation zu der realisierten Mehrproduktion mit einer Extraentlohnung kompensiert. Die Nutzung der maximalen

Kapazitäten ist insofern ein Problem, weil viele der vorhandenen modernen Anlagen aufgrund des geringen Produktionsvolumens nicht geeignet sind und deshalb nicht eingesetzt werden können. Diese Anlagen sind für ein größeres Produktionsvolumen konzipiert. Zusammengefaßt ist die 'Planta des Herrajes' ein Unternehmen, das trotz der erfolgreichen Selbstfinanzierung, seine Produkte noch nicht in Übereinstimmung mit dem vorhandenen Produktionspotential herstellt und deshalb nicht die Nachfrage der cubanischen Gesellschaft decken kann. Auch die Gewerkschaft organisiert ein Anreiz- und Wettbewerbssystem für die ArbeiterInnen, das folgende Punkte als Grundlage hat:

- eine ausgezeichnete Produktivität, mit ausgezeichneter Qualität einhalten,
- kein Zuspätkommen zur Arbeitsschicht nachweisen,
- keine Fehlzeiten haben,
- Keine Krankzeiten (es werden nur die arbeitsplatzbezogenen Krankheiten berücksichtigt),
- keine Arbeitsunfälle haben,
- die pünktliche Zahlung der Gewerkschaftsbeiträge,
- den Arbeitsbereitschaftsdienst einhalten,
- mehr als 90% der geplanten freiwilligen Arbeit verrichten (im Jahr müssen es 120 Stunden sein),
- die Beitragszahlungen an den MTT (s.o.)pünktlich entrichten.

Ein großer Teil der Gewinne werden zur Stimulierung der besten ArbeiterInnen nach diesen oben genannten Kriterien verwandt. Es werden dreimonatige, sechsmonatige und jährliche Avantgarden unter den besten Arbeitendenn ausgewählt. Es sind schon 80 ArbeiterInnen Brillen gekauft worden, für einen jeweiligen Stückpreis von 134 Dollar. Kleidung ist für die Avantgarde der ArbeiterInnen 60 mal gekauft worden und einige haben ihren Urlaub in touristischen Einrichtungen mit nationaler Währung verbracht. Die Gewerkschaft bemüht sich um Verträge mit Freizeit- und Touristikunternehmen, die Erzeugnisse des Betriebes benötigen, um die Möglichkeiten einer Aktivität der ArbeiterInnen des Betriebes dort zu ermöglichen. Diese Verträge werden jedoch nur mit seriösen Unternehmen geschlossen, wie z.B. den Revolutionären Streitkräften (FAR). Außerdem wird den Arbeitenden monatlich eine "Jaba" (Tüte), mit Produkten der persönlichen Körperpflege, die im MLC-Läden gekauft wurden, angeboten. Um diese monatliche Stimulierung zu erhalten, wurden andere - weniger anspruchsvolle - Kriterien festgelegt:

- Die Einhaltung des monatlichen Produktionsplanes
- Maximal ein Zuspätkommen von nicht mehr als 60 Minuten

- Keine Fehlzeiten
- Eine kontinuierliche gute Qualität in der Arbeit

Mit dieser gewerkschaftlichen Strategie erreicht die Gewerkschaft einen Wettbewerb zwischen den Arbeitenden, ohne dies so zu benennen. Um die monatlichen Kriterien zu erfüllen und die Stimulierung zu bekommen, tritt der Arbeiter/die Arbeiterin ungewollt - jedoch freiwillig - in die Emulation. Fast alle ArbeiterInnen erfüllen monatlich die genannten Kriterien und garantieren damit eine höhere Zahl von KollegInnen für die Auswahl in die Emulation von drei- und sechsmonatigen sowie jährlichen Avantgarden.

Die Gewerkschaft dieses Betriebes gehört der Metallgewerkschaft an. Diese besitzt eine Bildungsschule für GewerkschaftsfunktionärInnen. In Cuba ist die gewerkschaftliche Bildung an FunktionärInnen gerichtet. Es gibt Bildungseinrichtungen auf provinzieller und nationaler Ebene. Das Gewerkschaftsbüro der 'Planta de Herrajes' wird aber damit beginnen, Bildungsveranstaltungen durchzuführen, in denen den ArbeiterInnen das neue System der Autofinanzierung vermittelt wird, damit sie ihr Verhalten danach richten. Diese Idee der betrieblichen Bildung für alle Arbeitenden stammt von der Gewerkschaftsführung und nicht von den ArbeiterInnen. Die Gewerkschaft organisiert ebenfalls sportliche Aktivitäten. Das schwierigste für die Gewerkschaft ist, die ökonomischen Mittel für den Einkauf der sportlichen Ausstattung -wie Trikots, Bälle, etc. - zu beschaffen. Trotz dieser Schwierigkeiten haben diese Aktivitäten großen Zuspruch in der Planta Herrajes und sie haben in Wettbewerben schon gute Resultate erreicht. Die Personalkosten belaufen sich auf 30 % der Gesamtkosten des Unternehmens. Dies ist in einem Kollektivvertrag zwischen der Unternehmensleitung, der Gewerkschaft und den Beschäftigten vertraglich festgelegt. Davon werden 50% für den Arbeitsschutz verwendet. Weitere 30% für Körperpflege und Reinigung aufgewandt und die verbleibenden 20% für Lebensmittel. Vom Grundsatz her erhalten alle Beschäftigten die Dinge, aber dafür gibt es einen Kriterienkatalog nach dem die entsprechenden Anteile bewertet werden. Dafür gibt es eine Kommission, die sich aus Vertretern der Administration, der Partei, dem Jugendverband und der Gewerkschaft zusammensetzt.

(Der Exkurs über einen Metallbetrieb wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Peter Knappe, Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg.)

Im nächsten Heft folgt ein Exkurs über einen Touristikbetrieb.

aus der fg

Hommage an Mirta Ibarra und Alberto Korda in Augsburg

In Cuba spielt sie im Teatro Estudio und Teatro Politico Brecht, in Europa wurde sie vor allem durch ihre Hauptrolle in Tomás Gutiérrez Aleas Film "Erdbeer und Schokolade" berühmt. Bei einem Treffen, das von Mitgliedern der FG-Gruppe Augsburg arrangiert worden war, konnte der Filmstar Mirta Ibarra in der Brecht-Stadt Augsburg am 15. November von Mara Bilbao und Gerardo Peñalver im Namen der Cubanischen Botschaft und in freundschaftlicher Verbundenheit mit roten Rosen begrüßt werden.

Anschließend fand im städtischen Zeughaus ein Empfang zu Ehren der cubanischen Künstlerin statt, bei dem Mara Bilbao und Professor Thomas M. Scheerer von der Universität Augsburg die hervorragenden Leistungen Mirta Ibarras würdigten und Mirta durch ihre menschliche Ausstrahlung im Handumdrehen die Herzen der Anwesenden gewann. Im Rahmen des sechswöchigen Kino- und Kulturprojektes "Erdbeer, Schokolade und andere Leidenschaften" nahm Mirta Ibarra einige Tage lang an mehreren Filmveranstaltungen teil, wo sie sich den Fragen aus dem Publikum stellte und temperamentvoll ihre große politische Hoffnung ausdrückte, nämlich daß die wirtschaftliche Blockade gegen Cuba aufgehoben werde: "Sie ist ungerecht."

Nach der Vorführung der zeitdokumentarischen Filme ihres 1996 verstorbenen Ehemannes Tomás Gutiérrez Alea "Muerte al Invasor" (Tod den Invasoren, 1961), "Asamblea General" (Die Generalversammlung, 1960) und "El Megano" (Das Köhlerdorf, 1955), schilderte Mirta beeindruckend die Erlebnisse der damals 14jährigen während ihrer Teilnahme an der Alphabetisierungskampagne in Cuba. Trickreich hatte sie es als junges Mädchen fertiggebracht, weit weg von den Eltern in den Oriente geschickt zu werden und sie amüsierte sich darüber, daß jene Frau aus den Bergen, der sie Lesen und Schreiben beigebracht hatte, in Cuba durch einen Brief bekannt wurde, in dem sie Fidel um eine Brille bat, welche sie vor der Alphabetisierung nicht brauchte, nun jedoch dringend benötigte.

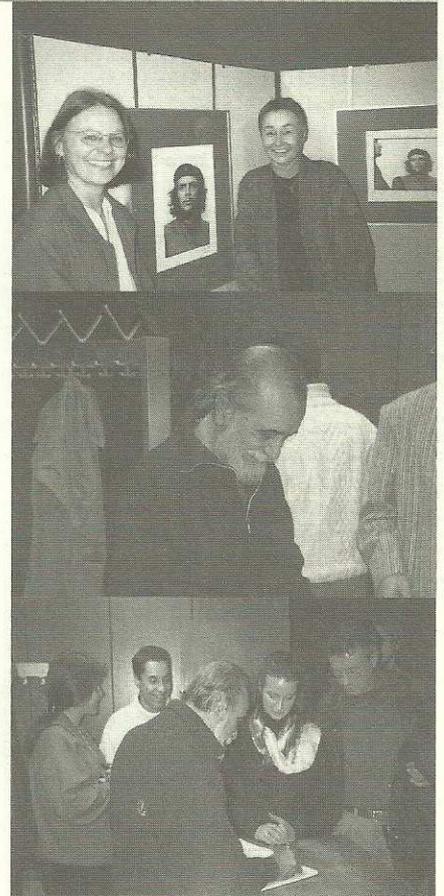
Der Film "El Megano" entstand 1955 und gilt als wegweisend für den modernen cubanischen Film. Nach der Erstausführung wurde dieser Kurzfilm von Diktator Batista verboten und das Team verhaftet. In Augsburg konnte er nun in Anwesenheit Mirta Ibarras zum ersten Mal in der BRD gezeigt werden.

Eine Woche zuvor hatte die Stadt einen weiteren legendären Cubaner zu Gast. Der Fotograf Alberto Diaz Gutiérrez (Korda), war einer Einladung der FG-Gruppe Augsburg, des Vitoria Fördervereins für Lateinamerika und der Universität Augsburg gefolgt, um die Ausstellung "Cuba - Geschichte einer Revolution in Bildern" zu eröffnen. Es wurde eng, als der Rektor der Universität, Professor Dr. Reinhard Blum, den Künstler im großen Ausstellungsraum der Zentralbibliothek vor mehr als 400 interessierten Besuchern begrüßte. Die FG-Gruppe München unterstützte die kleine Augsburger Gruppe bei den Vorbereitungen der Ausstellung und mit einem umlagerten Bücherstand während der Eröffnungsfeier.

In seiner Rede stellte Korda die Cubanische Revolution und das berühmte Bild des Ché in den Vordergrund. "Ganz ehrlich, es war ein ganz normales Bild. Ché umgibt ein Geheimnis. Es sind seine Augen, es ist sein prophetischer Blick, und Jugendliche spüren darin die unbedingte Ehrlichkeit. Mir scheint, seine Augen sagen, was er zu Fidel immer sagen will: 'Bis zum Sieg!' " Und Korda hob hervor, daß er sich nie, "keine einzige Minute in meinem Leben" von Fidel, Ché und der Cubanischen Revolution betrogen gefühlt habe, und er schloß seine Rede mit den Worten "Wir kämpfen weiter!"

Es war eine gute Idee, die Ausstellung in der Universität zu zeigen. Während im überfüllten Filmraum das Video "Castro, Ché und schöne Frauen" lief, schloß sich Korda spontan der Musikgruppe 'Don Alvaro y sus Compadres' an und begeisterte die Gäste der Vernissage, als er mit seiner Baßstimme cubanische Revolutionslieder anstimmte. Das Publikum war von Kordas Lebensfreude, Intelligenz und Kraft fasziniert und die Augsburger Allgemeinzeitung verspürte ein "ideologisches Prickeln" in der Uni.

Franz Egeter



Kuba vorgestellt

AZ Nov 97

Auf viel Interesse stößt die Veranstaltungsreihe „Erdbeer, Schokolade und andere Leidenschaften“, die vom Vitoria-Förderverein und dem Neuen Stadtkino in Zusammenarbeit mit der Universität durchgeführt wird. Vorgestellt werden Gabriel García Marquez, Alberto Korda und Tomás Gutiérrez Aleá. Gab es schon zur Vernissage der Fotoausstellung von Alberto Korda einen „Run“, so läßt sich dies auch für die im Stadtkino präsentierten Filme



Mirta Ibarra

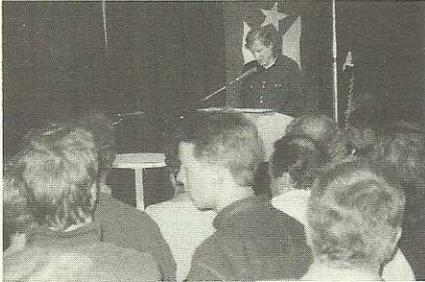
sagen: „Erdbeer und Schokolade“ von Aleá wurde auf Spanisch mit deutschen Untertiteln gezeigt. Selbst anwesend und bereit, über Kuba zu berichten, war Mirta Ibarra, Hauptdarstellerin in „Erdbeer und Schokolade“ und Witwe des Filmemachers Aleá. Zu dem kleinen Empfang ihr zu Ehren kamen unter anderem aus der kubanischen Botschaft in Bonn Mara Bilbao Diaz, Beauftragte für Konsularangelegenheiten und deren Mann Gerardo Penalver. Petra von Glicynski, Geschäftsführerin im Vitoria-Förderverein, Luis Martin, Lektor für Spanisch der Universität, und Professor Thomas Scheerer, Lehrstuhlinhaber für Hispanistik in Augsburg, dolmetschten, wann immer sie gefordert waren. In „Erdbeer, Schokolade und andere Leidenschaften“ werden bis 20. Dezember weitere Filme von Aleá gezeigt, u. a. „Das letzte Abendmahl“ und „Der Tod eines Bürokraten“.

sysch

München:

»Das revolutionäre Cuba hat neue Freunde und Freundinnen gewonnen!«

- das war die einhellige Meinung aller an der Organisation der Fotoausstellung "Geschichte einer Revolution" von Alberto Korda Beteiligten. Die Gruppe München der Freundschaftsgesellschaft hat



W. Ströhlein, Sprecher der FG München

diese Ausstellung auf die Beine gestellt, in Zusammenarbeit mit dem Kunstforum Arabellapark und dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München. Ein umfangreiches Begleitprogramm gab Hintergrundinformationen, die von den BesucherInnen begierig aufgenommen wurden. Und der Ansturm der Menschen, die etwas wissen wollten von der kleinen "Insel der Revolution und des Widerstandes" war überwältigend. Allein zur Vernissage kamen über 400 von ihnen und waren spätestens nach den begeisternden Reden

dieser Eröffnungsveranstaltung auch FreundInnen Cubas:

Von *Castr'schen Kaskaden* in Hans Werner Henze's *Cubanischer Symphonie* und dem *Faszinosum Cuba* sprach der Kulturreferent Münchens und verurteilte entschieden die internationale Blockadepolitik gegenüber Cuba. Die gute und erfrischende Zusammenarbeit mit den OrganisatorInnen der Freundschaftsgesellschaft lobte der Leiter des Kulturforums und Mara Bilbao stellte als Botschaftsvertreterin das Vermächtnis Ché Guevaras in den Mittelpunkt ihrer Rede. Alberto Korda selbst, der die Ausstellung als die bisher schönste Präsentation seiner Bilder in Europa bezeichnete, berichtete über seine Arbeit als fotografischer Dokumentator der Cubanischen Revolution und rief dazu auf, sie weiterhin zu unterstützen. Der Beitrag der Freundschaftsgesellschaft hob die Ausstellung als würdiges und angemessenes Gedenken an Ché zu dessen 30. Todestag hervor, stellte die Aktualität der Bilder Kordas und ihre Ausstrahlungskraft auch für gesellschaftliche Veränderungen heute heraus er wandte sich gegen die vielen verzerrenden Darstellungen Cubas hierzulande und betonte, wie wichtig es ist, das wahre Gesicht der Insel zu zeigen.

Fünf Wochen lang sahen täglich über 400 Menschen die Ausstellung, insgesamt also über 10.000 BesucherInnen; da der Vortragssaal nur 150 Personen faßte, waren sämtliche Begleitveranstal-



A. Korda im Gespräch

tungen überfüllt und viele weitere Interessierte mußten leider abgewiesen werden. Die Münchner Gruppe der Freundschaftsgesellschaft wird weitere Anstrengungen unternehmen, damit dieses große Interesse an Cuba, seiner Revolution, seinen Problemen und seiner Zukunft, nicht nur zur Freundschaft mit Cuba führt, sondern sich auch in aktiver Unterstützung für die Cubanische Revolution niederschlägt.

WS

Elektrifizierung eines Ärztehauses

Als neues Projekt praktischer Solidarität hat sich die Wuppertaler Gruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba die Elektrifizierung eines Ärztehauses mit Photovoltaik (Sonnenenergie) vorgenommen. Die Ausrüstung eines Ärztehauses kostet ca. 10.000 DM. Mit diesem Projekt wollen die Wuppertaler CubafreundInnen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des cubanischen Gesundheitssystem leisten. Cuba hat ein weltweit anerkanntes, hervorragend ausgebautes System der Gesundheitsfürsorge. Dieses steht allen CubanerInnen kostenlos zur Verfügung. Erste Anlaufstelle in diesem System ist der "Familienarzt" (medico de la familia). Diesen findet man in jedem Dorf und in jedem Stadtteil. Jede(r) Arzt/Ärztin hat somit einen relativ kleinen PatientInnenkreis von 300 bis maximal 1000 Personen zu betreuen.

Trotz der schwierigen Lage Cubas soll dieses Gesundheitssystem, insbesondere die medizinische Grundversorgung in abgelegenen Bergregionen der Sierra Maestra, noch verbessert werden. Ein wichtiger Schritt ist dabei die Elektrifizie-

rung der Ärztehäuser (consultorios) an Orten ohne Stromversorgung, damit Behandlungen auch nachts möglich werden und empfindliche Medikamente gekühlt gelagert werden können. Auch ihre Funktion als soziokulturelles Zentrum können die Ärztehäuser dann noch besser erfüllen. Insgesamt sollen in einem langfristigen Programm rund 900 Ärztehäuser mit Solarenergie elektrifiziert werden.

Jede Arztpraxis wird mit einer kompletten Photovoltaik-Anlage (PV-Module, Batterien, Laderegler usw.) ausgerüstet und mit mehreren Leuchtstoffröhren, einem Fernseh- oder einem Rundfunkgerät und einem Kühlschrank ausgestattet. Ausserdem haben die Erfahrungen bei der Elektrifizierung der ersten Ärztehäuser gezeigt, daß es sehr zweckmäßig ist, die Häuser auch mit einer kleinen Funkstation auszustatten, mit der in dringenden Notfällen schneller Hilfe aus dem nächsten Krankenhaus angefordert werden kann.

Dieses Projekt wird unsere Gruppe in Zusammenarbeit mit "KarEn" (Verein zur Förderung alternativer Energien in der

Karibik) durchführen. KarEn konnte bereits die Finanzierung von mehreren Anlagen an verschiedene Gruppen und Vereine vermitteln und möchte dieses auch weiterhin tun. Dabei bestimmen die cubanische Projektpartner CUBASOLAR, CIES und EcoSol die konkreten Ärztehäuser an Hand einer Prioritätenliste. Spenden bitte an die: SPARDA Bank Wuppertal Dirk Werner Konto Nr. 774 529 BLZ 330 605 92 Stichwort: "KarEn".

Am 7. Dezember 1997 hielt die Gruppe Wuppertal außerdem eine Video-Matinee ab, bei der das 40-minütige Video von Erdal Das: 'Esta es! Cuba!' vorgeführt wurde. Ein Film mit persönlichen Eindrücken über die 14. Weltfestspiele auf Cuba. Dazu war auch der Regisseur anwesend. Anschließend wurde der Zeichentrickfilm "Krieg der Vampire" gezeigt. Außerdem konnte im Dezember das "Bolivianische Tagebuch" des Ernesto Che Guevara sowie der Film "Tanja - La Guerillera" zusammen mit einem Programmkinos vorgeführt werden.

Esslingen - Matanzas:

Verstärkung der Solidarität und der gegenseitigen Information

★ Elpidio Torres Falcon, 2. Sekretär der PCC in Matanzas war anfang September zu Gast in Esslingen. Er bestätigte den Eingang der im Mai und Juli abgeschickten neun weiteren Pakete mit Medikamenten und Brillen. Insgesamt sind es seit Juni 94 bereits 170 solcher Pakete mit einem Gesamtwert von rund 63.000 DM sowie 31.600 DM an Geldspenden, die in Esslingen gesammelt und nach Matanzas gesandt wurden. Elpidio betonte, daß Cuba auch Dank der weltweiten Solidarität weiterhin der US-Blockade und dem Kapital widerstehen und seine sozialistische Revolution verteidigen werde.

Elpidio Torres wurde von Landrat Dr. Braun empfangen und konnte auch mit den Dezernenten für Gesundheit und Schulwesen in Esslingen, Herrn Knaus und Herrn Currin sprechen, sowie mit Altkreisrat Fritz Pospiech; als Dolmetscher hatte sich der Schriftsteller Hans Suhr aus Filderstadt zur Verfügung gestellt. Eine Besichtigung des Kreiskrankenhaus Kirchheim/Teck und eine Betriebsführung rundeten das Besuchsprogramm Elpidios ab, das am 1. Septem-



Von li. n. re.: Elpidio Torres, die Dolmetscherin W. Friedrich Pospiech

ber mit der Teilnahme an der Gedenkveranstaltung des Friedensbündnisses in Esslingen begonnen hatte.

Zum 30. Todestag

des **Ernesto Ché Guevara**, fand eine gut besuchte Veranstaltung im Saal der 'Reichsstadt' in Esslingen statt. Mehr als 80, vor allem junge Menschen erlebten einen eindrucksvollen und interessanten Abend im Geiste des Internationalismus und der antiimperialistischen Solidarität, insbesondere mit dem sozialistischen Cuba. Hauptreferent des Abends war der



re.: Oscar Martínez

Fotos: F. Hafenrichter

Botschafter der Republik Cuba, Oscar Martínez Cordovez, mit ihm auf dem Podium: Garefis Delingas, Vertreter der KP Griechenlands, sowie Bruno Piombo, Chefkoordinator der Rifondazione Comunista Italiens in der BRD. Eingeladen hatten neben der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba auch die Kuhle Wampe, die VVN Bund der AntifaschistInnen, die DKP und die lokalen Gruppen der KKE und RC (Kommunistische Parteien Griechenlands und Italiens).

FP

Ausstellung cubanischer Fotografie ab 1959 in Regensburg



Caibarién, 1982 Foto: Mario Garcia Joya

Mit dem Sieg der cubanischen Revolution am 1.1.1959 begann eine neue Epoche in der Geschichte Kubas, mit der sich viele Veränderungen auf der Insel einstellten, die für den ganzen Kontinent neu und spektakulär waren. Von der Agrarreform über die Alphabetisierung bis hin zum Aufbau eines flächendeckenden und beispielhaften Gesundheitswesens mauserte sich das Land nicht nur zum Beispiel für viele Länder der Dritten Welt, sondern zog auch viele kubanische Fotografen in ihren Bann. Ob Amateure oder Berufsfotografen: gemeinsames Objekt ihrer Kameralinsen wurde die Revolution. Im beginnenden 40. Jahr ihres Bestehens zeigen wir eine Fotoausstellung mit Bildern ver-

schiedenster kubanischer Fotografen, in der sie zumeist Alltagsszenen darstellen, die mal vergnüglich warmherzig, mal eher schlicht und einfach - aber immer charakteristisch, einen Blick in die kubanische Seele gewähren. Die Regionalgruppe Regensburg zeigt die Ausstellung zwischen dem 10.12.97 und Mitte Januar 1998 im "Lokanta", Wollwürgergasse, täglich zwischen 18 und 1 Uhr.

Die Freundschaftsgesellschaft hat vor knapp 10 Jahren als erste eine Ausstellung cubanischer Fotografien in der Bundesrepublik organisiert. Diese war damals schon lange überfällig, wurden doch bereits in vielen Ländern der Welt die gleichermaßen inhaltlich wie formal spannenden Fotos aus Cuba gezeigt. In den wichtigsten europäischen Museen wie dem Centre Georges Pompidou in Paris oder dem Kunsthaus Zürich und auch in Rom, Madrid, Prag, Moskau, Helsinki, London und vielen anderen europäischen Zentren wurde der wichtige cubanische Beitrag zur Geschichte der Fotografie bereits gewürdigt. Jahre vergingen, in denen die kulturellen Beziehungen zwischen bundesrepublikanischen Institutionen und Organisationen mit Cuba im wiederholten Kultu-

raustausch vertieft wurden.

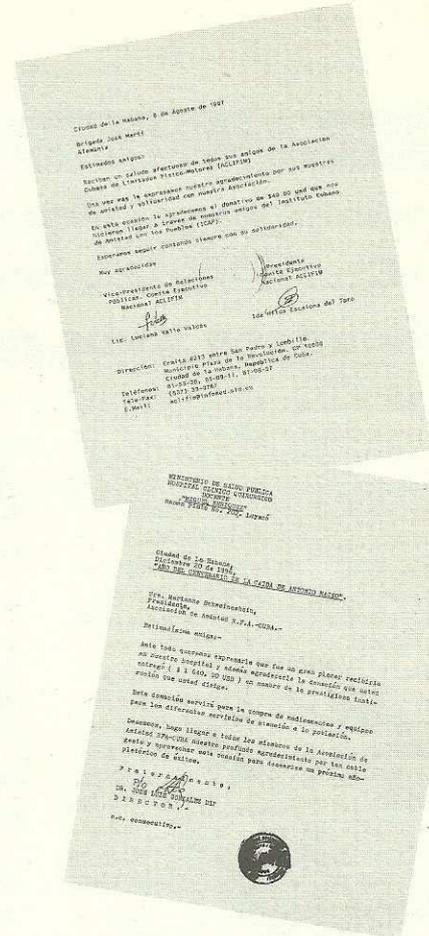
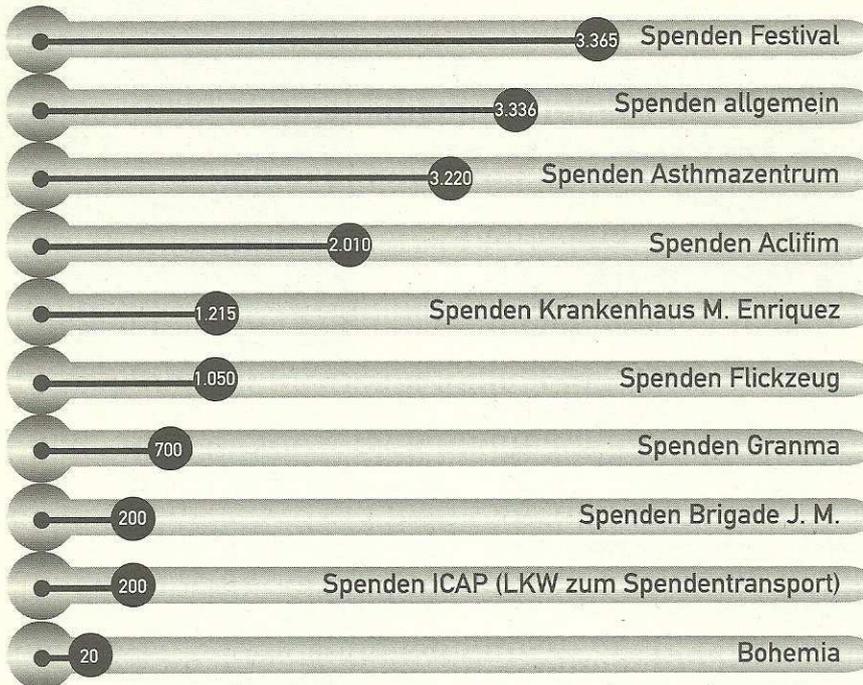
1997 kam so auch im Rahmen einer erstklassigen Ausstellungsfolge der bekannteste cubanische Fotograf, Alberto Diaz Gutiérrez, auch Korda genannt, nach Deutschland, wo er in München, Augsburg, Reutlingen, Stuttgart, Frankfurt und an der Hamburger Kunsthochschule seine z. T. weltbekannten und historischen Fotografien von der Revolution zeigen konnte. Auch diverse Ortsgruppen der FG beteiligten sich aktiv an der Organisation der Ausstellungen vor Ort. Besonders der Chilenischen Jugend in Hamburg sei an dieser Stelle ein Lob ausgesprochen, da sie immerhin die Initiative ergriff, KORDA in die BRD einzuladen.

Die Ortsgruppe Aachen hat nun die bei der FG verbliebene Ausstellung cubanischer Fotografien "Bilder vom Menschen" neu zusammengestellt und z.T. neu gerahmt. 50 beeindruckende Fotos von insgesamt 14 Fotografen, aus den Jahren zwischen 1959 und 1988, können von interessierten Gruppen ausgeliehen werden. Die Ausleihe beträgt DM 50.-- je Monat.

Interessierte wenden sich an: Uli Weinzierl, Eynattener Str. 24 f, 52064 Aachen, 0241-79558 (Tel) oder 0241-71057 (Fax.)

Spendenbarometer bis 15.12.97

Spendenkonto der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.: Postgiroamt Köln; KtoNr. 307 984-507 (BLZ 370 100 50)



BDK 97: Fortsetzung folgt

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e. V.

Köln, 5. - 7. 12 1997

Nach seinem faktenreichen Referat zu Ergebnissen des Parteitags und dem 1997 erreichten Stand der cubanischen Wirtschaft, gab Oscar Martínez, Botschafter der Republik Cuba in der BRD, am Samstag vormittag bereitwillig Antwort auf die vielfältigen Fragen der Delegierten, etwa zu der Graham-Gesetzesinitiative in den USA, die Cuba zu einer Gefahr die nationale Sicherheit der USA erklärt, oder zu den Prinzipien in der ökonomischen Planung und Leitung auf der Insel.

Die anschließend vorgetragenen, ausführlichen Berichte des Bundesvorstandes wurden ausführlich im Plenum diskutiert, schwerpunktmäßig unter dem Gesichtspunkt der Effektivierung. Die vom BV beantragte Verlegung der Geschäftsstelle von Köln nach Aachen, wo kontinuierliche Anleitung durch ein BV-Mitglied möglich wäre, wurde abgelehnt.

Eine musikalische Auflockerung bot die chilenische Gruppe ORTIGA am Samstag abend im Rahmen einer kleinen Fiesta, die von der Kölner Gruppe organisiert worden war. Eindrucksvoll die Rede, die Osvaldo García an die Delegierten und Gäste richtete, der zusammen mit seiner Frau und Gerardo Peñalver (alle haben Funktionen in der Cubanischen Botschaft) teilnahm. Osvaldo vermittelte die hohe Wertschätzung, die die aktive Solidarität der Freundschaftsgesellschaft bei den cubanischen Compañer@s genießt und betonte die Wirksamkeit eines solidarischen Einsatzes, Seite an Seite für die gemeinsamen Ziele. Gerade für die FG, die als älteste Solidaritätsorganisation mit Cuba in der BRD, nie in ihrer aktiven Unterstützung der Cubanischen Revolution nachgelassen habe, erhoffe er auch künftig eine erfolgreiche Fortsetzung ihrer Tätigkeit.

Da der bisherige Kassierer Gunther Lenner zurückgetreten ist, war am Sonntag die Wahl eines Nachfolgers nötig. Neuer Kassier des BV: Werner Ströhlein, München. Zuständig für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit künftig: Gunther Lenner, Öttingen, Am Weinberg 3, Fax 09082-96950. Gunther bittet um Zusendung aktueller Artikel auch aus den Regionalgruppen.

4 Initiativanträge konnten noch nicht behandelt werden: 2 gegenläufige Anträge zu einer Präzisierung des Statuts (ob Mitglieder des BV ein Delegiertenmandat ihrer Gruppe benötigen oder aufgrund ihrer Funktion zugesprochen bekommen), 1 Antrag zum Auszahlungsmodus des Gruppenkontingentes (betrifft Beitrags- und Finanzordnung) und 1 Antrag auf eine Mitgliederwerbaktion.

Da auch für die Diskussion zu den Arbeitsschwerpunkten '98 - Ché-Konferenz, Spendenprojekte, Vortragsreise - keine Zeit blieb, wurde die Fortsetzung der BDK beschlossen. Es gelten die aktuellen Delegiertenmandate weiter. Zur Intensivierung der Gruppenkontakte untereinander wird auch erstmals ein Treffen der Gruppenverantwortlichen vorbereitet.

Wir laden ein: Termin für die Fortsetzung der 23. BDK: Samstag, 21. März 1998
Treffen der Gruppenverantwortlichen: Sonntag, 22. März 1998

Tagungsort für den 21. und 22. März 1998: Naturfreundehaus Köln-Ost, Kapellenstr. 9a, 51103 Köln-Kalle

Interview mit Armando Hart

»Ché's Vorstellungen sind im heutigen Kuba noch immer aktuell«

Sind Ché's ökonomische Vorstellungen im Kuba von heute noch aktuell?

Gerade heute sind Ché's Vorstellungen von der Bedeutung der Moral in der Wirtschaft von enormer Bedeutung. Sicher haben sich die Bedingungen geändert, aber die Prinzipien sind die gleichen geblieben. Die Frage der materiellen und moralischen Anreize in Ché's Wirtschaftskonzeption ist großen Mißverständnissen ausgesetzt gewesen. Che hat in Wahrheit niemals die Bedeutung der ökonomischen Anreize negiert. Allerdings standen sie bei ihm nie im Mittelpunkt, sondern sollten eine Balance zu den moralischen Anreizen halten. Ché's Augenmerk als Industrieminister galt der Entwicklung der sozialistischen Moral beim Aufbau des Sozialismus. Deshalb betonte er immer wieder die große Rolle der moralischen Anreize. Wenn man den Menschen immer nur die Mohrrübe vor die Nase hält, wird man nie den neuen Menschen erziehen können, pflegte er zu sagen. Gerade die Vernachlässigung des subjektiven Faktors in der Entwicklung hat einen wesentlichen Anteil zum Niedergang und schließlich zum Verschwinden des sozialistischen Lagers in Osteuropa geführt. Davor haben sowohl Che als auch Fidel in mehreren Reden schon in den 60er Jahren gewarnt.

Auch heute geht es darum, die materiellen, wie auch die moralischen, Anreize in einer ausgewogenen Balance zueinander zu halten. Die Einrichtung der Bauernmärkte, die Freigabe des Dollars sind materielle Anreize. Die werden international immer in den Mittelpunkt gestellt und als Beweis für die Einführung des Kapitalismus interpretiert. Dabei wird nicht beachtet, daß wir im Sinne von Ché den moralischen Anreizen weiterhin eine genauso große Bedeutung zumessen. Dazu zählt die Vermittlung der Theorie und Praxis von Ché in den Kindergärten, in den Schulen, im kubanischen Alltag. Dazu gehört die große Bedeutung, die wir der Erziehung und Ausbildung beimessen und zwar von Beginn der Revolution bis heute. Diese Politik werden wir auch weiterhin fortführen. Deshalb kann überhaupt keine Rede davon sein, daß Ché's Konzeption veraltet ist, oder daß wir davon abweichen. **Wird die sozialistische Moral, von der Ché sprach und die auch in den Erklärungen der Kubanischen Kommunistischen Partei eine große Rolle spielt, nicht durch die Einführung des Dollars auf der Insel zunehmend gefährdet?**

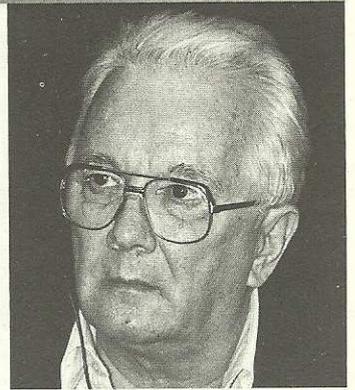
Die sozialistische Moral kann nicht per Dekret verordnet, sondern muß in einem

Armando Hart ist langjähriges Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei Kubas und war viele Jahre Kultusminister, heute Abgeordneter des kubanischen Parlaments. Er nahm an der Internationalen Ché-Guevara-Konferenz in Berlin teil. Peter Nowak sprach mit ihm.

langen wechselvollen Prozeß erkämpft werden.

Die Einführung des Dollar und weiterer kapitalistischer Elemente in unsere Wirtschaft ist tatsächlich die große Herausforderung, vor der die kubanische Revolution heute steht. Sie brachte lange unbekannte, soziale Differenzierungen mit sich und im Gefolge auch kriminelle unsoziale Handlungen Einzelner. Doch wir hatten keine Alternative. Nach dem Verschwinden des sozialistischen Lagers hatten wir schwierige Tage durchzustehen mit Mängeln, die wir einst bei uns nicht mehr für möglich gehalten haben. Die Liste der alltäglichen Probleme ist enorm lang. Von der Beschränkung von Lebensmitteln, über den Mangel an Kleidern, Kosmetika, Medikamenten, etc. bist zu den Engpässen im Wohnungswesen, im Nahverkehr und in vielen städtischen Dienstleistungen.

Um weiter auf unserem sozialistischen Weg voranschreiten zu können, müssen wir überleben. Um überleben zu können, müssen wir uns mit unserer Umwelt auseinandersetzen. Die Welt um uns ist kapitalistisch. Wir sind eine kleine Insel und können uns nicht von der uns umgebenden Welt abkapseln. Ohne auf unsere sozialistische Orientierung zu verzichten, müssen wir uns in die Weltwirtschaft einfügen. Auf bestimmte kapitalistischen Elemente können wir zur Zeit in unserer Ökonomie einfach nicht verzichten. José Martí, der große Theoretiker der kubanischen Unabhängigkeitsbewegung sagte einmal: "Die Welt muß in unser Land eingepflanzt werden, aber unsere Wurzeln bleiben erhalten."



Die Probleme der Welt kommen jetzt zu uns, weil Kuba eben ein Teil dieser Welt ist.

Erst vor wenigen Wochen haben wir das blutig zu spüren bekommen, als in kubanischen Touristikhôtels Bomben gelegt wurden. Es gab Verletzte und ein Italiener wurde dabei getötet. Der Täter war von kubanischen Exilgruppen bezahlt. Wir können solche Aktionen auch in Zukunft nicht ausschließen und werden uns deshalb trotzdem nicht vom Tourismus abwenden.

Ist die Einführung des Dollars eine vorübergehende oder eine dauerhafte Erscheinung?

Ich bin kein Ökonom und kann daher keine wissenschaftlich fundierte Prognose geben. Um die Macht des Dollars zu stoppen, müssen wir die eigene Wirtschaftskraft stärken. Dazu haben wir in der Vergangenheit wichtige Maßnahmen getroffen. Nur einige Stichworte: der Kampf um bestmögliche Ergebnisse bei der Zuckerrohrernte, einen Sprung nach vorn im Bauwesen, rentablere Nutzung der Energieträger, allgemeine Verringerung der Produktionskosten, fortschreitende Umsetzung der Steuerpolitik, Sanierung der Staatsfinanzen, Einführung moderner Leitungsmethoden auf der Basis von Computer- und Informationssystemen. Das sind alles Punkte, deren enorme Bedeutung Ché schon Anfang der 60er Jahre erkannt hat. Unsere Maßnahmen zeigten schon erste Erfolge. Noch vor zwei Jahren mußte man für 1 Dollar 120 Pesos zahlen, jetzt wird ein Dollar für 22 Pesos getauscht.

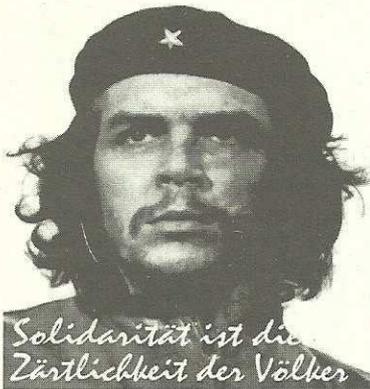
Sie sind überzeugt, daß Kuba sozialistisch ins 21. Jahrhundert gehen wird?

Kuba hat viele Herausforderungen in seiner Geschichte erfolgreich bestanden, und ich bin überzeugt, daß es auch die aktuelle Herausforderung erfolgreich besteht. In den letzten Jahren ist das Durchhaltevermögen unserer Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt worden und ein Großteil hat sie gelassen überstanden. Diese Einheit ist die Garantie unseres Erfolges.

Seit 1989 nannte man uns Kubaner. die Schiffbrüchigen einer großen Katastrophe. In Wirklichkeit sind wir die Überlebenden und schwimmen zum Ufer.

Großes Interesse an Ché

Es waren insgesamt weit über Tausend Personen, darunter auffallend viele Jugendliche, die am 27. und 28. September den Weg in die Berliner Humboldt-Universität fanden, um sich über die vielfältigen Aspekte von Ché's Wirken zu informieren und über seine Bedeutung für die heutige Politik zu diskutieren.



Dazu stand ein hochkarätig besetztes Podium zur Verfügung, das von Cuba Sí, der Tageszeitung junge Welt und dem ReferentInnenrat der Humboldt-Universität eingeladen worden war.

Mit dem ehemaligen Kulturminister Armando Hart und dem Ökonomen Orlando Borrego kamen gleich zwei Gäste aus Kuba zu Wort. Beide erläuterten die große Bedeutung, die Ché's Gedanken gerade heute in Kuba haben. "Kuba ist heute guevaristischer denn je", so Borrego. Allerdings kritisierten einige TeilnehmerInnen, die Ausführungen seien zu allgemein. "Mich hätte schon interessiert, wie der fünfte Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas mit den heutigen Problemen, der Prostitution, der Spaltung in Dollar- und Nichtdollarbesitzer umgeht. Doch dazu kam wenig;" kritisierte eine ZuhörerIn. Vielleicht lag es auch an dem randvoll gefüllten Kongreßplan.

Der Berater der Zapatistas, Luis Garrido sah in der EZLN die bewaffnete Befreiungsbewegung, die mit Ché's Ideen am gründlichsten umgegangen sei und sie weiterentwickelte. Denis Goldberg, langjähriger Kampfgefährte von Nelson Mandela im ANC betonte die große Bedeutung Kubas für den anticolonialen Befreiungskampf auf dem afrikanischen Kontinent.

Für die peruanische Guerillabewegung Tupac Amaru (MRTA) sprach Isaac Velazco über deren Kampf gegen den Neoliberalismus. Eine Vertreterin der

Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) übergab Velazco einen Scheck von fünftausend DM, den Erlös der Kampagne "ein Radio für die MRTA". Die TeilnehmerInnen verurteilten in einer Resolution einstimmig das von der Hamburger Ausländerbehörde gegen Velazco verhängte politische Betätigungsverbot. Mittlerweile hat die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Verfahren gegen die Publikation "Angehörigeninfo" eingeleitet, weil dort Erklärungen der MRTA abgedruckt worden sind.

Philip Agee schilderte sehr plastisch die Strategien des US-amerikanischen Geheimdienstes gegen die linken Bewegungen Lateinamerikas. Kein Wunder, war er doch lange Jahre Mitarbeiter der CIA, bis er die Seiten wechselte und einige Interna bekannt machte. Agee berichtete, wie die CIA sich an der Jagd auf Che beteiligte. Auch seine Erschießung wurde im Weißen Haus abgesegnet.

Doch von Ché's Gedanken waren Anfang der 70er Jahre auch viele Menschen in Westeuropa angetan. Manche nahmen das Vorbild so ernst, daß sie auch dort umgehend Stadtguerillagruppen aufbauten. Inge Vielt hat zunächst die 'Bewegung 2. Juni' und danach die RAF durchlaufen, ehe sie sich Anfang der 80er Jahre vom bewaffneten Kampf verabschiedete und Exil in der DDR fand. Nach 1990 wurde sie verhaftet und verbrachte bis letztes Jahr im Gefängnis. In ihrer Kon-



greßrede warnte sie davor, mit dem Anspruch, linke Mythen knacken zu wollen, sich von linker Politik insgesamt zu verabschiedeten.

Mit Ché's Konzept des Neuen Menschen befaßte sich auf der Tagung Eckhard Holz, Lateinamerika-Wissenschaftler aus Rostock. Wie Marx ging Ché von der Grundthese aus, daß der Egoismus nichts dem Menschen angeborenes ist, sondern Ergebnis der Konkurrenz in der kapitalistischen Gesellschaft. Nur so ist seine Hoffnung zu verstehen, daß sich in der sozialistischen Gesellschaft der Neue Mensch erziehen lasse.

Auf einer Abschlußpodiumsdiskussion ging es um die Konturen eines neuen historischen Projekts. Doch dieser Anspruch war denn doch zu hoch. Zunächst wurde darüber gestritten, ob ein Sozialdemokrat dafür der richtige Gesprächspartner ist. Über das historische Projekt soll im Januar auf einem Rosa-Luxemburg-Kongreß weiterdiskutiert werden. Vielleicht sind die Konturen dann etwas klarer.

Peter Nowak



Die 3 abgebildeten Ché-Aufkleber können in der Geschäftsstelle bestellt werden, näheres auf Seite 43.

Euro-Koordinierungsinitiative zur Unterstützung der Pastors-for-Peace Freundschaftskarawane gestartet – ein weiterer Schritt in Richtung internationale Vernetzung

US-Cuba
Friendshipment
Caravan
Euro-Support Network Initiative

Newsletter

Caravan Newsletter

Number One

October 1997

Am 5. Oktober 1997 trafen sich in Amsterdam verschiedene Aktivisten der Cuba-Solidarität, Caravanistas und Vertreter von Solidaritätsgruppen, um Möglichkeiten zu diskutieren, wie die von der IFCO/Pastors for Peace initiierte US-Cuba-Freundschaftskarawane auf europäischer Ebene in koordinierter Form unterstützt werden kann. Diese Unterstützungskampagne soll auch dazu beitragen, die europäische Cuba-Solidarität stärker zu vernetzen und für gemeinsame Aktionen handlungsfähig zu machen.

Bei diesem ersten Treffen in Amsterdam waren die Niederlande (Cuba Sí), Deutschland (Netzwerk) und Großbritannien (Cuba Solidarity Campaign) vertreten. Grußbotschaften kamen aus Belgien, Spanien und dem Baskenland sowie von Rev. Lucius Walker, Vorsitzender der IFCO/Pastors for Peace (PfP) Kampagne, der die Initiative sehr begrüßte. Initiiert wurde das Treffen von europäischen Teilnehmern der letzten (7.) US-Karawane im Mai 1996, wobei die Idee der Euro-Koordinierung zur Unterstützung der PfP-Kampagne bei den 14.

Jugendweltfestspielen aufgegriffen und mit diesem Treffen in die erste Tat umgesetzt wurde: Lucius Walker hatte im Club Europa bei einem Treffen von 50 Teilnehmern die Versammelten eingeladen, im nächsten Jahr vom 7. bis 27. Juli an der bisher größten und breitesten US-Karawane teilzunehmen. Und so wurden mit der Einladung zum Treffen in Amsterdam gleich Nägel mit Köpfen gemacht: Es fand sich eine Initiative, die sich zur Aufgabe machte, wesentliche Ziele einer europäischen Unterstützungskampagne auszuarbeiten, diese europaweit den Solidaritäts-Gruppen zur Diskussion und zur Weiterverbreitung an mit ihnen befreundete bzw. in Kontakt stehende Organisationen vorzustellen und um deren ideelle, personelle und/oder finanzielle Hilfe zu bitten. In Amsterdam einigte man sich auf folgende (vorläufige) Zielsetzungen:

- eine politische Unterstützungskampagne aus Europa zu starten;
- ein europäisches Netzwerk mit zentraler Koordinierung in London zu etablieren, das u.a. ein Informationsbulletin herausgibt, welches ein Diskussions- und Ideenforum zur Unterstützungskampagne in

Europa bieten soll;

- Möglichkeiten auszuloten, europäische Teilnehmer für die nächste(n) PfP-Karawane zu gewinnen;
- einen Beitrag zur engeren Kooperation zwischen der U.S.- und Euro-Solidaritätsbewegung zur Beendigung der Blockade zu leisten.

Die gesamte Unterstützungskampagne soll

zung der PfP-Kampagne zu werben;

- hierzu eine Datenbank einzurichten mit Adressen von Interessierten an der PfP/Euro-Unterstützungskampagne innerhalb und außerhalb der Cuba-Solidarität
- koordinierte Protestaktionen anzukündigen (Euro-Aufruf, Protestaktionen vor U.S.-Konsulaten und -Botschaften, Protestschreiben an Clinton, EU, WTO etc. etc.)



inhaltlich so gestaltet sein, daß im Hinblick auf die PfP-Kampagne sowohl die absurde, internationale Recht brechende US-Blockade (Helms-Burton-Gesetz) als auch die lavierende, auf "sanften" Kollaps der sozialistischen Gesellschaft einerseits und Unterwerfung unter brachiale US-Erpressermethoden andererseits ausgerichtete Euro-Politik an den Pranger gestellt werden. Natürlich soll dabei zugleich dem Umstand Rechnung getragen werden, daß die Cuba-Solidarität sowohl europa- als auch landesweit sehr heterogen ist und inhaltliche Vorgaben dieser Art daher nur einen unverbindlichen Rahmen bieten können.

Angedacht wurden folgende mögliche Aktionen/Aktivitäten:

- Rundreisen von PfP-Aktivisten (Lucius Walker), die über den Stand der Kampagne in den USA berichten, u.a. um potentielle Teilnehmer aus Europa für die US-Karawane zu gewinnen;
- das Informationsbulletin an interessierte Kreise (Kirchen, Gewerkschaften, NGOs, linke Parteien, Promis etc.) weiterzureichen, um für personelle und finanzielle Unterstüt-

Entscheidend bei allen zukünftigen Aktivitäten ist die ideelle und personelle Unterstützung aus der Solidaritätsszene und mit ihr verbundener Kreise und Organisationen. Das heißt: Die Euro-Koordinierungsinitiative braucht Eure Ideen und Mithilfe, z.B.

- Habt Ihr mit Eurer Gruppe/Initiative bereits Erfahrungen gesammelt mit Unterstützungsaktivitäten der PfP-Kampagne? Welche Konsequenzen zieht Ihr daraus für Aktivitäten im nächsten Jahr?
- Habt Ihr Möglichkeiten, andere Gruppen/ Personen außerhalb der unmittelbaren Cuba-Solidarität anzusprechen und für die Euro-Unterstützungskampagne zu gewinnen?
- Habt Ihr Ideen für zeitlich/inhaltlich abgestimmte Aktivitäten für eine europaweite Kampagne?
- An welchen koordinierten Aktivitäten könntet/wolltet Ihr Euch beteiligen und welche Unterstützung erwartet Ihr seitens der Koordinierungsinitiative?
- Inwiefern könnt/wollt Ihr Euch direkt an der Koordinierungsinitiative beteiligen?

Im nächsten Informationsbulletin, das im Januar 1998 erscheinen soll, wird ausführlich über die bis dahin eingegangenen Vorschläge und Ideen berichtet.

Das nächste Koordinierungstreffen ist am 7. Februar 1998 (derzeit in Diskussion: London oder Brüssel) vorgesehen. Eine Einladung geht an alle Gruppen/Interessierten, die sich bis Ende des Jahres in irendeiner Weise an der Euro-Vernetzung/-kampagne interessiert gezeigt haben. Bei diesem Treffen sollen neben einer Auswertung der Rückmeldungen das weitere Vorgehen besprochen sowie eine konkrete Kampagnen-Vorlage für das Euro-Treffen in Kopenhagen Anfang März 1997 ausgearbeitet werden.



Sendet all Eure Vorschläge, Ideen, Bedenken etc. bitte an: Andrea Schön, Bickenbacher Straße 3, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel. 06257/2172, Fax 06257/903776.

Außerdem liegt das erste Informationsbulletin ("Caravan Newsletter") in englischer Sprache mit einer kompletten deutschen Übersetzung im Netzwerk-Büro Bonn vor. Da auch diese Versandaktion Geld kostet, bitten wir Euch, dieses beim Netzwerkbüro anzufordern und bekanntzugeben, ob ihr in den Verteiler für weitere Informationen aufgenommen werden wollt. Eine Auswahl der Artikel findet Ihr auf den folgenden Seiten:

Ursprünge der Freundschaftsbewegung in den USA

Die Inter-Religion Foundation for Community Organisation (IFCO) wurde 1967 in den USA gegründet, um unterdrückte Völker in ihrem Kampf für ihre Selbstbestimmungs-, Menschen- und Bürgerrechte zu unterstützen. Seit drei Jahrzehnten wird somit von der IFCO und ihren Kampagnen eine Vielzahl unterschiedlichster Organisationen und Völker in den USA und weltweit aktiv unterstützt. 1988 wurde eine Passagierfähre in Nicaragua mit 200 Zivilisten und einer IFCO-Delegation an Bord von Contras brutal angegriffen. Es gab zwei Tote und 29 Verletzte, darunter Rev. Lucius Walker Jr. Als Reaktion auf diesen terroristischen Akt rief Lucius Walker die Organisation "Pastors for Peace" ins Leben, um mit materieller Hilfe, Aufklärungsarbeit und Rechtsbeistand die täglichen Opfer des sogenannten "Krieges niedriger Intensität" zu unterstützen. Seit dieser Zeit initiierte Pastors for Peace über 25 Hilfskarawanen nach Cuba, Chiapas, Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Im Jahre 1992 begann IFCO/Pastors for Peace, die unmenschliche, seit 32 Jahre andauernde US-Blockade gegen Cuba herauszufordern. Die Teilnehmer der ersten US-Cuba-Freundschaftskarawane riskierten Geld- und Haftstrafen bei dem Versuch, 15 Tonnen humanitärer Hilfsgüter - Bibeln, Fahrräder, Arzneimittel, Schulmaterial und Milchkpulver - an cubanische Kirchen zu übermitteln. 1993 wurden bei der 2. Karawane 100 Tonnen geliefert, wobei US Finanzbeamte einen kleinen gelben Schulbus beschlagnahmten, der Bestand-

teil der Hilfsgüter war. Nach einem 23-tägigen Hungerstreik von 13 Businessmen gab die US-Regierung dem weltweiten Druck schließlich nach: Der kleine gelbe Schulbus dient nun für Jugend- und Seniorenprogramme der Ebenezer Baptist Kirche in Havanna. Bis zur 6. Freundschaftskarawane wurden insgesamt 1.000 Tonnen "unberechtigter" Hilfsgüter nach Cuba, einschließlich Bussen, Rettungswagen, Arzneimittel, Solaranlagen und Computer, gespendet. Etwa 1.000 US-Bürger konnten bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal Cuba besuchen und Brücken gegenseitiger Verständigung schlagen.

Die Bedeutung des Hungerstreik-erfolgs "Fasten für Leben" 1996

1996 war die 6. US-Cuba-Freundschaftskarawane unterwegs von San Diego zur mexikanischen Grenze. Zusammen mit Arzneimitteln, Schulmaterial und anderen Hilfsgütern hatte die Karawane 400 Computer für Cuba in ihrer Ladung. US-Aktivistin und Gründerin des Pittsburgh/Matanzas Partnerstadt-Projekts Lisa Valanti erzählt, was als nächstes passierte: "Als wir in San Diego ankamen, wurden wir aus dem Hinterhalt überfallen. Polizi-



sten sprangen hinter Büschen mit Gewehren im Anschlag hervor. Außerdem hatten Sie Geräte, die Fahrzeugdächer aufreißen konnten. Alle möglichen Sorten von Polizisten waren da, fünf verschiedene Armeen, jede in ihrer eigenen Uniform - wie damals in Alamo. San Diego Zollbeamte beherrschten die Umgebung wir ihr Privatgrundstück und tönnten, sie würden uns nicht durchlassen. Sie beschlagnahmten 400 Computer für INFOMED, ein UN-finanziertes medizinisches Informationssystem. Wir hatten nicht die Absicht, ihnen dieses Material zu überlassen." 5 Caravanistas unternahmen einen 94-tägigen Hungerstreik.

Tausende von US- und internationalen Unterstützern strömten zum Finanzministerium und zum Weißen Haus mit Forde-

rungen, die Spendengüter freizugeben. Die Kampagne erreichte die Unterstützung von 61 Millionen Mitgliedern der Vereinigten Methodistischen Kirche und von Kongreßmitgliedern. Trotz der Regierungsentcheidung wurde diese zum Rückzug gezwungen. Die Computer befinden sich heute in cubanischen Krankenhäusern. "Dieser harte Kampf" erklärte Fidel Castro in einer Grußbotschaft, "der geführt wurde mit den Waffen des Glaubens sowie ethischen und moralischen Prinzipien, kann durch nichts zerstört werden. Sie können Städte zerstören, sie können töten, aber sie können niemals die besten Werte, die menschliche Vernunft und Ethik entwickelt haben, auslöschen." Und außer der Drohung, die Pastors for Peace vor das Oberste Gericht zu zerren, verfügt die US-Regierung über keinerlei Strategie, mit dieser Herausforderung fertig zu werden.

Die 7. Freundschaftskarawane im Mai 1997 brachte nach Märschen von 200 Caravanistas durch über 150 US-Städte entlang von 15 Routen mit Veranstaltungen an Universitäten, in Gemeindezentren, Kirchen und Heimen 400 Tonnen Hilfsgüter nach Cuba, unterstützt von den Organisatoren aus Buffalo, New York. Nach zwei Tagen intensiver Planung und Diskussion fuhren 50 phantasievoll dekorierte Fahrzeuge, darunter 12 Lastwagen, drei Schulbusse, eine mobile Bibliothek und ein 15 Meter langer Wohnwagen, der an der kanadischen Grenze zurückgelassen wurde. Mit musikalischer Begleitung, tönenden Hörnern und Lichthupe erreichte die Kavalkade die Grenze, zum ersten Mal, ohne von Grenzbeamten aufgehalten zu werden. Die Entscheidung kam von "ganz oben". Am anderen Tag überschritt eine zweite Karawane von San Diego die Grenze nach Mexiko, nachdem sie von der anti-cubanischen Terrororganisation "Alpha 66" angegriffen wurde.

Die nächste Karawane im Juli 1998 hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, Hilfsgüter im gesamten bisher geleisteten Umfang zu liefern.

Auge in Auge mit den US-Zollbeamten - und sie blinkten

"Einer der schönsten bisher errungenen Siege der Solidarität", so beschrieb Präsident Fidel Castro die 7. Freundschaftskarawane. Fidel äußerte sich gegenüber der Presse nach einer Verabschiedungszeremonie der Caravanistas auf dem Platz der Pioniere in Havanna. Das folgende Interview mit Lucius Walker führte der Caravanista Paul Davidson, Cuba Solidarity Campaign London:

Paul Davidson: Du hast den Erfolg dieser Karawane als überwältigenden Sieg beschrieben. Was hat Deiner Meinung noch wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen? Warum hat man die Karawane durchgelassen?

Lucius Walker: Wir sind viel zu dicht an der Sache dran, als daß wir eine schlüssige, durchdachte Erklärung hätten für das, was passiert ist. Die Regierung knickte ein und gab klein bei. Sie ließ uns gehen ohne allzu große Konfrontation. Ich denke, daß man bei jeder Erfahrung und in jeder Situation, die zu dramatischen taktischen und strategischen Änderungen führt, man sehr sorgfältig analysieren muß, was passiert ist und warum. Das müssen wir sehr schnell tun. Und indem ich dies sage, habe ich einige Theorien, die wir prüfen werden, mehrere Möglichkeiten.

Die erste ist, daß die US-Regierung nach der langjährigen Erfahrung mit uns zu der Überzeugung gekommen ist, daß sie keine Mittel hat, uns zu stoppen. Sie hatten bisher alle Mittel angewandt mit Ausnahme der Gerichte, und ich bezweifle, daß sie uns eine Gerichts-„Bühne“ zur Verfügung stellen wollen; angesichts unserer unbedingten Verpflichtung, unserer Bereitschaft, alles zu tun, um jedem Schritt zu begegnen, der uns bremsen will - denn nichts wird uns aufhalten!

Die zweite Möglichkeit ist die einer kalkulierten Entscheidung. Sie gaben lieber nach als sich eine jahrelange Kampagne mit großer täglicher Medienaufmerksamkeit zuziehen. Es war einfacher für sie, ihre Verluste wegzustecken und einen Tag lang ein blaues Auge in der Öffentlichkeit hinzunehmen.

Drittens gab es jüngste Enthüllungen in seriösen US-Medien, wonach Zollbeamte Bestechungssummen von 1 Million Dollar von größeren Drogendealern in Mexiko annahmen und U.S.-Beamte vor laufender Kamera riesige Lastwagen mit Drogenladung in die USA hineinließen. Eine Million Dollar Bestechungsgelder! Nicht nur einmal. Ein permanenter Fluß. Einige der Beamten waren dieselben, die unsere Hilfsgüter im letzten Jahr beschlagnahmten und die nun wegen Drogendelikten belangt werden.

Schließlich, und das ist die dritte Möglichkeit, war das letzte, was die US-Regierung wollte, wegen der Verweigerung von Arzneimitteln für Kinder ins Kreuzfeuer der Kritik zu geraten.

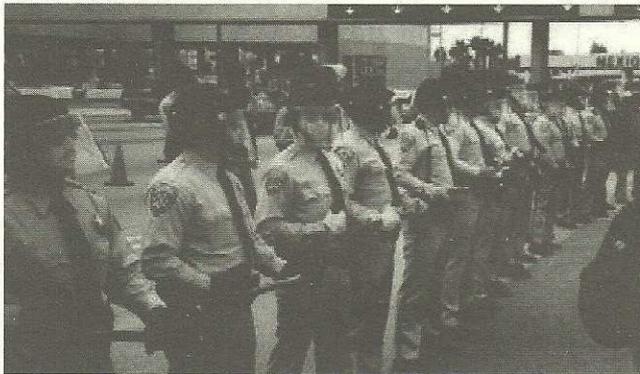
Paul Davidson: Wirkte sich die Teilnahme so vieler internationaler Caravanistas auf die Änderungen in der Taktik aus?

Lucius Walker: Diese taktischen Änderungen mögen ein Signal für eine Bewegung in ihrem Denken sein - die Beschlagnahme von Arzneimitteln, Nahrungsmitteln und Kleidern zu vermeiden. - Ja, sicherlich beeinflussen die Anwesenheit von Europäern bei der Karawane, das Augenmerk auf Kinder und all diese Dinge ihr Denken. Aber eine schlechte Presse in Europa beeinflußt ihr Handeln nicht. Da

müssen wir näher vor unserer eigenen Haustür nachsehen.

Paul Davidson: Wo befinden wir uns also jetzt? Was bedeutet dieser Sieg?

Lucius Walker: Es wurde ein historischer Präzedenzfall geschaffen. Zum ersten Mal ohne Erlaubnis, ohne Beschlagnahme, ohne Konfrontation, im vollen Bewußtsein (dieses gesetzwidrigen Akts - A.S.) durchgelassen zu werden - und sie übernahmen diesmal die Initiative, nicht wir. Sie sagten uns: „Wir wollen, daß ihr ohne Beschlagnahmen und Inspektionen die Grenze überschreitet.“ Sie sind komplett eingeknickt. Pastors for Peace und US-Grenzbeamte standen sich Auge in Auge gegenüber, und sie gaben grünes Licht. Und dies ist nicht nur ein historischer Präzedenzfall



im Hinblick auf humanitäre Hilfe, sondern auch hinsichtlich des Reiseverkehrs. Der Druck auf die Reisebestimmungen ist Teil unserer Arbeit, genauso wie das Bereitstellen finanzieller Mittel und der „Handel mit dem Feind“, also eine dreifache Herausforderung.

Aber die Blockade wurde noch immer nicht aufgehoben. Wir müssen weitermachen. Den ersten Schritt haben wir gewonnen. Der nächste Schritt wird sein, Gesetze durchzubringen, die Nahrungsmittel und medizinische Hilfe von der Blockade ausnehmen. Aber unser Ziel ist die endgültige Aufhebung der Blockade, diplomatische Beziehungen aufzubauen und den Rest unseres Lebens dazu zu nutzen, die Unterminierung der cubanischen Gesellschaft zu stoppen. Dieser Kampf wird niemals enden, es handelt sich um eine lebenslange Verpflichtung, nämlich nicht nur eine kleine Hilfe zu gewähren, sondern Cuba's Lebensrecht zu verteidigen. Die USA wurde gezwungen, sich um 90 Grad zu drehen, es bleiben aber weitere 90 Grad.

Paul Davidson: Wie sieht es mit Zukunftsaussichten aus? Welche neuen Aktionen sind geplant?

Lucius Walker: Nun, wir sprechen mit den Menschen darüber. Ideen wachsen. Ein vorläufiges Konzept ... Wir müssen den erreichten Durchbruch mit einer neuen Karawane testen. Diese würde größer sein, breiter, einschließlich nicht nur neuer Elemente in den USA, sondern speziell auch Organisationen, die bisher Hilfsgüter auf legalem Wege geliefert haben. Und außerdem würde es - wir müssen uns weiter internationalisieren und verbreitern - USA,

Canada, Mexiko und Europa einschließen, möglicherweise um ein Schiff voll zu bekommen. In der Vergangenheit haben wir bis zu 500 Tonnen geliefert. Aber wir könnten 5.000 Tonnen sammeln, um ein Schiff nach Cuba zu schicken. Das wäre eine entscheidende politische Aussage!

Beziehungen USA - Europa: Der Fall Cuba

Das Helms-Burton-Gesetz und andere, ähnliche Gesetze standen im Mittelpunkt einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Europa und den USA. Auf dem Prüfstand stehen Fragen nationaler Souveränitätsrechte, die eigene Außen- und Handelspolitik zu bestimmen. Derzeitige Debatten rücken die Handelspolitik in den Mittelpunkt, zum Beispiel der Zwei-Milliarden-Dollar Deal des französischen Total-Konzerns zur Erschließung von Gasfeldern im Iran. Aber da gibt es noch wesentlich weitergreifende Fragen. Helms-Burton ist nicht nur ein extra-territoriales Gesetz zur Regulierung des internationalen Handels. Noch hat es ausschließlich zum Ziel, Cuba zu zerstören. Es ist ebenso Bestandteil eines politischen Vorstoßes der USA, internationales Recht neu zu definieren.

Die Augen der USA sind nicht nur auf Cuba, sondern auf ganz Lateinamerika und darüber hinaus gerichtet. Die Vorstellung, daß jeder Bürger eine auswärtige Regierung oder eine auswärtige Firma verklagen kann, die mit seinem enteigneten Besitz Handel treibt, ist etwas ganz Neues. Bisher wurden alle Fälle, die nationalisiertes Eigentum betreffen, nach internationalem Recht auf zwischenstaatlicher Ebene verhandelt. Dies wiederum nach dem Prinzip der Anerkennung staatlicher Souveränität und Selbstbestimmungsrechte im Hinblick auf die Wahl des Sozialsystems und der Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Niemand hatte bisher das Recht, auf legalem Wege in diese nationalen Fragen einzugreifen.

Im Gegenteil waren diese Gegenstand von Verhandlungen und Abkommen zwischen souveränen Staaten. Nun, so werden wir belehrt, soll es so etwas wie internationale Eigentumsrechte geben, die höher bewertet werden als internationales Recht und die nationale Politik regulieren. Daß es internationales Recht geben soll, das Kompensationsregelungen festlegt, und daß natürliche Personen Regreßansprüche für „gestohlenen“ Eigentum geltend machen können. Ob das nun verwirklicht werden kann oder nicht, derzeit kann Helms-Burton effektiv in US-Gerichten angewendet werden. Clinton ist bereit, mit Europa sukzessive Übereinstimmungen zur Suspendierung einiger Gesetzesartikel zu erzielen (wobei es zweifelhaft ist, ob er dazu überhaupt befugt ist).

Wie dem auch sei, es ist der Vorstoß, die Eigendynamik dieser Gesetzgebung und damit verbundene Vorschläge, die die



Sache so gefährlich machen. Denn wenn Helms-Burton internationalisiert und damit erweitert werden kann, dann ist jedes Land der Dritten Welt bedroht, das mit der neo-liberalen Doktrin brechen und seinen eigenen Weg gehen will.

Europa hat es bisher versäumt, diese Drohung ernst zu nehmen. Es hat bisher die Übereinstimmung mit den USA gesucht und in daran angeknüpften Handelsfragen. Es drohte mit einer Klage gegenüber der WTO (Welthandelsorganisation), gab aber dem Druck der USA nach. Die Suspendierung des WTO-Prozesses und des 3. Artikels des Helms-Burton-Gesetzes war das Ergebnis von Verhandlungen zwischen US-Vertreter Stuart Eizenstaat und der Europäischen Kommission. Bisher hat Clinton weder die Versprechung eingehalten, Artikel 4 zu suspendieren, noch Artikel 3 zu revidieren. Das Europäische Parlament faßte den Beschluß, den WTO-Prozeß nach dem 15. Oktober wieder aufzunehmen, falls die US-Versprechen nicht eingehalten werden. Die Tatsache, daß die europäischen Staaten bereit sind, mit den USA über ihre souveränen Rechte zu verhandeln, ihre Außen- und Handelspolitik zu bestimmen, spricht Bände und zeigt der Welt, wie das Kräfteverhältnis derzeit aussieht. Und trotz der Schwäche Europas in der Konfrontation gegenüber der USA - wie kann Europa seine wachsenden Handelsbeziehungen zu diesem lukrativen Markt aufgeben? Wie kann Frankreich seinen Gashandel mit dem Iran aufgeben? Verhandlungen sind eine Sache, aber totale Unterwerfung eine andere.

Als EU-Bürger haben wir natürlich weder ein Interesse daran, in irgendeiner Weise die Dominierung dieser Region seitens der USA oder Europas zu unterstützen, aber wir erwarten von unseren Regierungen, daß sie eine klare Haltung im Hinblick auf Gleichberechtigung und Souveränität jener Staaten, mit denen man Handel treibt und diesen unter solchen Voraussetzungen auch weiterführt. Während diese Auseinandersetzung weiterschwelt, ist es an uns, als europäische Bürger in die Debatte einzugreifen und die Punkte zu benennen, auf die es ankommt. Und es geht um die Frage, daß europäische Staaten das Recht zum Handel und zur Hilfeleistung mit/gegenüber allen souveränen Nationen haben.

Es geht um die Tatsache, daß Europa seine Entwicklungshilfe gegenüber Cuba

halbiert hat. Es geht um die Tatsache, daß Firmen, die Handel mit Cuba treiben wollen, keine Exportgarantien erhalten. Und es geht ebenfalls um die Tatsache, daß Europa Cuba in Menschenrechtsfragen auf heuchlerische Weise unter Druck setzt, während Cuba mit der inhumanen und illegalen Blockade, die Arzneimittel und Bildungsmaterial einschließt, die größte Menschenrechtsverletzung hinnehmen muß. Das ist nämlich die eigentliche Menschenrechtsverletzung. Schließlich, was wird mit dem Aufwand,

Cuba zu zerstören, eigentlich bezweckt? Baroness Young, Großbritanniens Handelsministerin der konservativen Regierung, äußerte sich zugunsten Cubas im Januar dieses Jahres. "Unglücklicherweise versuchen die Vereinigten Staaten weiterhin, Cuba mittels Isolierung in eine ungewisse Zukunft zu treiben, was meiner Meinung nach nur zu sozialem und politischem Chaos führen kann, das eventuell auf den Rest der Karibik übergreift."

Diese Gefahr einer aus dem Gleichgewicht geratenen Region in der Karibik ist ein Aspekt, der die Europäische Gemeinschaft ernsthaft beunruhigt. Es ist außerdem eine ernste Frage für die Völker Europas. Denn wie immer wir auch Cuba politisch einschätzen, was immer unsere Vorstellungen auch sein mögen, wollen wir wirklich in einen solchen Konflikt hineingezogen werden? Ebensov wenig liegt es in unserem Interesse als Europäer, mit einer Politik zu kollaborieren, die den totalen Kollaps der kubanischen Gesellschaft zum Ziel hat. Unsere Erfahrungen mit Osteuropa führen uns klar vor Augen, wohin das führen kann. Und sicherlich ist es ein überzeugender und absolut ehrlicher Standpunkt, daß unsere jetzige Aufgabe, einschließlich der Solidaritätsbewegungen, der Kirchen, der NGOs und politischer Vertreter, darin besteht, eine solche katastrophale Konsequenz zu verhindern.

Wir sollten den Dialog zwischen Cuba und der Welt fördern, eine Politik der Verbindlichkeit und nicht eine auf Isolierung und Zusammenbruch gerichtete. In den USA ist die Situation festgefahren. Sie sind gefangen in dieser völkermörderischen Politik. Aber in Europa haben wir mehrere Optionen, und es gibt die Möglichkeit einer ehrlichen Debatte. Wir sollten unsere Freiheiten nutzen, um die grundlegenden Menschenrechte für US-Bürger zu verteidigen, die für eine offene Debatte eintreten. IFCO/Pastors for Peace haben uns mit ihren mutigen Anstrengungen ein Forum dafür geschaffen. Eine organisierte europäische Delegation für die nächste Karawane würde ihr die dringend benötigte Unterstützung bieten. Es würde uns in Europa ermöglichen, uns direkt an der Herausforderung der U.S.-Politik zu beteiligen. Und es wäre eine echte Gelegenheit, den Dialog in Europa auf eine breitere Basis zu stellen.

In Verbindung bleiben

Caravan Newsletter ist ein offenes Forum für alle in Europa, die auf diesem Wege miteinander in Verbindung treten möchten. Die grundlegenden Ziele sind auf der ersten Seite beschrieben. Wir heißen alle Kommentare und Ideen, Artikel und Veröffentlichungen, Briefe und Nachrichten herzlich willkommen. Falls Ihr den Newsletter unterstützen wollt, finanziell oder redaktionell, wendet Euch bitte an die im Impressum genannte Adresse. Schecks bitte mit dem Vermerk "Caravan Newsletter" einreichen.

Großbritannien setzt Cuba mit "Menschenrechten" unter Druck

Gemäß Berichten aus Washington wird die neue britische Labour-Regierung mit Tony Blair während ihrer sechsmonatigen Präsidentschaft der Europäischen Union ab 1998 "rigorosen" Druck auf Cuba in Menschenrechtsfragen ausüben. Diese Berichte berufen sich auf Kommentare der neuen Nordamerika- und Karibik-Beauftragten Baroness Elizabeth Symons von Vernham Dean, wonach Blair eine Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Cuba ausgemacht haben will. Welche Aktionen



Großbritannien auch immer ins Auge fassen mag, so die Labour-Baroness, sie werden sich auf die gemeinsam in der EU erarbeitete Position beziehen, wonach die Menschenrechtssituation in Cuba zu verurteilen ist - ganz auf Linie mit den US-Hardlinern.

Nächstes Treffen: Innerhalb der nächsten Monate werden wir weitere Informationen versenden und eine Datenbank mit Kontaktadressen für die Euro-Koordinierungsinitiative aufbauen. Unser Ziel ist die Mobilisierung organisatorischer Unterstützung von Gruppen und Initiativen der Cuba-Solidarität, von Kirchen, NGOs und von der politischen und kulturellen Szene. Das nächste Treffen ist für Samstag, 7. Februar 1998, vorgesehen, Tagungsort und -zeitpunkt werden noch bekanntgegeben. Zu diesem Zeitpunkt werden wir die bisherige Tätigkeit einschätzen und nächste Schritte der Euro-Kampagne besprechen. Interessierte an diesem Treffen wenden sich bitte an:

Cuba Newsletter, 22 Listria Park, London N16 5SN, England, Tel. 0044-181-809-4144 (Paul Davidson).

Rechtshilfefonds für die Landkämpfe in Mittelamerika gegründet

Guatemala - El Salvador - Nicaragua

In Mittelamerika ist Frieden eingekehrt, heißt es. Aber eine Hauptursache der Kriege in den 80er Jahren – die extrem ungleiche Landverteilung – ist nach wie vor nicht beseitigt. Sie bildet den Kern der Probleme, die unter dem Begriff "Landfrage" zusammengefaßt werden.

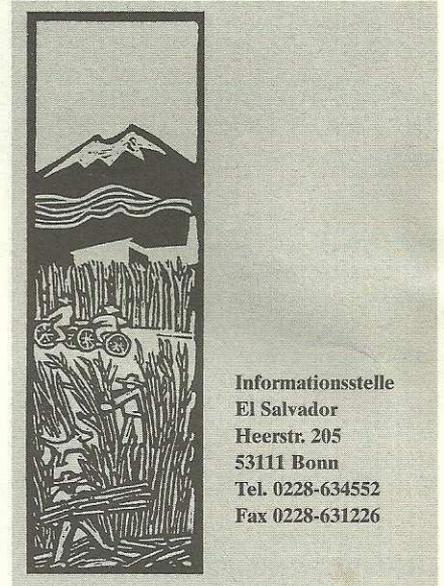
Mit der spanischen Eroberung beginnend, wurde durch immer neue Enteignungswellen der Landbevölkerung in Mittelamerika die Lebensgrundlage geraubt. Agrarexportorientierung, Benachteiligung der Produktion von Grundnahrungsmitteln für den Binnenmarkt, Landflucht, Degradierung der Böden und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verödung der ländlichen Gebiete waren die Folgen.

Dagegen haben sich die sozialen und Befreiungsbewegungen seit den 70er Jahren gewandt - und die Aufstandsbekämpfer auf den Plan gerufen. Die Kriege haben Zehntausende das Leben gekostet. Trotz unterschiedlicher Entwicklungen in den drei Ländern sind heute insgesamt die politischen Spielräume für die sozialen Bewegungen größer geworden, etliche Institutionen wurden reformiert und die Sicher-

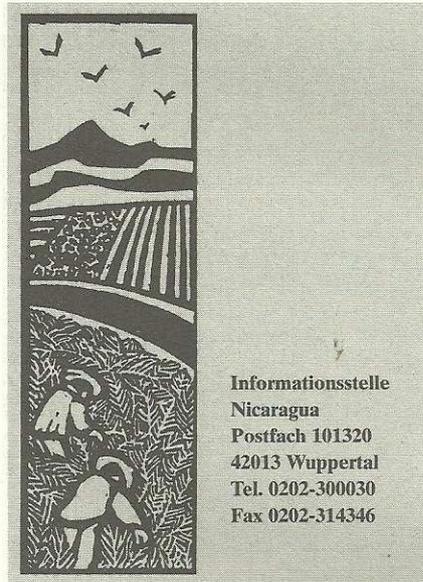
heitskräfte können nicht mehr ganz so schalten und walten wie zuvor.

Die wirtschaftlichen Ursachen der Konflikte wurden freilich nicht beseitigt. Im Gegenteil: Soweit sie mit der Landwirtschaft und dem Leben auf dem Lande zu tun haben, nutzen die Regierungen, die Großgrundbesitzer, die anderen Kapitalisten und die internationalen Finanzorganisationen den Frieden, um Agrarreformen oder sonstige Umverteilungsmaßnahmen der vorangegangenen Jahrzehnte rückgängig zu machen oder zumindest zu stoppen und die landwirtschaftlichen Genossenschaften zurückzudrängen.

Auch wenn der Kampf um die Agrarreform nicht an oberster Stelle auf den Tagesordnungen der politischen Parteien steht, die aus den nationalen Befreiungsbewegungen entstanden sind, ist dieser Kampf aktueller denn je. Er wird getragen



Informationsstelle
El Salvador
Heerstr. 205
53111 Bonn
Tel. 0228-634552
Fax 0228-631226



Informationsstelle
Nicaragua
Postfach 101320
42013 Wuppertal
Tel. 0202-300030
Fax 0202-314346

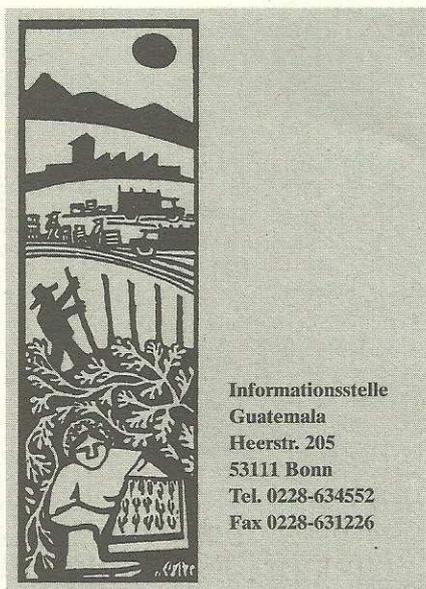
Was soll mit dem Rechtshilfefonds unterstützt werden?

Der Rechtshilfefonds wird gezielt eingesetzt für das Recht auf Land als wirtschaftliche Grundsicherung und Grundlage für ein würdiges Leben. Die Mittel werden von Fall zu Fall einer Genossenschaft, einer lokalen Gruppe oder einer nationalen Organisation für Aktivitäten zur Verfügung gestellt, die sich ansonsten keiner großen Lobby erfreuen, u.a. für:

- Juristische Auseinandersetzungen um Grund- und Bodeneigentum.
- Organisierung und Öffentlichkeitsarbeit zur Verteidigung von Landbesetzungen.
- Rechtshilfe für verhaftete LandbesetzerInnen.
- Arbeitskonflikte von LandarbeiterInnen.
- Ausbildung von MultiplikatorInnen in rechtlichen Fragen.

Spendenkonto:

Arbeitsgemeinschaft (ArGe)
Rechtshilfefonds Mittelamerika
Konto: 917.179 Stadtparkasse Wuppertal
BLZ 330.500.00



Informationsstelle
Guatemala
Heerstr. 205
53111 Bonn
Tel. 0228-634552
Fax 0228-631226

»Mumias Chancen haben sich verringert«

In der letzten Zeit war es um den afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal still geworden. Der ehemalige Aktivist der Black Panther Bewegung und spätere Präsident der Schwarzen Journalistengewerkschaft von Philadelphia wurde 1982 in einem Indizienprozess wegen Polizistenmordes von einer fast nur mit Weißen besetzten Jury zum Tode verurteilt worden. Der auf den 17. August 1995 festgelegte Hinrichtungstermin wurde nach einer internationalen Protestbewegung ausgesetzt und die Verteidigung beantragte ein Wiederaufnahmeverfahren. ★

Bald könnte für Mumia Abu Jamal erneut ein Wettlauf um Leben und Tod beginnen, weil demnächst ein neuer Hinrichtungstermin droht. Mumias Rechtsanwalt Leonard Weinglass informierte auf einer Rundreise durch die BRD über den aktuellen Stand des Verfahrens. *Peter Nowak* sprach mit ihm.

Warum ist Mumia Abu-Jamals Leben über zwei Jahre nach der Aussetzung des Hinrichtungstermins erneut akut gefährdet?

Es gibt zwei Momente, die seine Chancen minimieren. Da ist das innenpolitische Law and Order-Klima in den USA. Mumia ist einer von über dreitausend Menschen, die seit mehr als 15 Jahren in der Todeszelle vegetieren müssen. Seit der Reagan-Wahl 1980 hat sich die Zahl der Hinrichtungen vervierfacht. Die Kosten für Gefängnisneubauten haben sich immens erhöht. Alle Nachfolgepräsidenten haben diesen Kurs beibehalten. Mittlerweile werden Jugendliche zum Tode verurteilt für Delikte, die sie als 14jährige, also fast noch als Kinder, begangen haben und in der Öffentlichkeit wird die Forderung nach noch schärferen Gesetzen erhoben. Das ist ein Reflex auf die umfassende soziale und wirtschaftliche Krise sowie die Verarmung großer Teile der US-Bevölkerung.

Damit verbunden ist das zweite Moment. Die Richter des siebenköpfigen Gremiums des höchsten Gerichts Pennsylvanias, das über ein Wiederaufnahmeverfahren entscheidet, würden sich mit einer Pro-Mumia-Entscheidung alle Chancen für die demnächst anstehende Wiederwahl verbauen, weil sie dann von der mächtigen Polizeigewerkschaft mit einem Boykott belegt würden. Die fordert ebenso wie der zuständige Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, Mumias Tod. Deshalb sind wir immer davon ausgegangen, daß das Gremium Mumias Wiederaufnahmeantrag ablehnen wird. Wir haben darauf gebaut, daß dieses ablehnende Urteil durch das Bundesgericht aufgehoben und dann ein neues Verfahren anberaumt wird. Dessen Mitglieder werden ernannt und nicht gewählt und sind so nicht dem ständigen Druck der mächtigen Todesstrafenlobby ausgesetzt. 40% aller Todesurteile wurden in der Vergangenheit durch dieses Gericht aufgehoben. Doch seit über einem Jahr ist es diesem Bundesgericht gesetzlich

nicht mehr möglich, Urteile von bundesstaatlichen Gerichten aufzuheben. Damit haben sich Mumias Chancen erheblich verschlechtert.

Aber sie werden trotzdem vor dieses Gericht ziehen?

Ja, es ist die nächste Instanz und Mumias einzige Chance. Die Anrufung hat zumindest eine aufschiebende Wirkung. Solange der Weg durch alle Instanzen nicht gegangen ist, kann er nicht hingerichtet werden.

Ist ein erneuter Hinrichtungstermin für Mumia Abu Jamal nach den weltweiten Aktionen der letzten Jahren in- und außerhalb der USA noch denkbar?

Die Bekanntheit allein schützt nicht vor der Vollstreckung des Todesurteils. Die Rosenbergs und Sacco und Vancetti waren ebenfalls weltweit bekannt, und trotzdem konnte ihre Hinrichtung nicht verhindert werden. Auch Mumia war ein bei der Polizei und den Behörden Philadelphias bekannter und verhaßter Radiojournalist, als er im Dezember 1981 verhaftet wurde. Der damalige Bürgermeister von San Francisco zeigte wenige Monate zuvor auf einer Pressekonferenz mit dem Finger auf ihm und sagte: Bald werden wir ihnen das Handwerk legen." Damals hatte Mumia in seinen Rundfunkbeiträgen die rassistischen Praktiken der Polizei aufgedeckt und damit einen US-weiten Skandal ausgelöst. Er war also durch seine Prominenz nicht geschützt sondern mehr gefährdet.

Mehrere Zeuginnen haben in den letzten Monaten ausgesagt, sie seien zu Mumia belastenden Aussagen erpreßt worden. Wäre da nicht ein Wiederaufnahmeverfahren zwingend vorgeschrieben?

Wenn in den USA die Demokratie und das Justizwesen so funktionieren würden, wie immer behauptet wird, sicher. Die USA steht für Demokratie und für die Menschenrechte heißt es. Doch der Fall Mumia zeigt von Anfang an, daß dieses Selbstbild nicht stimmt. Der zuständige Richter wischte die Aussagen mit der Bemerkung 'unglaublich' vom Tisch.

Hat diese gefährliche Situation für Mumia der Solidaritätsbewegung in den USA neuen Auftrieb gegeben?

Vor kurzem gab es in San Francisco eine Mumia-Solidaritätsveranstaltung, seit den

70er Jahren die größte für einen politischen Gefangenen. Der Bürgermeister von San Francisco hat offiziell den 'Tag der Freiheit für Mumia Abu Jamal' ausgerufen und von der juristischen Fakultät der Universität von San Francisco hat er die Ehrendoktorwürde erhalten. Auch andere große juristische Vereinigungen der USA haben sich mit Mumia solidarisiert. Besonders in der afroamerikanischen Community gibt es eine breite Solidarität, die von linken Gruppen über die Nation of Islam bis zu einer Gruppe afroamerikanischer Abgeordneter in der Demokratischen Partei reicht. Sogar die Schwarze Polizeigewerkschaft fordert die Wiederaufnahme seines Verfahrens und liegt deshalb mit ihren weißen Kollegen im Clinch.

Hat die Solidaritätsbewegung außerhalb der USA überhaupt Einfluß auf die Entscheidung?

Was die Entscheidung des Gerichts bisher hinausgezögert und damit das Leben meines Mandanten gerettet hat, ist das internationale Interesse an dem Fall. Nach dem Willen des Gerichts soll Mumias Verurteilung in einer Art und Weise geschehen, daß es in der kritischen Öffentlichkeit in und außerhalb der USA politisch vermittelbar bleibt. Führende Tageszeitungen der USA haben schon als 'pragmatische' Lösung vorgeschlagen, Mumias Todesurteil in eine lebenslängliche Haftstrafe umzuwandeln.

Was plant die bundesdeutsche Solidaritätsbewegung zur Mumias Unterstützung?

Das Bündnis der Mumia-Solidaritätsgruppen plant am Samstag nach einem für Mumia negativen Gerichtsentscheid bundesweite dezentrale Aktionen vor den Botschaften und Konsulaten der USA. Mit einer Unterschriftenkampagne an Präsident Clinton soll schon im Vorfeld der Entscheidung Druck für Mumia gemacht werden.

Interview: Peter Nowak

Unterschriftlisten und weitere aktuelle Informationen gibt es über: Archiv '92, Postfach 150323, 28093 Bremen

Silvio Sí! Celia No!

Sympathie für Cuba-Salsa Festival in Puerto Rico

von Carlos Rovira (in "Workers World, New York, 18.9.1997)

★ **V**iele Menschen besuchten das erste "Weltfestival des Salsa" in San Juan, Puerto Rico, in der Woche vom 19. - 23. August. Dieses aufregende Kulturereignis war das erste in einer Serie, die jedes Jahr in lateinamerikanischen Ländern stattfinden soll.

"Salsa", das spanische Wort für Soße, beschreibt eine musikalische Form, die afrikanische, indigene und spanische Kulturen mischt. Ihre schönen afro-cubanischen Schlagzeugklänge (Percussion), wie im Mambo und Cha-Cha, haben die Musik in verschiedenen Teilen der westlichen Hemisphäre beeinflusst und viele EnthusiastInnen in den USA gewonnen.

Viele prominente MusikerInnen traten bei dem Festival in San Juan auf, darunter der Sänger und Komponist Silvio Rodriguez aus Cuba. Ein entschiedener Unterstützer der Cubanische Revolution. Rodriguez ist in seiner Heimat sehr beliebt. Das außergewöhnliche Talent von Rodriguez ist bei MusikliebhaberInnen in der ganzen Welt bekannt und so schlug ihm ein begeistertes Willkommen in Puerto Rico entgegen:

Rechte Cubaner versuchen Rodriguez auszusperrern

Doch während der Monate der Vorbereitung auf das Ereignis versuchten rechtsstehende Exilcubaner mit allen Mitteln, den Besuch von Silvio Rodriguez zu verhindern.

Nachdem er den Vorschlag öffentlich begrüßt hatte, Rodriguez nach Puerto Rico einzuladen, erhielt der Salsa-Musiker Andy Montañez Morddrohungen. Er wurde außerdem aus der Liste der Auf führenden gestrichen, die bei dem diesjährigen "Calle Ocho"-Musikfestival auftreten sollten, einem Salsa-Fest in Miami (Florida), das hauptsächlich von reichen Exilcubanern finanziert wird.

Seitdem die Cubaner 1959 das Batista-Regime gestürzt hatten, waren Exilcubaner immer jenen CubanerInnen feindlich gesonnen, die der Revolution treu blieben. Seit Jahren wurde die in Cuba geborenen Sängerin Celia Cruz von denjenigen als Sprecherin gebraucht, die das alte System der kapitalistischen Unterdrückung auf der Insel wieder herstellen möchten. Die neuesten Kommentare von ihr waren gegen das Auftreten von Rodriguez in Puerto Rico gerichtet.

Doch viele in der Kolonie Puerto Rico, die selbst das zu Hause erleben, was die rechten Exilcubaner in Cuba wieder zurückholen möchten, lehnten ab, was Cruz gesagt hatte. Viele Diskjockeys forderten einen Boykott, falls sie in San Juan aufträte. Diese Vorschläge erhielten Unterstützung von MusikerInnen wie auch von Fans.

Die privilegierten Cubaner in Miami, vor allem diejenigen in der Musikindustrie und den kapitalistischen Massenmedien, legten die Situation fälschlich als puertorikanische Schikane für CubanerInnen aus. Die Wahrheit entsprach jedoch genau dem Gegenteil: Die Festival-OrganisatorInnen wollten echte VertreterInnen der cubanischen Kunst einbeziehen. Die ständigen Behauptungen von Celia Cruz, cubanische Kultur zu repräsentieren, sind falsch.

Solange sich die Cruz auf die Seite der kriminellen Blockade gegen Cuba stellt, repräsentiert sie nur die Kultur des Imperialismus. Diese Position macht sie zu einer Feindin nicht nur von CubanerInnen, sondern auch von allen unterdrückten Völkern. Ganz gleich, wie talentiert sie ist und wie gut seit 50 Jahren ihre Musik angekommen ist, diese ist weder das Privateigentum von Cruz, noch von ihren wohl ständigen Unterstützern. Die Kunstformen Cubas sind der Ausdruck eines Volkes, das in einem historischen Kampf

steht, die Tyrannei zu überleben. Celia Cruz entspricht nicht mehr diesen Kriterien.

Der alte Ausdruck, "zwei Flügel des gleichen Vogels", um die Beziehung zwischen CubanerInnen und PuertorikanerInnen darzustellen, bleibt heute noch gültig. Verblüfft durch dieses neueste Zeichen der jahrhundertalten Solidarität, nahm Celia Cruz an dem Festival nicht teil.



Ihre politischen Verbündeten unterschätzten den Respekt und die Bewunderung der PuertorikanerInnen für die Cubanische Revolution. Der Weltkonflikt zwischen Unterdrückern und Unterdrückten ist etwas, dem auch die Kultur nicht entfliehen kann.

Viele meinen, daß die Cruz lieber beim Singen bleiben und aufhören sollte, die anticubanischen Ansichten des Imperialismus zu fördern - zumindest, wenn sie ihr puertorikanisches Publikum behalten möchte.

Der Rückzug von Celia Cruz aus dem Weltfestival des Salsa und die erfolgreichen Auftritte von Silvio Rodriguez dort, waren zwei Siege für die "zwei Flügel", die bewiesen, was gewonnen werden kann, wenn die Massen ihre Kraft durch Solidarität erringen.

Nr. 24 Herbst 1997
BAHAMAS

Europa -

Gemeinschaft der Feindseligen

Europas Regionen in gemeinschaftlicher Konkurrenz,
Regionaler Wettbewerbsstaat,
Nationalbolschewisten in der
"jungen Welt", Ein Sommer im
Oderbruch, Organisierte
Kriminalität, Antisemiten und
Deutschfümler in Österreich
u.a.m.

Einzelpreis DM 7,50 (Vorkasse/Briefmarken)
Abonnement DM 22,50 für drei Ausgaben;
BAHAMAS, Postfach 620628, 10796 Berlin
Fax/Fon: 030 / 623 69 44

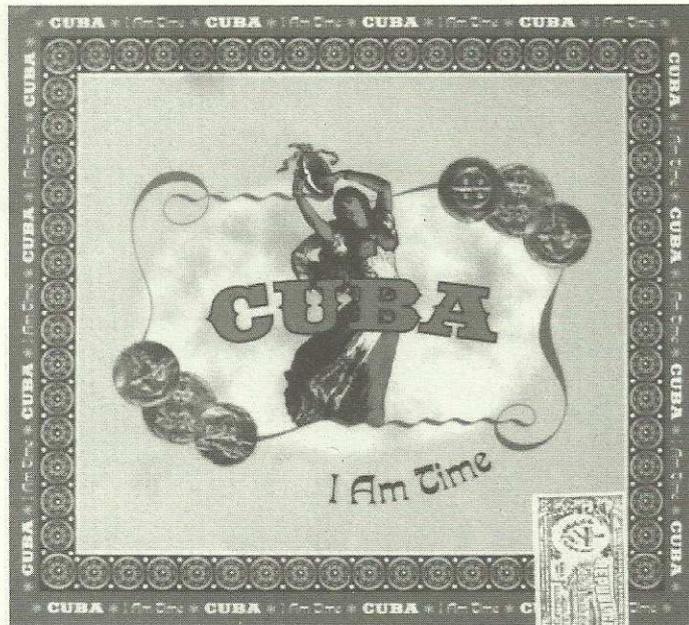
Die Geschichte der cubanischen Musik von 1927 bis 1997 auf 4 CD'S

Dieses Jahr scheint Cuba, zumindest in musikalischer Hinsicht, wieder einmal ein internationaler Durchbruch zu gelingen. Im Sommer bereits erstürmten die, von dem Meistergitarristen Ry Cooder für das britische Plattenlabel World Curcuits produzierten, CD's "Buena vista social club" und "A toda Cuba le gusta" die Weltmusik-Charts. Im Oktober kam nun eine CD-Sammlung mit dem Titel "Cuba - I am Time" auf den Markt, die sage und schreibe 70 Jahre cubanischer Musikgeschichte vorstellt. Verpackt ist der musikalische Schatz ganz passend in einer wunderschönen Zigarrenkiste.

Jede der vier CD's widmet sich einer Stilrichtung und baut sich chronologisch auf: Von InterpretInnen bereits vergangener Zeiten zu aktuellen populären Gruppen.

Die erste CD entführt in die Ursprünge, die Invocations - zu den authentischen Formen der Rumba und den Comparsas, wie sie auch heute noch während des Karnevals überall in Santiago zu hören sind. Auf der einen Seite werden Stücke vorgestellt, die vom Rhythmus und der Melodie eindeutig afrikanisch geprägt sind, wie die Gesänge an Eleguá, Changó, Yemaya und all die anderen Orishas. Andererseits findet man auf derselben CD eine der bekanntesten Vertreterinnen der Guajira, der ländlichen Folkloremusik, Celina Gonzales die mit dem Stück "Que viva el Changó" das europäische und afrikanische Erbe vereint. Gewidmet ist das Stück dem afrikanischen Gott Changó und seinem katholischen Pendant, der Heiligen Santa Barbara. Die Stimme Celinas erinnert an Andalusien und den Flamenco.

Auf der zweiten CD wird der Gesang, und zwar bedeutende Interpreten selbst, wie auch Liedtexte, in den Mittelpunkt gestellt. Hier finden sich Klassiker der



"CUBA -
I AM TIME"
Exil 5010-2
(Indigo)

traditionellen Trova-Kultur wie "Son de la Loma" und die "Guajira Guantamera" in einer wunderschönen, alten Originalversion von ihrem eigentlichen Schöpfer Joseito Fernandez gesungen. Nicht fehlen darf auch der mitunter wichtigste moderne Interpret der Nueva Trova, Pablo Milanés. Und sein Kollege Silvio Rodríguez, werden sich sicher einige fragen. Scheinbar unerklärlich - aber er fehlt wirklich. Genauso überraschend, finden sich allerdings auch Vertreter der neuen Generation. Beispielsweise der Sänger und Komponist Gerardo Alfonso, mit dem Lied "Sabanas Blancas", einer Liebeserklärung an Havanna, das im letzten Jahr überall in den Straßen der cubanischen Hauptstadt präsent war.

Als Dritte im Bunde - die Tanzmusik, bei der manch einem Liebhaber alter Schellackplatten das Herz höher schlagen wird, wenn Beny Moré mit seinem gewaltigen Orchester die Glanzzeiten des Son, Mambo und Bolero wiederaufleben läßt. Moderne Gruppen wie Los Van Van, NG La Banda, El Médico de la Salsa und Isaac Delgado geben einen Einblick in die "Salsa" des Cuba von heute.

Der Einfluß der cubanischen Musik auf den Jazz in Amerika und Europa ist nicht zu unterschätzen. Dizzy Gillespie, der Meister der Trompete aus den USA, engagierte schon in den 40er Jahren den cubanischen Trommler Chano Pozo für seine Band und nach dem Bepop sprach man sogar von Cu-pop. Mit von der Partie war auch Chanoan Freund Mario Bauzá, kein Unbekannter für Jazzfreunde. Mit ihm steigt die vierte und letzte CD in den cubanischen Jazz ein. Wenn es um Latin Jazz geht darf ein Name nicht fehlen: Irakere unter der Leitung

von Chucho Valdés. DIE Latin Jazz Band Cubas, entstanden in den siebziger Jahren, aus der seither eine Unzahl berühmter Solisten hervorgegangen ist, und die der US-Blockade zum Trotz im letzten Jahr die Szene in New York in Staunen versetzt hat.

Neugierig geworden? - Dann ganz kurz noch ein Verweis auf einen weiteren Schatz in dieser Zigarrenkiste: Das Begleitbuch. Über 112 Seiten, in englischer Sprache, reich bebildert und mit einer Fülle von Informationen über die Musikgeschichte Cubas, einzelne Stücke und Stilrichtungen, SängerInnen und InstrumentalistInnen und spannenden Interviews. Eine Fundgrube für Fans und solche die es werden wollen!

Tip:

Freundschaftspreis für Cuba Libre LeserInnen
Das gute Stück kostet im Laden 119 DM. Verdient ist der Preis allemal, aber wenn ihr euch die CD unter dem Stichwort "Cuba Libre" direkt bei Friedo Josch von EXIL bestellt, gibts einen Freundschaftspreis von 99 DM.

Bestellungen an:

Friedo Josch, EXIL Musik GmbH
Innere Bahnhof Str. 1
91593 Burgbernheim
Tel: 09843-95959 Fax: -95900
email: dissidenten@exil.de
http://www.exil.de
(mit toller Beschreibung der einzelnen CDs)
Siga
s.luthner@amazonas.comlink.apc.org

Buena Vista Social Club

Der bekannte Gitarrist Ry Cooder hat erstmals zusammen mit insgesamt 18 der besten und erfahrensten Musiker des Son Cubano und seinem Sohn Joachim eine CD auf den Markt gebracht. Als "Buena Vista Social Club" gingen sie im März 1996 in die Egrem Studios in Havanna und spielten die CD ein.

Beim Buena Vista Social Club spielen so bekannte Musiker mit wie Ibrahim Ferrer, Compay Segundo oder Ruben Gonzalez. Der Name ist zugleich Titel und rührt von einer alten Gesellschaft her, die auf den



Hügeln im Osten Havannas beheimatet war. In 14 Stücken werden hier typische son, danzón, boleros, guajira, criolla sowie amerikanisch beeinflusste Nummern mit Gospel-, Blues-, und Jazzeinschlag geboten. Besonders in der ersten Einspielung "Chan Chan" erkennt man den typischen Gitarrensound des Meisters selber. Zusammen im "Club" bieten sie hier einen gelungenen Spagat aus einer Mischung Blues, Jazz und cubanischem Son. In den meisten anderen Stücken überwiegen mehr die traditionell cubanischen Elemente. Ein durchwegs gut hörbares Stück Vinyl wurde da für die Freunde cubanischer Musik produziert.

Für Ry Cooder bot das Arbeiten an dem Projekt eine wahre Freude und er bezeichnete die Möglichkeit der Zusammenarbeit als ein großes Privileg.

"In Cuba fließt die Musik wie ein Fluß. Sie nimmt dich ein und baut dich von innen heraus auf."

BO

Amor de Loca Juventud

*Mueren ya las ilusiones de ayer
Que sacié con lujurioso amor
Y muere también con sus promesas crueles
La inspiración que un día le brindé.*

*Con candor el alma entera yo le di
Pensando nuestro idilio consagrar
Sin pensar que ella so que buscaba en mí
Era el amor de loca juventud.*

Unreife Liebe der Jugend

*Die Illusionen von gestern sind schon gestorben,
die ich mit überschwenglicher Liebe erfüllte
und mit ihren grausamen Versprechen
ist auch die Hoffnung erloschen,
eines Tages würde sie kommen.*

*Unschuldig gab ich ihr mein ganzes Herz,
wollte unsere Idylle erhalten,
ohne zu bedenken, daß was sie bei mir suchte
- die unreife Liebe der Jugend war.*

Neues von Rius

Der durch seine Comichbücher "Marx für Anfänger", "Mao für Anfänger" und "Kuba für Anfänger" bekannt gewordene mexikanische Comicautor Rius hat zum Ché-Jahr '97 seine Che-Biographie der anderen Art in einer Neuauflage herausgegeben.

"A-B-Che" ist ein 94-seitiger Comic. Erfrischend respektlos vor der Geschichte, wird in lockerem Stil mit der Darstellung von Chés Lebensweg auch viel Informati-

ves über die Cubanische Revolution und die Jahre danach - bis zu Chés Abschiedsbrief an Fidel dargestellt. Auch der Kampf in Bolivien ist natürlich Thema.

Mal mit Zeichnungen hier, mal mit s/w-Fotos da und zahlreich eingestreuten Originalzitate ist es sicherlich eine leichte Lektüre für Junge und Junggebliebene. Mensch liest das Büchlein zwar in einem Zug durch, nimmt es aber auch später gerne nochmal zur Hand.

Für Cuba-EinsteigerInnen, die nicht gleich mit politökonomischen Grundlagenstudien beginnen wollen, sehr zu empfehlen!!!

MS

"A-B-Che", Rius
Pahl-Rugenstein
Verlag,
19,90 DM, 96 Seiten



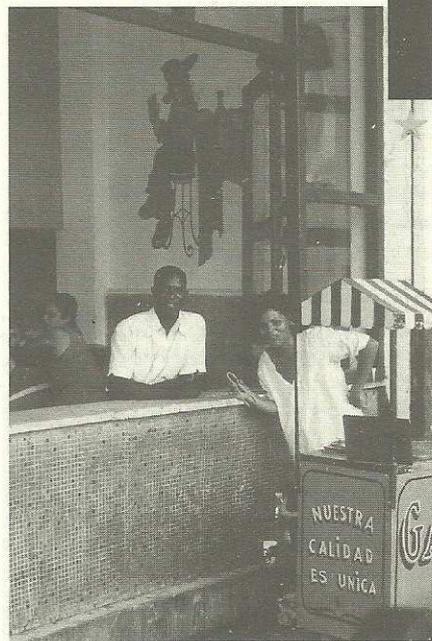
Beobachtungen in Kuba

Mit einem Pauschalarrangement der Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba (1 Woche Weltjugendfestspiele incl. Teilnahme, 1 Woche Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft sowie 1 Woche Besichtigungen und Strandurlaub) flog ich in der letzten Juliwoche nach Kuba.

Nach der Ankunft auf dem Flughafen in Havanna gestaltete sich der Weitertransport ins Hotel ziemlich chaotisch. Niemand zeigte uns den richtigen Bus, als wir ihn endlich selber gefunden hatten, dauerte es noch mal eine volle Stunde, währenddessen der vollbesetzte Bus vor dem Flug-

hafen hin- und herfuhr, bis endlich ein Verantwortlicher zustieg und die Fahrt zum Hotel stattfinden konnte. Nachdem man schon über 20 Stunden (einige Leute bis zu 30 Std.) unterwegs war, konnte einem das schon den letzten Zahn ziehen.

Wir stellten am nächsten Tag schnell fest, daß es einen Delegiertenstatus für das Festival gab, nach außen sichtbar zur Schau getragen durch eine Delegiertenkarte. Diese besaßen wir nicht und kamen deshalb in keine Veranstaltung rein. Teilweise waren diese politischen Diskussionsveranstaltungen nur spärlich besucht. Ein Termin im Kapitol, zu dem man uns mal



Fotos: W. Mix, HH

Verkäufer in Alt-Havanna

KOMMENTAR

Lieber Cubafreund W. Mix, die von Dir so drastisch empfundenen Probleme bei Deiner Cuba-Reise zu den Weltfestspielen haben sicher auch andere Reisende, egal, wo sie ihren Flug gebucht haben, betroffen. Damit verständlicher Ärger nicht zum Hemmnis für künftige Cuba-Solidarität wird, hier eine kurze Stellungnahme:

■ daß es an mehreren Tagen zu großen organisatorischen Problemen - nicht nur auf dem Flughafen, sonder mehr noch bei der Akkreditierung der Delegierten - kam, rührte daher, daß die Zahl der ankommenden FestivalbesucherInnen z.T. mit zusätzlichen Sondermaschinen alle Erwartungen des Organisationskomitees in Cuba übertroffen hat. Immerhin waren statt der ursprünglich erwarteten 6.000 über 11.000 ausländische Delegierte angekommen. Die dadurch zeitweise auftretenden Engpässe wurde von den Verantwortlichen selbst sehr bedauert und sie entschuldigten sich in einer Ausgabe der täglich erscheinenden Festivalzeitung bei allen BesucherInnen dafür.

■ Die Ansprechpartnerin der FG in Cuba, Karin Wechselberger, zuständig für alle FG-Reisenden, die in dieser Zeit mit unterschiedlichen Flugzeugen nach Havanna kamen, war mit anderen ständig auf Achse, um die dadurch auftretenden Probleme zu bewältigen, u.a. alle unsere Reisenden möglichst schnell zu ihren verschiedenen Quartieren zu bringen. Eine intensive Einzelbetreuung war aufgrund

der großen Anzahl nicht in dem Umfang möglich wie zu anderen Reisezeiten.

■ Natürlich hatte auch die Reisebetreuerin der FG nicht die Möglichkeit, vom zentralen Vorbereitungskomitee getroffene Entscheidungen umzustößen, und unseren Reisenden Sonderrechte zu verschaffen. Auch wenn Du dies als Unfähigkeit abqualifizierst - die FG respektiert die Entscheidungen, wie sie in Cuba getroffen werden und dies entspricht auch durchaus unserem Verständnis von Cubasolidarität.

■ Daß es für das Festival einen Delegiertenstatus gab, wurde bereits in unserem Reisekatalog im Januar 97 angegeben (Reise: Option 1) und in der April-Ausgabe der Cuba Libre geschrieben (editorial). Es war daher von vorneherein klar, daß ein Teil der Veranstaltungen auch nur für Delegierte zugänglich sein würde.

■ Wie das umfassende Begleitprogramm aussehen würde und welche Veranstaltungen auch für diejenigen Cuba-BesucherInnen offen sein würden, die keinen Delegiertenstatus hatten, wußte bis zur Eröffnung der Weltjugendfestspiele leider niemand konkret. Leider war es daher auch der FG nicht möglich im Vorfeld diese Informationen weiterzugeben, was wir selbst sehr bedauerten.

■ Teilnehmen konnte jede/r an den großen öffentlichen Konzerten auf der Freiluftbühne am Malecon, an der Demonstration zur und an der Eröffnung der Weltjugendfestspiele auf dem Platz vor der Universität; der Europa-Club konnte besucht werden (vom 3. Tag an) und für die Abschlußfeier im Panamerika-

Stadion gab es Eintrittskarten zu kaufen.

■ Zusätzlich gab es in ganz Havanna ein einmaliges Kulturangebot: in den Kinos Trianon, La Rampa, Chaplin, Yara, Payret, Lido, Acapulco und vielen anderen fanden mehrmals täglich Vorstellungen statt. In der Nationalbibliothek José Martí gab es eine Sonderausstellung und hier und im Nationaltheater, im Revolutionäremuseum, im Teatro Mella, im Stadtmuseum und an vielen anderen Plätzen fanden Konzerte, Theaterstücke, Tanz u.v.m. statt. Allein 11 verschiedene Galerien präsentierten Ausstellungen, u.a. die Ché-Ausstellung des OSPAAAL.

■ Zu all diesen Anlässen aber auch in allen Straßen von Havanna konnte man die über 12.000 Delegierten aus aller Welt treffen und kennenlernen (gut erkennbar an ihren Delegiertenkarten um den Hals) und Meinungen austauschen.

Wie hieraus ersichtlich, gab es für alle, die sich in dieser Zeit in Havanna aufhielten, vielfältigste Möglichkeiten, vom Festival etwas mitzubekommen, Kontakte zu knüpfen, zu diskutieren, etc., die natürlich von der Eigeninitiative abhängig waren.

Insgesamt sind wir uns sicher darin einig, daß Cuba nicht nur mit der Durchführung dieser Weltjugendfestspiele Großartiges geleistet hat und leistet und unser aller Anerkennung und Solidarität verdient - aber das schreibst Du zum Ende Deines Berichtes ja selbst.

FG-Bundesvorstand

wieder den Zutritt verwehrte, fiel mangels Beteiligung ganz aus, wie wir von einem Delegierten aus unserem Hotel hinterher erfuhren. Ein Anruf bei der für uns zuständigen Ansprechpartnerin der FG in Havanna brachte unseren Frust auf den Rekordtiefstand: Sie erklärte ganz einfach, sie könne überhaupt

nichts für uns tun, da wir keine Delegierten seien. Sie ließ sich während des Festivals auch wohlweislich nicht bei uns blicken, dafür schickte sie am nächsten Tag einen kubanischen Kollegen vorbei. Dieser erwies sich als ebenso unfähig und verabschiedete sich auf Nimmerwiedersehen, nachdem wir ihm nach einer zweistündigen Debatte das Versprechen abgerungen hatten, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Es stellte sich heraus, daß es mehr Leute in dieser mißlichen Situation gab, zum Teil sehr junge Leute, die mit der Aussicht auf die Teilnahme am Festival nach Kuba gereist waren und hier in dieser völlig unverständlichen Art und Weise vor den Kopf gestoßen wurden. Den jungen Kubanern, die vor den Veranstaltungsorten den Einlaß regelten, ist dabei kein Vorwurf zu machen, denn sie hatten sicher klare Anweisungen erhalten. So hatte es im Vorfeld des Festivals Anschläge auf zwei Touristenhotels gegeben und vielleicht hielt man die Sicherheitslage für kritisch. Doch von den Repräsentanten der FG vor Ort hätte man erwarten können, daß sie sich engagieren. Ihr Verhalten bedeutete eine persönlich Bankrotterklärung und politisch gesehen einen Schlag ins Gesicht der Kubasolidarität.

Die Eröffnungsveranstaltung fand unter freiem Himmel vor der Universität statt. Der Platz direkt vor der Bühne war für Delegados reserviert, so daß wir uns hinter einer Absperrung zwischen den Kubanern einen Platz suchten. Es war ein gluthißer Nachmittag und es vergingen noch zwei Stunden bis zum Auftakt. Das Gedränge in der vordersten Front wurde erdrückend, denn es rückten immer mehr Leute nach, um eine bessere Sicht zu haben. Das Einklemmtsein in der Menge hatte den Vorteil, daß im Falle eines Schwächeanfalls oder Hitzschlags ein Umfallen unmöglich gewesen wäre. Es gab genügend Sanitäter, die sich allerdings meist um Delegierte kümmern mußten. Inmitten der Kubaner war an Schlappmachen kaum zu denken, denn die Stimmung war großartig.

Man vertrieb sich die Zeit mit Zurufen und irgendwelche Geschichten und Neuigkeiten gingen lautstark hin und her. Ständig wurde irgend jemand zur Zielscheibe eines Scherzes, die wenigen Ausländer

selbstverständlich eingeschlossen. Einige Leute hatten etwas Rum mitgebracht und boten uns ihre Becher an. Über uns fahngeschmückte Balkone voller Leute, beneidenswerte Inhaber der besten Plätze, vor uns die Fähnchen schwenkende bunte Masse der Delegierten, die nur ab und an einen Blick auf das Podium zuließ. Die Veranstaltung begann mit einigen Anspra-



Abschlußfeier

chen und dem Vortrag von Gedichten, welche beiläufig aufgenommen und mit Beifall bedacht wurden, ohne daß die Kommunikation mit den Nächststehenden nennenswert an Bedeutung verloren hätte. Erst als anschließend Liedermacher wie Silvio Rodríguez, Gerardo Alfonso und Sara González auftraten, kochte die Stimmung über.

Kinder und Freundinnen wurden auf die Schultern gehoben und die wogende Menge sang die bekannten Texte im Chor mit. Ein insgesamt schweißtreibendes Ereignis, bis die Masse sich letztendlich wieder in ihre Einzelbestandteile

trennte und eine leichte Brise uns etwas Abkühlung brachte. Mit Gruppen jubelnder Delegierter vieler Länder ließen wir uns durch die mit Menschen gesäumten Straßen von Vedado treiben bis hinunter zum Malecon, wo am Abend ein großes Freilichtkonzert begann.

Wir sind zwei Tage von einem Veranstaltungsort zum anderen und von einer Dienststelle bis zum nächsten Organisationsbüro gelaufen und haben mit den Leuten über unser Problem geredet. Wir trafen zum großen Teil auf aufgeschlossene und freundliche Gesprächspartner, die aber in der Sache nichts entscheiden konnten und uns weiterschickten. Beim ICAP gab uns die Compañera Deborah Eintrittskarten für eine Großveranstaltung der Internationalen Solidarität mit Kuba und bedauerte, daß sie selbst keine Delegiertenkarte habe und vielerorts nicht reinkönne. Die Veranstaltung in Anwesenheit von Außenminister Robaina im Palacio de las convenciones bestand aus einer Vielzahl von Redebeiträgen ausländischer Delegationen und demonstrierte eindrucksvoll die ganze Bandbreite der weltweiten Sympathie und Unterstützung für Kuba. Zu den prominenten Sprechern gehörten u.a. der brasilianische Befreiungstheologe Frei Betto, die im kubanischen Exil lebende US-Amerikanerin Assata Shakur, der Vorsitzende der US-Organisation "Pastors for Peace", Lucius Walker, sowie Hebe de Bonafini, die Vorsitzende der Mütter der Plaza de Mayo.

In den Europaclub kamen wir am dritten Tag hinein, nachdem wir vor der Tür immer wieder Leute angesprochen hatten. Letztlich war es Marcelino, der frühere Konsul Kubas in Berlin, der für unseren Eintritt sorgte. Wir trafen ihn zufällig vor dem Eingang und es war ihm sichtlich unangenehm, zu erfahren, daß wir bereits



Im Club Europa



Nach der Eröffnungsfeier

seit Stunden warteten. Im Club stand der Fall der Einlaß begehrenden (FG-)Deutschen bereits auf der Tagesordnung eines Treffens der deutschen Delegation, nicht zuletzt aufgrund unserer Beharrlichkeit. Es wurde beschlossen, sich für eine Lösung des Problems einzusetzen. (Am nächsten Tag konnten wir immerhin schon nach einer Stunde passieren.)

Jeder Kontinent sowie das Veranstalterland Kuba verfügte über einen eigenen Club, im Falle der Europäer die am Strand gelegene Anlage "Felix Elmuza", normalerweise ein Ferienhaus für verdiente Transportarbeiter, wie man uns sagte. Es gab Foto- und Informationsausstellungen über Probleme in Europa sowie Informationsstände der verschiedenen Delegationen. Daneben standen Diskussionsräume zur Verfügung, doch mein Eindruck war insgesamt, daß für die meisten, oft noch sehr jungen Teilnehmer der Urlaubsaspekt im Vordergrund stand. Neben der Möglichkeit zu schwimmen lief ein pausenloses Kulturprogramm auf einer großen, überdachten Bühne mit Blick aufs Meer. Viele der Tanz- und Musikprogramme wurden von Delegationen aus aller Welt dargeboten, u.a. traten an jenen Tagen eine Folkloregruppe der Polisario auf, eine Jazzband aus den USA und eine afrikanische Tanzgruppe. Zwischendurch immer wieder kubanische Künstler wie Gerardo Alfonso, der den ganzen Tag anwesend war und wiederholt mit seiner Band auf die Bühne kam. Es lag eine durchweg fröhliche, fast euphorische und dennoch relaxte Stimmung über der gesamten Anlage, es war einfach für alle Beteiligten eine tolle Sache.

In der Altstadt von Havanna zu wohnen, bedeutet zwangsläufig die massive Konfrontation mit Problemen und sozialen Auflösungserscheinungen, die dort lei-

der insgesamt zugenommen haben. Festzuhalten bleibt allerdings, daß die Bettelei von Kindern im Gegensatz zu vor drei Jahren weitgehend zurückgegangen ist. Die Kampagne von Massenorganisationen und Verantwortlichen, die vor einiger Zeit gegen dieses Problem gestartet wurde, hat offenbar Wirkung gezeigt. Dafür trifft man verstärkt ältere Leute im Rentenalter, die entweder betteln oder versuchen, durch den Verkauf von Kleinigkeiten wie gerösteten Erdnüssen ein wenig Geld zu verdienen. Stark zugenommen hat die Prostitution und die Anmache in der Öffentlichkeit.

In unserem Hotel wird ziemlich offen der Prostitution nachgegangen, was eigentlich nur mit Duldung oder gar Kooperation durch das Hotelpersonal möglich ist. Eines Abends saß ich in der Hotelhalle und wurde von mehreren Kubanerinnen mit eindeutigen Handbewegungen und Gesten aufgefordert, vor die Tür zu kommen. Ich ignorierte sie zunächst, doch als sie nicht locker ließen, rief ich einen der Türsteher und fragte ihn, ob eine derart offene Ausübung der Prostitution inzwischen in Kuba die Normalität sei. Er fragte zurück, wie ich darauf käme, dies seien vielleicht die Freundinnen von Hotelangestellten, die auf ihre Partner warteten. Ich widersprach ihm energisch, worauf er sich beeilte, zu versichern, daß er die Frauen nicht kenne, obwohl ich ihn eine Weile vorher in angeregtem Gespräch mit einigen von ihnen vor der Hoteltür gesehen hatte. Er verzog sich irgendwohin, nach zwei Minuten sah ich ihn vor die Tür gehen und die Frauen wegschicken. Es gab unter den Gästen einen fetten italienischen Sextouristen, der abends häufig mit wechselnder Damenbegleitung in der Bar auf der Dachterrasse auftauchte. Einmal kam er gleich mit drei Jineteras im Schlepptau, von denen er allerdings zwei im Verlauf des Abends ausselektierte und wegschickte.

Eines Abends saßen wir mit einer kleinen Gruppe am Malecon und debattierten mit einem Freizeitzuhälter und ich fragte einen neben mir sitzenden und unbeteiligt dreinschauenden, ca. 25jährigen Mann, wie er oder wie die Bevölkerung generell dieses Problem einschätzten. Er meinte, das sei eine Sache zwischen uns (den Dollartouristen) und ihnen (den Jineteras) und es interessiere ihn überhaupt nicht. Er arbeite und müsse zusehen, wie er zurechtkomme und außerdem gäbe es das auf der ganzen Welt, warum nicht in Kuba.

Sicherlich neigt man als Betroffener

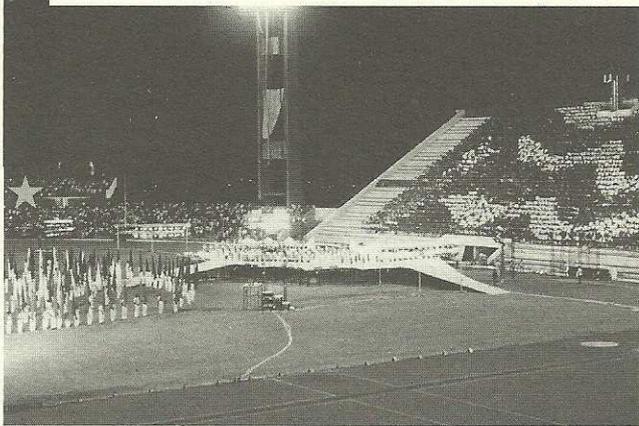
dazu, solche Dinge zu verallgemeinern und ihnen eine Bedeutung zu geben, die sie, bezogen auf das ganze Land oder auf die Gesamtbevölkerung mit Sicherheit nicht haben. Sicherlich hätte man viele Dinge auch nicht einfach hinnehmen müssen, doch hatte ich nach dem aufreibenden Kampf um unsere Festivalteilnahme keine Energie mehr, gegen weitere Wände anzurennen und Probleme aufzuwerfen, an denen letztlich kaum jemand interessiert ist. Ich hatte immer stärker den Eindruck, daß die Probleme der Período Especial zu einer zunehmenden Gleichgültigkeit oder gar Akzeptanz gegenüber der Verletzung von früher gültigen Verhaltensnormen geführt haben.

Die Leute, die versuchen, auf der Straße ein paar Dollars zu ergattern, sind keineswegs die Schlimmsten. Einen unangenehmen Nachgeschmack hinterläßt die Konfrontation mit gutgekleideten, durch ihre Arbeit privilegierten, sich seriös gebenden



Während der Eröffnungsfeier

Personen, die durch den täglichen Umgang mit Dollars korrumpiert worden sind und Blut geleckt haben. Der Reisende stößt auf diese Spezies fast unvermeidlich an den Empfangsschaltern großer Hotels und in Dollarläden. Der Versuch, Ausländer zu bescheißen und ihnen für Waren oder Service (z.B. Telefongespräche ins Ausland) einen höheren Preis abzunehmen, erfolgt mit derart routinier-



Abschlußfeier im Panamerica-Stadion

ter Unverfrorenheit und derart häufig, daß man es nicht glauben möchte. So u.a. im Verkaufsraum der renommierten Tabakfabrik Partagas in Havanna, wo in einer Schauvitrine die unterschiedlichen Zigarrenkisten mit ihrem Preis ausgezeichnet ausgestellt sind. Der Verkäufer nimmt die gewünschten Marken von Kistenstapeln im Wandregal, wobei manche Exemplare mit einem stark überhöhten Preis ausgezeichnet sind. Bemerkte der Kunde an der Kasse den Betrug und reklamiert, wird zunächst das Preisschild vorgezeigt, verweist man auf die unterschiedliche Auszeichnung in der Vitrine, legt der Verkäufer mit einem Achselzucken, als handele es sich um ein Versehen, die Kiste auf den Stapel zurück und zieht eine andere hervor, welche korrekt ausgepreist ist.

(Inzwischen wurde bekannt, daß die Förderung der Prostitution und die Korruption in Zukunft stärker bestraft werden sollen. Leute, die in irgendeiner Form von der Prostitution profitieren, z.B. Zimmervermieter oder Zuhälter können mit bis zu 5 Jahren Gefängnis bestraft werden. Auf bis zu 8 Jahre kann sich die Strafe erhöhen, wenn die Beschuldigten als Funktionäre im Bildungs-, Gesundheits-, Tourismus- oder Jugendbereich tätig sind. Die Anleitung von Kindern zur Bettelei

kann bis zu 8 Jahren einbringen und der sexuelle Mißbrauch von Kindern sowie Bestechung, Unterschlagung und Amts-mißbrauch bis zu 20 Jahre.)

Die Versorgungslage der Bevölkerung hat sich in den letzten zwei Jahren deutlich verbessert. Überall werden an Straßenständen Backwaren oder andere Kleinigkeiten auch gegen Pesos angeboten

Supermärkte mit größerem Warenangebot verkaufen bislang aber nur an Dollarbesitzer. So leider auch eine sehr beliebte Fastfoodkette nach US-Vorbildern, genannt "El Rapido". Es gibt Getränke, Eis, Pizza, Sandwiches und Süßigkeiten, und einige größere Outlets haben auch das typische am Boden festgeschraubte Plastik-Stahlrohr-Mobiliar: McDonalds auf Kubanisch. Der durch die Dollarfreigabe aufgetretenen Ungleichheit (nicht alle Kubaner haben Zugang zu Dollars) ist man mit einer durchdachten und von der Bevölkerung gebilligten Währungspolitik begegnet. Der Peso hat wieder enorm an Wert gewonnen und wird nach einem Schwarzmarktkurs zum Dollar von 120 : 1 vor einigen Jahren heute mit ca. 20 : 1 legal gehandelt.

Kuba überrascht immer wieder damit, unter schwierigsten Bedingungen Auswege zu finden und den Beweis zu erbringen, wieviel mit welch geringen Ressourcen bewegt werden kann. Dies alleine erklärt das gewaltige Ausmaß des Hasses, der diesem kleinen Land von den Ausplünderern einer in zunehmendem Maße verelendeten Welt entgegenschlägt. Kuba ist kein Paradies und die Idee des "Neuen Menschen", die Ernesto Guevara einst beschrieb, wird in der tägliche Auseinandersetzung mit den widrigen Umständen

immer wieder neuen Härte-tests unterworfen. Doch es gibt eine Politik im Dienste der Menschen und der Menschlichkeit, die auf klaren Grundsätzen beruht und daraus ihre Stärke bezieht. Das Beispiel Kuba verdient und benötigt die Unterstützung aller aufrichtigen Menschen, die sich mit der immer offensichtlicher zutage tretenden Irrationalität der Verhältnisse in der Welt nicht abfinden wollen.

Nach einer Woche in Havanna führen wir nach San Christobal, um für eine Woche in einer landwirtschaftlichen Kooperative zu arbeiten. Wir erlebten ein anderes Kuba, vermutlich repräsentativer



*Im Club Europa
Während der Eröffnungsfeier*

als die Hauptstadt: Freundliche, in ihren materiellen Ansprüchen bescheidene, hart arbeitende Menschen, die trotz aller Schwierigkeiten stolz sind auf das, was sie erreicht haben.

W. Mix

Europatreffen der Cuba-Solidaritätsorganisationen

Vom 27. - 29. März 1998 findet in Kopenhagen das nächste Europatreffen der Solidaritätsgruppen statt. Wer daran teilnehmen möchte, sollte sich alsbald an die OrganisatorInnen der Konferenz wenden und sich anmelden, damit vor Ort geplant werden kann.

Hier die Anschrift der Dänisch-Cubanischen Freundschaftsgesellschaft:

Danish-Cuban-Associacion
Cikaden, Griffenfeldsgade 35
DK - 2200 Copenhagen
Fax: 0045-35371980

Auf der Suche nach dem kubanischen Walesa

Die Kubaastrologen werden nicht arbeitslos. Auch sieben Jahre nach dem Zerfall des Nominalsozialismus in Osteuropa haben die in Havanna regierenden KommunistInnen auf ihrem Parteitag einmal mehr bekräftigt, daß sie am Sozialismus festhalten wollen. (Nun machen sich die Auguren aus den USA schon lange lächerlich, wenn sie jedesmal zu Jahresbeginn das Ende des kubanischen Sozialismus beschwören.)

Eine erfreuliche Nachricht - sollte mensch meinen - für die Restlinke, die ihre wahrlich bescheidenen Möglichkeiten einsetzen könnte, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf der Insel durch Spendenkampagnen wenigstens etwas zu mildern. Das war allerdings nicht das Anliegen einer Gruppe ehemaliger linker DDR-BürgerrechtlerInnen, die am 6. November 1997 zu einer Veranstaltung ins Berliner Haus der Demokratie einluden. Der Titel klang verheißungsvoll: "Oben und unten im heutigen Kuba - Oder wer zahlt die Zeche?"

Eine Analyse der schwierigen Situation, in die große Teile der kubanischen Bevölkerung nach 1989 geraten sind, eine Beschreibung der Auswirkungen, die die erzwungene Legalisierung des Dollars auf wirtschaftlichen und psychologischen Gebiet für die Kubanerinnen mit sich bringt, ist nur zu begrüßen. Vor diesen Entwicklungen, die Augen zu verschließen und möglichst nicht darüber reden, ist sicher der falsche Weg.

Doch schon die Auswahl der Referenten (neben Bert Hoffmann vom Iberoamerikanischen Institut Hamburg, Christoph Anders vom Berliner Missionswerk und Christian Koch von Amnesty international) zeigte, daß die Veranstalter ein anderes Ziel verfolgten. In der Einladung hieß es: "Die Situation macht es - auch und gerade für Linke - notwendig, eine andere Perspektive als die der offiziellen Regierungspolitik einzunehmen und die Entwicklung in Kuba aus der Sicht "von unten", aus Sicht der Lage der Bevölkerung zu beurteilen ... Wir fragen danach, ob es Ansätze einer Opposition oder Reformbewegung im Land gibt, die Vorstellungen für einen eigenen kubanischen Weg entwickelt..."

Lediglich Bert Hoffmann, der sich schon vor Jahren für eine kritische Solidarität mit Kuba ausgesprochen hatte, erwähnte die sozialen Errungenschaften auf Kuba und stellte einen Zusammenhang zwischen dem US-Embargo und der schwierigen Situation im Land her.

Christoph Anders versuchte die gewachsene Rolle der Kirche als sozialer Akteur herauszustellen. Dem Papstbesuch im nächsten Jahr komme da eine große Bedeutung zu. Schließlich habe der ja schon in Polen Erfahrungen sammeln können.

Der ai-Vertreter machte mittels eines Overhead-Projektors zunächst Werbung für seine Organisation, bevor er zu einem Frontalangriff auf die gegenwärtige kuba-

nische Gesellschaft übergang. Daß Amnesty International in diesem Jahr die rituelle alljährliche Verurteilung Kubas vor dem UNO-Menschenrechtsausschuß als große Heuchelei der USA bezeichnet und abgelehnt hat, schien Koch entgangen.

Seine Schilderungen hinterließen beim Publikum den Eindruck, daß sich Kuba heute da befinde, wo die DDR in zwischen 1987 und 1988 befand. Nur das eigentliche Objekt der Begierde, die Dissidenten fehlen.

Bert Hoffmann konnte mit seinem Insiderwissen den Veranstaltern keine Hoffnung in dieser Hinsicht machen. Es gebe zwar einige Ein- oder Zweipersonen-Gruppen, aber in der kubanischen Gesellschaft spielen die keine Rolle.

Koch versuchte sich in einer einfachen Erklärung: Es gibt keine Dissidenten, weil sie alle im Gefängnis sind.

Die anschließende Diskussion zeigte, daß es im Publikum viele Fragen über die Situation in Kuba gab, daß aber andererseits die meisten Fragen vom Podium nicht beantwortet werden konnten. Daß kein Vertreter der kubanischen KP, der Gewerkschaften oder einer Massenorganisation am Podium saß, war kein Zufall oder Versehen. Mitveranstalter Bernd Gehrke (früher Vereinigte Linke heute Teamer im DGB-Bildungswerk) antwortete auf eine diesbezügliche Frage knapp: "Mit denen wollen wir nicht reden, denen geben Cuba Sí und Cuba Libre schon genug Raum." *Peter Nowak*

3. iberoamerikanischer und karibischer Kongress der Vertreter für sozio-kulturelle Gemeindeentwicklung COMUNIDAD '98

Das Kubanische Zentrum für Gemeindkultur, beruft den 3. iberoamerikanischen und karibischen Kongress der Vertreter für sozio-kulturelle Gemeindeentwicklung COMUNIDAD '98 ein, der vom 20. bis 23. Oktober 1998 in Havanna stattfinden wird.

Dieser Kongress versucht Raum für Reflexion über die Arbeit in der Gemeinde zu bieten. Ausgehend von der Analyse der praktischen lateinamerikanischen, karibischen und europäischen Erfahrungen, sollen, unter Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen Sichtweisen, die Elemente herausgesucht werden, die uns einen und jene untersucht werden, die uns unterscheiden. Dabei soll die Notwendigkeit erkannt werden, den Auswirkungen einer Globalisierung, die von den wichtigsten Zentren der Macht mit dem Ziel vorangetrieben werden, Modelle durchzusetzen, die gegen die Identität der Völker gerichtet sind, entgegenzutreten.

Für die Debatte schlagen wir folgende Themen vor:

- Gemeinde und Globalisierung;
- Volkserziehung;
- Selbstbestimmung der Gemeinde;
- Gemeinde und Umwelt;
- Ausbildung und Weiterqualifikation der Vertreter für sozio-kulturelle Gemeindeentwicklung;
- Kultur und Identität;
- Gemeindeprojekte für Kinder, Heranwachsende, Jugendliche und Alte;
- Erfahrungen in der Arbeit mit Behinderten, ethnischen Minoritäten und sozial unangepaßten;
- Der Anteil der Kunst an der Gemeindearbeit.

Das thematische Spektrum dieses 3. Kongresses Comunidad '98 wird durch das 3. Treffen der Gemeindefestspiele und das 2. Videofestival Das Bild der Gemeinde bereichert; in beiden Veranstaltungen unterstützt die Kunst die allgemeine Reflexion über unsere Arbeit.

Das Treffen Globalisierung und Gemeinde am Ende des 20. Jahrhunderts bietet sich als geeigneter Ort an, wo Spezialisten und Interessierte über dieses alltägliche Thema debattieren und Strategien zur Verteidigung der Identität der Völker erarbeiten können.

Arbeiten können bis zum 20. September 1998 eingereicht werden und die Einschreibgebühr beträgt 90 US-Dollar.

Falls Sie teilzunehmen wünschen, setzen Sie sich bitte mit dem Organisationskomitee in Verbindung:

Waldo Leyva, Presidente del Comité Organizador, Centro de la Cultura Comunitaria: Calle 8 No 469 esq. A/21, Vedado Ciudad de La Habana, Cuba, Tel. (537) 303885/39796/37251; Fax (537) 308066

ANGELICA DULLINGER (HRSG.)

★ „WIR SIND DER GIPFEL“
IM PEACE-TRAIN
ZUR 4. WELTFRAUENKONFERENZ

LEBENSÄUFE VON FRAUEN – PERSPEKTIVEN FÜR FRIEDEN

„Wir sind der Gipfel“ bekundeten Ronald Reagan und Michail Gorbatschow während des UN-Gipfeltreffens 1985 in Genf. Zwei Staatsmänner meinten dies, die ohne Beteiligung von Frauen oder Menschen dunkler Hautfarbe zusammentrafen und Entscheidungen über große Teile der Menschheit fällten.

„Wir sind der Gipfel“ – um wieviel mehr trifft das aber zu, wenn sich rund 30 000 Frauen aus allen Kontinenten versammeln, um für gleiche Rechte für Frauen einzutreten.

Während der Fahrt wurden 30 von ihnen interviewt. Sie sprachen über ihr Leben, ihre Erfahrungen, Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche. Sie zeigen Wege der Friedensarbeit und Konzepte, Fraueninteressen noch nachhaltiger durchzusetzen zu können.

Ein einleitender Essay dient der Rückbesinnung auf die Ursprünge des Ringes von Frauen um gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Belangen und markiert seitdem erreichte wichtige Zwischenstationen.



Universitätsverlag Leipzig 1997



■ ... ist es doch inzwischen zu einem unersetzlichen Standardwerk erkannt worden, daß nicht nur die Geschichte des Stammheimer Prozesses gegen die RAF beschreibt, sondern vor allem analysiert, wie sich im Verlauf des Prozesses der juristische Überbau zu einem Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung verändert hat.
Für die Leserinnen und Leser zugleich ein fesselndes und angstmachendes Buch.

Pieter Bakker Schut

STAMMHEIM

Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung

Der Stern lehnte nach langem Ringen per Redaktionsbeschuß jede Besprechung ab. Auch der Spiegel rang gewissenhaft ein halbes Jahr und beschloß, es auch nicht vorzustellen.

STAMMHEIM

688 Seiten, 36,- DM
bei Subskription
bis zum 15.9.97: 30,- DM

Gegen Vorkasse
(Bar oder
Verrechnungsscheck)
zu bestellen
bei:



Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
Telefon und Fax (0431) 75141

Erscheint Mitte
August

SONDERAUSGABE

SINCOPA on tour

Die kubanische Musikgruppe SINCOPA befindet sich noch bis Mitte März 1998 in der BRD auf Tournee. Die Gruppe besteht aus sieben Musikerinnen: Einer Frau, Sängerin der Gruppe und sechs Männern, die Stimmen machen und typische traditionelle Instrumente spielen. Die Gitarre "tres", der Kontrabaß, die "tumbadores" - Kongas - und "bongoes" - Bongos - sowie eine Flöte finden dabei ihren instrumentalen Einsatz. Wer Interesse hat, mit dieser Musikgruppe eine Veranstaltung zu organisieren, sollte sich an Ana Rosa Martin von dem Künstlervermittlungsbüro ARTES wenden. Tel. (06152)-69953 bzw. Fax-Nummer -64986.

DEUTSCHSPRACHIG

Granma

INTERNACIONAL

- ... die Zeitung aus Cuba ✓
- ... Cuba aus erster Hand ✓
- ... gegen die anti-cubanische Meinungsmache ✓
- ... Infos aus Lateinamerika ✓
- ... jeden Monat neu ✓

Ein Muss für jede Cuba-Freundin
und jeden Cuba-Freund!

Bezugspreise:

- für 1 Jahr (12 Ausgaben) 24 DM
- für 1/2 Jahr (6 Ausgaben) 13 DM
- als Gruppenkontingent*

*(Rabattstaffel bitte beim Vertrieb erfragen)

Bestellungen an: Verlag 8. Mai 'Granma'
Postfach 66, 12414 Berlin
Spendenkonto: NETZWERK CUBA e.V.,
Sparkasse Essen 2 103 901, BLZ 360 501 05

Welttreffen der Frauensolidarität

Havanna, 13. bis 16. April 1998

Angesichts der Polarisierung der mächtigsten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte gibt es ein wachsendes Bedürfnis nach Einheit unter denjenigen Kräften, die Millionen von Frauen in aller Welt vertreten, die Teil des Arbeitsmarktes sind, die auf ihren Schultern die Verantwortung für die Versorgung ihrer Kinder tragen, die Gewalt ausgesetzt sind und die um ihre Rechte kämpfen. Als Ergebnis von neoliberaler Politik und Globalisierung, hat es eine enorme Ausweitung der Armut gegeben, die insbesondere Frauen und Kinder betrifft. Zig Millionen Menschen in der Welt werden die grundlegenden Menschenrechte geraubt, bis hin zum Recht auf Leben.

In dieser schwierigen Zeit hat Solidarität unter den Schwestern aus allen Völkern, die unter wirklich kritischen Bedingungen leben, ein Wort, eine ausgestreckte Hand, eine freundliche Geste brauchen, eine ganz besondere Bedeutung.

Cubanische Frauen haben, zusammen mit ihrem Volk, gerade in den letzten Jahren ihren unbeugsamen Willen zum Widerstand und zur Aktion unter Beweis gestellt, nicht nur ihr Überleben zu sichern, sondern auch unter den schwierigen Bedingungen der Blockade um eine Weiterentwicklung zu kämpfen.

Daher laden der Internationale Demokratische Frauenverband (WIDF), die Kontinentale Frauenfront für ein Würdiges Leben und der Cubanische Frauenverband zu diesem Welttreffen ein.

Aufgerufen zur Teilnahme sind:

Organisationen, die für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen, die allgemeine Frauenbewegung, die Feministische Bewegung, andere Nichtregierungsorganisationen, akademische und professorale Einrichtungen, die sich mit geschlechtsspezifischen Studien beschäftigen, AktivistInnen, die Gemeindearbeit unter geschlechtsbewußter Perspektive entwickeln, jene, die, organisiert oder nicht, sich betroffen fühlen von den Bedingungen einer besonderen Verletzbarkeit, unter denen Frauen in der Welt leben sowie alle Frauen, die unter ökonomischer, ethnischer, rassistischer oder einer anderen Form von Gewalt leiden und diejenigen, die Solidarität unter Frauen für wichtig halten.

Programmablauf:

- | | |
|-----------|---|
| 13. April | Eröffnung |
| 14. April | Arbeitsgruppen zu den Hauptthemen: |
| | I. Frauen, Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung; |
| | II. Frauen, Politische Teilnahme und Schlüsselpositionen; |
| | III. Frauen, Gesundheit, Kultur und Soziale Sicherheit; |
| | IV. Frauen und Medien; |
| | V. Frauen, Gewalt und Diskriminierung; |
| | VI. Frauen, Nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Frieden; |
| 15. April | der Solidarität mit Cuba gewidmet; |
| 16. April | Berichte aus den Arbeitsgruppen; Abschlußsitzung. |

Möglichkeiten für Frauenmeetings bestimmter Sektoren werden angeboten: Indigenas, Bäuerinnen, Studentinnen, Parlamentarierinnen, Gesprächsleiterinnen, Bürgermeisterinnen und andere.

Am 12. und 17. April bestehen Möglichkeiten zu Treffen mit Basisorganisationen des Cubanischen Frauenverbandes.

Die Konferenz wird unterstützt von der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit, der Caribischen Gesellschaft für Feministischer Forschung und Aktion (CAFRA), MADRE, Radikalen Frauen, dem Sao Paulo Forum und anderen.

Nähere Informationen: M. Schweinesbein, Tel/Fax 0911-270047.

Kontakt und Anmeldung:

Cubanischer Frauenverband (FMC)
Abteilung für Auslandsbeziehungen
Paseo 260, esq. 13, Vedado
Habana, Cuba

Tel: 537-39931/32/34/35 und 301582
Fax: 537-333019/662245/240866

H a v a n n a , C U B A

April 13 to 16, 1998

Email: fmccu@ceniai.inf.cu

CONVOCATORIA
ANNOUNCING

ANTROPOLOGÍA '98
ANTHROPOLOGY



IV TALLER INTERNACIONAL
4th INTERNATIONAL WORKSHOP
LA HABANA, CUBA del 7 al 10 de abril de 1998
HAVANA, CUBA April 7-10, 1998

Anthropologie '98

4. Internationaler Workshop

7. - 10. April 1998

In Havanna, dessen Altstadt zum "Kulturellen Erbe der Menschheit" erklärt wurde.

Einige Themen der vielfältigen Workshops:

- Rasse, Klasse und Geschlecht aus anthropologischer, sozio-kultureller Perspektive;
- Die Sklaven-Route durch die amerikanischen Länder und ihre ökonomische, politische und kulturelle Bedeutung;
- Kultur, Tourismus und Umwelt;
- Veränderungen in der Pflanzenvielfalt und ihre Auswirkungen auf die Landbevölkerung;
- Prähistorische Archäologie;
- Historische Archäologie;
- Perspektiven der Unterwasser-Archäologie.

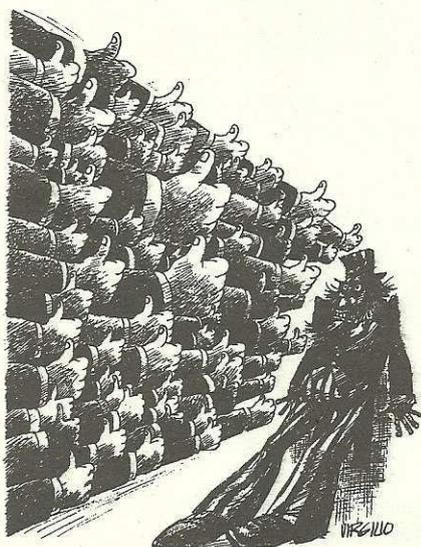
Der Workshop wird organisiert vom Anthropologischen Zentrum, das dem Ministerium für Wissenschaft und Technik untersteht und Amistur Cuba S.A. (Ave. Paseo No. 406 e17 y 19, Vedado, La Habana, Cuba. Tel. 537-301220/334544/662374; Fax: 537-333515.)



Cuba-kurz

Cuba - Volksrepublik Korea

Aus Cuba sind 10.000 Tonnen Zucker in Nordkorea eingetroffen. Er ist ein Geschenk an die Bevölkerung dieses Landes, das nach vielen Überschwemmungen und sich daraus ergebenden Mißernten mit großen Problemen zu kämpfen hat.



UNO-Resolution gegen die USA verabschiedet

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen hat zum wiederholten Male mit großer Mehrheit das Ende der seit über 30 Jahren bestehenden Wirtschaftsblockade der USA gegenüber Cuba verlangt. Die USA stehe hierbei isoliert von der internationalen Gemeinschaft.

Der Appell wurde von 143 Ländern (77,3%) unterstützt. (Insgesamt sind 185 Staaten in der UNO vertreten.) Gegen die



Resolution stimmten die USA, Israel und Usbekistan (1,62%). Weitere 17 Nationen (9,19%) enthielten sich der Stimme und 22 Nationen (11,89%) waren bei der Abstimmung nicht anwesend. Damit stimmten in diesem Jahr mehr Staaten als je zuvor gegen die von den USA verhängten Sanktionen. (1996 waren es 137 Staaten, bzw. 74,05%.)

Es ist die 6. Resolution seit 1992, die sich dieses Themas annimmt. Dezentle Forderungen eines US-Vertreters bei den Vereinten Nationen, sie würden erst nach ersten "Demokratisierungsschritten" in Cuba Kontakt mit diesem Land aufnehmen, wies Ricardo Alarcon, Präsident der cubanischen Nationalversammlung entschieden zurück und bekräftigte, daß Cuba keine Zugeständnisse machen werde.

Israel - Cuba

Daß ein Niederknien vor dem großen Bruder nicht immer hilft, auch wenn man gemeinsam mit ihm gegen die UN-Resolution stimmt, mußte Israel in den letzten Tagen erfahren. Auch hier hat das umstrittene Helms-Burton-Gesetz voll zugeschlagen.

Die B.M.-Gruppe, ein Hersteller von Zitrusprodukten, produziert in Cuba angeblich auf einem Betriebsgelände, das angeblich vor der cubanischen Revolution in amerikanischem Besitz war. Angestellte und deren Angehörige dürfen künftig nicht mehr in die USA reisen. Das amerikanische Außenministerium verschickte deshalb Briefe an die Mitarbeiter des israelischen Unternehmens und informierte über die Sanktionen, die 45 Tage später in Kraft treten.

Bill Clinton und Fidel Castro

Und zwischen all diesen Auseinandersetzungen steht Bill Clinton, der sich engere Beziehungen seines Landes zu Cuba "wünscht". Aber so etwas gibt es natürlich nicht umsonst: Cuba müßte sich erst demokratisch öffnen, dürfte keine US-Flugzeuge mehr abschießen (von Exilkubanern gelenkt), die unrechtmäßig kubanischen Luftraum überfliegen (wir erinnern uns an den Februar 1996), außerdem steht auch Fidel Castros starke Persönlichkeit einer "guten" demokratischen Zweierbeziehung im Wege.



Denn, so Clinton: "Fidel Castro ist ein sehr intelligenter Mann, und ich weiß, daß er viel Zeit damit zubringt, über die Zukunft nachzudenken." Dem ist nichts hinzuzufügen.

Miami - Cuba

Wie das aussieht, wenn sich die USA um bessere Beziehungen zu Cuba bemühen, ist nachzulesen im Miami Herald. Eine Gruppe Salvadorianer, die zu einem Ring von Autodieben und Straßenräubern gehören, sind für 11, zum Teil fehlgeschlagene Bombenattentate verantwortlich, die zwischen dem 12. April und 4. September 1997 durchgeführt wurden. Der Miami Herald berichtet, daß diese Leute die Bomben lediglich "ausgeliefert" hätten.

Mit derartigen Attentaten, die im Auftrag von in den USA lebenden Exilkubanern eingefädelt wurden, sollte der Versuch unternommen werden, Cuba zu destabilisieren. In Cuba wird derzeit einem 26jährigen Salvadorianer der Prozeß gemacht. Bei einem der elf Anschläge wurden ein italienischer Tourist getötet und sechs Menschen verletzt.



Zusammengestellt von G. Winkelmann-Strohlein

Fotos: V. Parteitag der PCC, Granma internacional, engl. Ausgabe

G 7911 F Postvertriebsstück Gebühr bezahlt

Freundschaftsgesellschaft BRD – KUBA e.V.
Zülpicher Straße 7
50674 Köln

Postvertriebsstück G7911F
Entgelt bezahlt

Frau
Barbara Caroli-Buch
Gneisenastr. 18

68259 Mannheim

V a m o s a

CUBA '98

BRIGADE JOSÉ MARTÍ

Solidarität – mit der Brigade José Martí nach Cuba

Praktische, konkrete Solidarität durch Arbeit in der Landwirtschaft.

Durch Vorträge, Treffen und Besuche einen Einblick in die derzeitige Situation Cubas erhalten. Gemeinsames Arbeiten und Leben mit Menschen aus Cuba und zahlreichen westeuropäischen Ländern. Erfahrungen und Anregungen sammeln für die so wichtige Solidaritätsarbeit hier in der BRD für Cuba.

21 Tage, Flug, Unterbringung und Verpflegung, sämtliche Transfers
DM 1950.–

Für Schüler, Auszubildende und Arbeitslose DM 1800.–

Termin: 28.06. – 18.07.

Brigadeanmeldung oder nähere Informationen bei Franz Egeter,
Telefon 0821/159677

FAHRRADREISEN

Cuba auf zwei Rädern

1000 km durch den Oriente – Eine Fahrradtour durch traumhafte Landschaften

Holguín, Pilon, Manzanillo, Santiago de Cuba, Guantánamo, Baracoa, Moa
Unsere Fahrradtour bietet die einzigartige Möglichkeit, den Osten Cubas und seine liebenswerte Bevölkerung kennenzulernen und die landschaftlichen Reize abseits der Brennpunkte des Massentourismus zu erleben.

21 Tage, Flug, Ü, sämtliche Transfers,
DM 2995.–

Termine: 30.01., 27.02., 02.10., 30.10.

FG-REISEDIENST

Preiswerte Cuba-Flüge, Badeurlaub

Jede Menge Cuba mehr ...

Ausarbeitung spezieller Gruppenreisen nach Absprache.

Programm-, Sprach-, Kultur- und Individualreisen der Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba

Mit unseren Programmreisen wollen wir durch Treffen und Gespräche mit Menschen aus unterschiedlichen Bereichen des cubanischen Lebens Eindrücke über den cubanischen Alltag vermitteln. Lernen Sie das Land, die Erfolge der Cubanischen Revolution, die aktuellen Probleme und die Bemühungen um deren Lösung vor Ort kennen.

PROGRAMMREISEN

Cuba zum Kennenlernen

Havanna, Pinar del Rio, Playa del Este
1 Woche Rundreise, 1 Woche Badeferien
Für alle, die Cuba erleben wollen, die die Menschen kennenlernen und das Land sehen möchten, seine wundervolle Landschaft und die einmaligen Sandstrände! Eine Reise, die Information, Einblick in die cubanische Gesellschaft und Erholung miteinander verbindet.

Flug, Ü/HP, sämtliche Transfers,
DM 2580.–

Termine: 29.03., 26.07., 06.09., 01.11.,
15.11., 20.12.

Der cubanische Osten

Menschen, Landschaft und Geschichte des Oriente

Santiago de Cuba, Sierra Maestra, Bayamo, Guantánamo, Manzanillo, Havanna, Playa del Este
Diese einmalige Reise führt Sie in den Osten Cubas, u. a. nach Santiago de Cuba, und in die Provinz Granma, die, zwischen den Bergen und dem Meer gelegen, zu den landschaftlich schönsten Regionen Cubas gehört.

14 Tage, Flug, Ü/HP, sämtliche Transfers,
DM 2890.– Termine: 22.02., 05.04.,
18.10., 15.11., 20.12.

Zentrales Cuba

Erinnerungen an Ernesto Che Guevara
Havanna, Santiago de Cuba, Sierra Maestra, Santa Clara, Pinar del Rio, Playa del Este

Eine Rundreise durch die gesamte Insel
Diese Reise führt Sie durch ganz Cuba, unter anderem nach Santa Clara, der Stadt, in der 1997 die sterblichen Überreste von Ernesto Che Guevara ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Sein Leben und Handeln in Cuba stehen im Mittelpunkt dieser Reise.

14 Tage, Flug, Ü/HP, sämtliche Transfers,
DM 2690.–

Termine: 15.03., 06.09.



SPRACHREISEN

ABChe – Sprachkurse

an der Universität Havanna, Unterbringung in den Uni-Residenzen in Miramar, 2 od. 4 Wochen, mit kleinem Begleitprogramm, Flug, Ü/HP, Transfers, inkl. Einschreibgebühren ab DM 2545.–
Unterbringung im Hotel „St. Johns“ oder Hotel „Vedado“, 1 bis 4 Wochen, mit kl. Begleitprogramm, Flug, Ü/FR, Transfers, inkl. Einschreibgebühren ab DM 2195.–
Termine ganzjährig, Beginn jeden ersten Montag eines Monats.

INDIVIDUALREISEN

FG especial

Cuba individuell kennenlernen: 6 Tage
Havanna Ü/F, 7 Tage Strand Ü/HP.

3 Informations-Besuche nach Wahl (Politik, Gesellschaft, Gesundheitswesen, Kultur) mit Übersetzung, Flug,
DM 2195.–. Termine ganzjährig.

Cuba-Kaleidoskop

Stadt:Havanna 3 Ü/F, Landesinnere: Pinar del Rio, Wandern, Reiten, Exkursionen im Zentrum des cubanischen Tabakanbaues
5 Ü/HP, Strand: Playa del Este 5 Ü/HP
DM 2195.–.

Termine ganzjährig.

WORKSHOPS

Tanzen und Percussion

Tanz: Son, Rumba, Salsa, Merengue, Tänze der Orishas; Percussion: Batá, Tumbadores, Bongó, Campanas. Der Workshop wird von cubanischen TanzlehrerInnen und MusikerInnen geleitet.
Lifemusik! 2 Wochen, Flug, Ü/F. Termin:
29.03., 26.07., 13.12. DM 2395.–.

Fordern Sie unser 24seitiges Reiseprogramm (gegen DM 3.– in Briefmarken) an! Weitere Informationen und Buchungen

Freundschaftsgesellschaft BRD – Cuba

Reisebüro Vacancia GmbH

Südstraße 27, 52064 Aachen, Telefon 0241/406435